

# Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **10./11. Parlamentssitzungen**  
des Stadtparlamentes im Amtsjahr 2023/2024  
vom 27. November 2023

von 16.15 – 18.35 Uhr und von 20.00 – 21.50 Uhr

Festsaal Kirchgemeindehaus Liebestrasse, Liebestrasse 3, 8400 Winterthur

Vorsitz: B. Huizinga (EVP)  
Protokoll: A. Furrer  
Entschuldigt: S. Gonçalves (EDU), F. Künzler (SP), L. Jacot-Descombes (SP)

## Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 9. Sitzung	
2*	23.18 (DFI)	Pensionskasse der Stadt Winterthur (PKSW): Kreditantrag und Anpassung der Verordnung über die Pensionskasse der Stadt Winterthur vom 25. Februar 2013	<b>M. Gross</b>
3*	22.49 (DFI)	Antrag und Bericht zur Motion U. Glättli und S. Kocher (GLP), U. Hofer (FDP), M. Gross (SVP) und F. Kramer-Schwob (EVP) betr. Verordnung über die PKSW proaktiv ordnen	
4*	23.81 (DSO)	Verpflichtungskredit von Fr. 6'176'945 für die Zentralisierung der Arbeitsintegration Winterthur im FOCUS-Gebäude an der Sulzerallee 2 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)	<b>Ch. Griesser</b>
5*	23.71 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2024 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe	<b>U. Bänziger</b>
6*	23.73 (DSU)	Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2024 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur	<b>K. Vogel</b>
7*	23.67 (DSS)	Verpflichtungskredit von Fr. 1'010'000 für die Erneuerung des Kinderbereichs im Freibad Geiselweid (Projekt-Nr. 13206)	<b>A. Würzer</b>

8	23.72 (DFI)	Genehmigung des Budgets 2024 und Festsetzung des Steuerfusses // Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2024 bis 2027	<b>Ch. Hartmann</b>
9	23.30	Fristerstreckung für die Berichterstattung zur Behördeninitiative betr. Verbot biometrischer Gesichtserkennung	<b>F. Helg</b>
10	23.82 (DBM)	Produktgruppe Tiefbau, baulicher Strassenunterhalt: Nachtragskredit von Fr. 850'000 für zusätzliche Ausgaben	<b>A. Geering</b>
11	23.62 (DBM)	Sondernutzungsplan: Zustimmung zum privaten Gestaltungsplan «Am Bach - Mitte»	<b>B. Zäch</b>
12	23.80 (DBM)	Begründung der Motion G. Porlezza (FDP) betr. Winterthur hat Luft nach oben: Höher bauen für mehr neuen Wohnraum	
13	22.13 (DPR)	Antrag und Bericht zur Motion M. Della Vedova (GLP), I. Kuster (Die Mitte), U. Hofer (FDP) und D. Oswald (SVP) betr. Überführung des Münzkabinetts in eine gemeinnützige Trägerschaft	
14	22.66 (DPR)	Antrag und Bericht zur Motion N. Wenger (Grüne), M. Gnesa (SP), B. Huizinga (EVP) und N. Ernst (GLP) betr. Mutterschaftsurlaub für werdende Mütter	
15	23.28 (DSS)	Beantwortung der Interpellation O. Staub (SP), T. Gschwind (SP), N. Wenger (Grüne) und D. Roth-Nater (EVP) betr. gerechte Ressourcenverteilung in der Sportförderung	

*\*an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Willkommen zu unserer interessanten, spannenden Sitzung mit mindestens zwei spannenden Traktanden. Nein, es sind ja immer alle interessant. Ich begrüsse Euch herzlich zur 10. und 11. Sitzung des Amtsjahres 2023/24 hier an der Liebestrasse. Zusätzlich möchte ich auch ganz besonders alle Zuschauer begrüßen und die Medienschaffenden.

Vorausschickend möchte ich schon mal gesagt haben, dass wir das Reservedatum vom 11. Dezember als Reservedatum vermerkt haben. Wir werden dieses nur beanspruchen, wenn wir mit dem Traktandum 11 (also allen Sachgeschäften) noch nicht fertig wären. Das ist aber eigentlich nicht zu erwarten.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Ich komme zu den Abmeldungen. Für beide Sitzungen heute haben sich abgemeldet: Simon Gonçalves (Die Mitte/EDU), Fredy Künzler (SP) und Lea Jacot-Descombes (SP). Einzelne Abmeldungen für nur für die Nachmittags- oder Abendsitzung sind mir keine bekannt.

Wir haben eine Verabschiedung in Abwesenheit: Maria Wegelin. Sie ist an der letzten Sitzung aus dem Rat ausgeschieden. Ich verlese die Eckdaten: Sie war vom 1. Mai 2020 bis jetzt am 31. Oktober 2023 hier im Rat. Davon war sie vom 1. November 2021 bis 15. Mai 2022 Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit. In Abwesenheit möchte ich Maria danken, auch zuhänden des Protokolls, damit das dort steht, für alle ihre geleisteten Dienste hier

im Parlament. Und ich danke Jürg Bachmann, der ihr bereits den ausgesuchten Altstadt-Gut-schein und die Urkunde übergeben hat.

Wir dürfen heute jemanden begrüßen, und zwar wieder begrüßen zurück im Rat: Marc Wäckerlin, herzlich willkommen. Du hast das Wort gewünscht, das übergebe ich Dir gerne.

**M. Wäckerlin (SVP):** Ich freue mich, wieder zurück im Rat zu sein. Ich hoffe, Ihr habt mich ein bisschen vermisst die letzten zwei Jahre. Ich habe Euch definitiv ein bisschen vermisst. Jetzt ist es ein bisschen ein Neuanfang: Dieses Mal bin ich ja zum ersten Mal nicht mehr für die Piraten, sondern für die SVP gewählt. Das ist auch für mich ein bisschen eine Veränderung. Ich bin nicht mehr so ein Einzelkämpfer wie vorher, sondern jetzt für die zweitgrösste Fraktion hier. Und ich würde mich freuen, wenn es uns gelingen würde, vielleicht auch einen etwas anderen politischen Stil zu pflegen als früher, der dieser neuen Situation angemessen ist.

Meine Überzeugung ist, dass wir viel mehr versuchen müssen, zwischen den Fraktionen zusammenzuarbeiten, gemeinsame Wege und gemeinsame Lösungen zu suchen, ganz besonders dort, wo wir auch gemeinsame liberale Vorstellungen haben. Und ich denke, das betrifft nicht nur uns, sondern das betrifft natürlich auch die anderen Fraktionen. Ich denke da vornehmlich an die FDP, aber auch bei den Grünen bis hin zur SP gibt es immer wieder Möglichkeiten, um punktuell liberal zusammenarbeiten zu können.

Ich bin sehr gespannt, wie das läuft in nächster Zeit. Persönlich habe ich beruflich auch noch sehr viel zu tun. Ich hoffe, die beiden Engagements funktionieren miteinander, das werden wir dann sehen. Aber ich freue mich extrem, wieder hier zu sein und Euch wieder zu sehen.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Vielen Dank, Marc. Man merkt jetzt schon eine gewisse Veränderung zum letzten Mal, das war kurz und knackig.

Heute haben wir noch Anmeldungen für Film und Fotografie vom Landboten, der die Berichte über die Geschäfte mit Aufnahmen, die heute Abend gemacht werden, bebildern möchte. Und Marc Wäckerlin hat angekündigt, Videoaufnahmen zu machen.

## Erklärungen

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Es wurde mir eine angekündigt von Andreas Geering (Die Mitte/EDU) zum Thema Gebundenheit Investitionskredit Wartstrasse. Andreas, darf ich Dich bitten.

**A. Geering (Die Mitte/EDU):** Am 1. November 2023 hat der Stadtrat einen Investitionskredit für die Neugestaltung der Wartstrasse im Bereich Rudolfstrasse bis Tellstrasse verabschiedet. Es handelt sich dabei um Bruttoinvestitionskosten von 1.75 Mio. Franken. Davon hat der Stadtrat 1.21 Mio. Franken für gebunden erklärt. Es verbleiben 540'000 Franken als ungebundene Kosten, die somit in die Kompetenz des Stadtrats fallen. Durch die Gebundenerklärung von 2/3 der Kosten fällt die Bewilligung des Projekts in die Finanzkompetenz des Stadtrats, es gibt keine Weisung an das Stadtparlament.

Es handelt sich bei diesem Projekt nicht um einen Teil des Rahmenkredits Masterplan Bahnhof, sondern um einen Teil des Verkehrsprojekts Neuwiesen 4.0, das aber aus Einzelprojekten besteht, dort gibt es keinen übergeordneten Kredit.

Wenn man sich den Entscheid des Verwaltungsgerichts vom 12.01.2023 betreffend gebundene Kosten der Frauenfelderstrasse vor Augen führt, ist dieser Gebundenheitsentscheid betreffend der Wartstrasse nicht verständlich, ja er erscheint uns als falsch. Das Verwaltungsgericht hatte die Gebundenheit bei der Frauenfelderstrasse abgelehnt. Bei einer Neugestaltung des Strassenkörpers handle es sich um neue Kosten. Die demokratische Mitbestimmung von Stadtparlament und Stimmbevölkerung müsse bei Neugestaltungen gewährleistet sein. In seinem Urteil verweist das Verwaltungsgericht auch auf Urteile des Bundesgerichts bei ähnlichen Geschäften.

An der Wartstrasse wird die Fahrbahn von 7,2 Meter auf 4,6 Meter verschmälert. Die Trottoirs werden verbreitert. Die Randsteine erhalten einen schrägen Anschlag, Parkplätze für Autos und Velos verschwinden. Im Bereich der Liegenschaften an der Wartstrasse 4 und 6 entsteht ein Platz mit Bäumen und Unterflurcontainer. Zusammengefasst: Es handelt sich um eine Neugestaltung.

Vor dem Hintergrund des Urteils bei der Frauenfelderstrasse erstaunt es uns doch ziemlich stark, dass der Stadtrat im Projekt Wartstrasse entscheidet, dass zwei Drittel der Kosten gebunden seien. Damit fallen die neuen Kosten wie gesagt in die Finanzkompetenz des Stadtrats, eine Weisung an das Stadtparlament entfällt, ein freiwilliges Referendum ist nicht möglich. Hätte der Stadtrat in seinem Entscheid dagegen die Ausführungen des Entscheides Frauenfelderstrasse als Leitfaden angewendet, hätte es keine gebundenen Kosten gegeben. Der Stadtrat hätte eine Weisung an das Parlament verabschiedet und auch das fakultative Referendum wäre möglich gewesen.

Die Mitte/EDU-Fraktion fragt sich, ob der Stadtrat Gebundenheitserklärungen bei Strassenbauprojekten trotz dem Entscheid Frauenfelderstrasse verwendet, um gefährdete Projekte an den demokratischen Prozessen vorbeizumogeln.

Wir haben von einer Stimmrechtsbeschwerde abgesehen und den Stadtratsentschluss nicht angefochten. Wir erwarten aber, dass der Stadtrat das Urteil des Verwaltungsgerichts in Sachen Frauenfelderstrasse respektiert und künftig Strassenbauprojekte, bei denen der Strassenkörper neugestaltet wird und dessen Kosten über der Stadtratskompetenz liegen, dem Stadtparlament zur Bewilligung vorlegt. Nur auf diese Weise ist auch das Mitspracherecht der Bevölkerung im Rahmen des fakultativen Referendums gewährleistet.

Vielen Dank für die Kenntnisnahme.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Andreas. Möchte sich der Stadtrat dazu äussern?

**Stadträtin Ch. Meier:** Ich mache es kurz. Wir haben sehr wohl das Verwaltungsgerichtsurteil der Frauenfelderstrasse ernstgenommen. Wir teilen sämtliche Investitionskredite nach gebundenen und nicht gebundenen Kosten auf. Im Stadtratsbeschluss für den Investitionskredit an der Wartstrasse ist das auch sehr gut aufgezeigt. Es ist einfach so, dass in diesem Fall die Neugestaltungskosten relativ gering ausfallen, weil sie eben wirklich nicht sehr umfangreich sind.

Ich möchte aber doch noch sagen: Man kann natürlich sagen, es ist nett von Euch, dass Ihr keine Stimmrechtsbeschwerde gemacht habt. Wenn man aber einfach eine solche Behauptung in den Raum stellt, dann ist das auch nicht besonders dienlich. Also wenn Ihr das Gefühl habt, dass wir etwas bei der Aufteilung gebunden oder nicht falsch gemacht haben, dann macht diese Stimmrechtsbeschwerde. Dann wird es nämlich auch angeschaut und es gibt einen Entscheid darüber. Ich bin überzeugt davon, dass wir den Kredit richtig beantragt haben. Und noch zum letzten Punkt, dass es keine Mitwirkung der Bevölkerung gibt: Es gab alle Mitwirkungsverfahren nach Strassengesetz, die Bevölkerung konnte sich inhaltlich äussern. Und wenn, dann wäre es allenfalls ein Kreditantrag an das Parlament gewesen und dann hätte das Parlament einfach zu den Kosten Ja oder Nein sagen können. Aber die Mitwirkung ist vorgängig gelaufen.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Christa. Als persönliche Erklärung wurde mir eine von Kathrin Frei Glowatz zum Thema Schweigen als Zeichen für Menschlichkeit. Darf ich Dir das Wort übergeben bitte.

**K. Frei Glowatz (Grüne):** Gestatten Sie mir, für die Erklärung meines Anliegens für eine Schweigeminute ausnahmsweise die hochdeutsche Sprache.

Ich hätte es passend gefunden, heute für einmal zu Beginn unserer Sitzung in diesen bewegten Zeiten als gewählte Volksvertreter/-innen gemeinsam eine Minute innezuhalten. Jenseits von politischen Meinungsverschiedenheiten hätten wir an Leib und Bedrohung betroffener Zivilpersonen hüben und drüben erinnert und damit ein Zeichen der Anteilnahme und der

Menschlichkeit gesetzt. Damit dachte ich auch nicht nur an Nahost, sondern ebenso an alle aktuellen bewaffneten Konflikte dieser Welt.

Auch in Winterthur leben Angehörige von Familienmitgliedern in den Konfliktregionen und es ist nicht von der Hand zu weisen, dass sie gerade heute schwierige Zeiten durchleben. Auch für sie hätte ich es als schlichte, aber starke Geste des Mitgefühls gesehen. Es hat nicht sollen sein. Mein Learning aus der Sache: Als Parlamentarier/-in ist es mit Schweigeminuten vielleicht ein bisschen so wie mit der Liebe. Man kann nur um sie bitten, aber niemals sie einfordern. Vielen Dank.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Wir kommen zur Traktandenliste. Die Parlamentsleitung schlägt vor, dass wir das Traktandum 2 und 3 zusammen behandeln. Aus den Kommissionen wurde uns gemeldet, dass folgende Geschäfte ebenso ohne Diskussion durchgehen sollen (ich zähle sie auf): 5, 6, 7, 9, 10 und 11. Gibt es Anträge zur Veränderung oder Einwände zur Traktandenliste? – Dem ist nicht der Fall, somit gilt sie als genehmigt.

### 1. Traktandum

#### Protokoll der 9. Sitzung

---

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Wir kommen zum 1. Traktandum, Abnahme des Protokolls der 9. Sitzung. Gibt es zu diesem Protokoll noch Anmerkungen oder Einwände? - Dem ist ebenfalls nicht der Fall. Somit danke ich der Protokollführerin herzlich für das Verfassen.

### 2. Traktandum

**Parl.-Nr. 2023.18: Pensionskasse der Stadt Winterthur (PKSW): Kreditantrag und Anpassung der Verordnung über die Pensionskasse der Stadt Winterthur vom 25. Februar 2013**

---

### 3. Traktandum

**Parl.-Nr. 2022.49: Antrag und Bericht zur Motion U. Glättli und S. Kocher (GLP), U. Hofer (FDP), M. Gross (SVP) und F. Kramer-Schwob (EVP) betr. Verordnung über die PKSW proaktiv ordnen**

---

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Wir kommen zu den Traktanden 2 und 3. Wir behandeln die Geschäfte 2023.18 und 2022.49 (das ist die Motion) wie schon angekündigt zusammen. Ich bitte alle, die sich dazu melden, zu allem zu sprechen. Die Abstimmungen am Schluss hingegen erfolgen selbstverständlich separat.

Zu Beginn ist festzustellen, dass die Anträge und Beilagen zum Geschäft 2023.18 den Spezialkommissionsmitgliedern seit längerem bekannt sind. Die Anträge sind auch auf dem Kommissionsbeschlussblatt, das Ihr am Freitag per Mail erhalten habt. Oder für diejenigen, die aktuell nachschauen möchten: Ihr findet sie auf der Parlamentswebsite beim Geschäft 2023.18.

Ich informiere kurz darüber, wie wir vorhaben, durch das Geschäft durchzugehen. Als Erstes gibt es eine Geschäftsvorstellung und Erläuterung durch den Kommissionspräsidenten, Michi Gross. Diese wird etwas länger dauern als üblich, weil eben über alles direkt gesprochen wird. Anschliessend kommen die Voten der Mitglieder der Spezialkommission Pensionskasse, wobei das, wie ich schon gesagt habe, die allgemeine Beratung ist inklusive Bemerkungen zur Detailberatung und auch die Bemerkungen zur Motion. Weiter werden wie üblich so verfahren, dass sich dann der Stadtrat äussern kann. Dann machen wir die Detailberatung und bei der Schlussabstimmung werde ich Euch dann auch nochmals kurz informieren, wie wir vorgehen werden.

Ich darf jetzt zuerst das Wort dem Präsidenten der Spezialkommission Pensionskasse übergeben, Michi Gross, zur Vorstellung des Geschäfts.

**M. Gross (SPK):** Danke für die Einführung. Insbesondere begrüessen hier möchte ich die Leitung der Pensionskasse und den Stiftungsrat. Ich habe vier Vorbemerkungen zu diesem Geschäft: Ich möchte kurz umreissen, was wir in den Kommissionssitzungen zusammen gemacht haben. Den Ablauf der neun Kommissionssitzungen kann man eigentlich ungefähr dritteln. Wir haben am Anfang versucht, uns in das Geschäft, das der Stadtrat ausgearbeitet hat, einzuarbeiten. Wir haben die Fachbegriffe und das Verständnis für die Technik gemacht. Ungefähr ein Drittel waren dann die Diskussionen um die Lösungen (die Lösung des Stadtrats, eigene Lösungen, das Verhandeln und Feilschen um die Lösung). Und ein guter Drittel war dann die Ausarbeitung dieses Kompromisses.

Es war wohl für alle ein sehr intensives Geschäft, deshalb brauche ich ein bisschen länger, um es vorzustellen. Der Dank geht an alle Kommissionsmitglieder, die sich da eingesetzt haben, auch an alle Behörden, Stadtrat Kaspar Bopp - ich werde nachher noch spezifisch auf die einzelnen Personen eingehen. Und natürlich auch an die Pensionskasse und an den Stiftungsrat, an die Gewerkschaften – der Dank geht an alle, die da mitgearbeitet haben in diesem Geschäft. Ich selbst habe rund 470 inhaltliche Mails zu diesem Geschäft erhalten, es war ein ziemlich intensives Geschäft.

Damit es den Kommissionsmitgliedern nicht langweilig wird, habe ich extra Folien hineingenommen, die sie noch nicht gesehen haben. Ich versuche die dann auch noch zu erklären, damit Ihr auch noch ein bisschen etwas Neues mitbekommt.

Ich gehe zuerst auf die Stadtratsweisung ein. Diese beginnt mit der Historie und dort steht, es gab eine Verselbständigung ohne vollständige Ausfinanzierung. Das ist natürlich politisch diskutabel, was vollständige Ausfinanzierung heisst. Es war so, dass man in der Verselbständigung den Umwandlungssatz von 7 auf 6 gesenkt hat und den technischen Zinssatz mit 3,2% angenommen hat, was sich im Nachhinein als viel zu hoch erwiesen hat. Aber das hat man ja damals nicht so gewusst oder zumindest wollte man es nicht wissen, man hätte vielleicht schon einen tieferen annehmen können.

2019 wurde dann eine weitere Kreditvorlage des Stadtrats durch das Parlament ganz knapp zurückgewiesen. Es ging dort um einen 144 Mio.-Kredit. Und 2023, das ist dann der Antrag, zu dem wir jetzt kommen, wollen wir zusammen die Stabilisierung beschliessen.

Auf der Folie sieht man den Verlauf des Deckungsgrades seit 2015. 2021 ging es mit 102,6 kurz über die magische Grenze von 100%. Die Märkte haben sich aber 2022 so entwickelt, dass er jetzt wieder darunter liegt. Im Moment ist man bei 94% per Ende September. Per Ende Jahr, und das ist wesentlich, lag er bei 92,6%.

Zur Definition, was überhaupt ein Deckungsgrad ist: Der Deckungsgrad der Pensionskasse zeigt, wie viele Prozent der Verpflichtungen der Pensionskasse an einem Stichtag mit Vermögen gedeckt sind. Das heisst: Je höher der Deckungsgrad, desto besser. Die Pensionskasse der Stadt Winterthur strebt einen Deckungsgrad von 115% an, um auch die Marktschwankungen abfedern zu können. Diesen haben wir sicher nicht erreicht, nie in dieser Zeit.

Der technische Deckungsgrad (wir werden nachher noch ganz verschiedene Arten von Deckungsgraden sehen) hängt von einem technischen Zinssatz ab. Das ist eine Bewertungsgrösse für die angenommene Rendite der noch nicht ausbezahlten Altersguthaben. Es ist also eine Kerngrösse zur Berechnung der zukünftigen Leistungen. Das Problem dieser Kerngrösse ist, dass man sie festlegt und dass sie nicht unbedingt dem Markt entsprechen muss.

Es wäre sinnvoll, wenn sie dem Markt entspricht – dann spricht man von einem ökonomischen Zinssatz, nicht von einem technischen Zinssatz.

Die Eckpunkte der Stadtratsweisung: Der Stadtrat hat einen Stabilisierungsbeitrag von insgesamt 120 Mio. vorgesehen, davon 40 Mio. à fonds perdu-Zahlung, 80 Mio. als sogenannte Arbeitgeberbeitragsreserven mit Verwendungsverzicht. Diese 80 Mio. wären aufgelöst worden, wenn der Deckungsgrad die 115% erreicht hätte. Aufgelöst heisst, sie wären frei geworden und hätten als Arbeitgeberbeiträge verwendet werden können. Die Laufzeit wäre maximal 20 Jahre gewesen. Das Ziel des Stabilisierungsbeitrags war klar: Die Behebung der Unterdeckung und Aufbau einer Wertschwankungsreserve. Ansonsten in der Verordnung angepasst: Man hat eine Erhöhung der Sparbeiträge für jüngere Mitarbeitende vorgesehen, man hat eine Aufteilung und leichte Senkung des Risikobeitrags und des Kostenbeitrags vorgesehen und man hat ein Beitragsverhältnis von 65:35 (65% Stadt, 35% Arbeitnehmende) vorgesehen. Ziele der Stadtratsvorlage waren eine Verhinderung von weiteren Sanierungsbeiträgen, das Leistungsziel von 60% von allen Mitarbeitenden soll erreicht werden können (das heisst, wenn jemand von Anfang bis Ende bei der Stadt arbeitet, dann soll er 60% des bisherigen Lohns in der 2. Säule ausbezahlt haben und zusätzlich die AHV-Leistungen erhalten), die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin soll erhalten bleiben, es soll ein altersunabhängiges Beitragsverhältnis festgelegt werden (heute ist es altersabhängig, d.h. wenn ich einsteige mit 25 Jahren, dann war es bei 50:50 und ab 60 Jahren war es dann fast 72:28 Beitragsverhältnis. Das kommt aus älteren Zeiten heraus, aus dem Leistungsprimat), die Belastung der städtischen Finanzen sollen angemessen bleiben. So viel zu den Zielen und zur Stadtratsvorlage. Die Ziele der Kommission waren ebenfalls (sie unterschieden sich gar nicht so gross von denen des Stadtrats): Eine gute und attraktive Lösung für die städtischen Mitarbeitenden, die sich auch am Markt der öffentlichen Pensionskassen orientiert, eine volle Selbständigkeit (d.h. dass die Pensionskasse zukunftsfähig und nachhaltig mit wenig Risiken für weitere Einmalzahlungen stabilisiert ist). Wir haben versucht, ein politisches Hickhack zu vermeiden, und wir haben auch versucht, diese Lösung möglichst unabhängig zu machen von einer allfällig politischen Steuerung.

Das ist die ominöse Folie, die noch niemand gesehen hat. Ihr seht da von 2017 bis 2023 drei verschiedene Deckungsgrade. Der rote, oberste ist derjenige, den man ausweist, der technische Deckungsgrad. Der ökonomische Deckungsgrad ist etwas tiefer und Ihr seht, dass dieser ziemlich variieren kann zum technischen Deckungsgrad. Der ökonomische Deckungsgrad wird mit einem ökonomischen Zinssatz (also mit einem Marktzins) gerechnet und eben nicht mit einem fixen Zinssatz, den die Pensionskasse festlegt. Ihr seht aber auch, das hat sich ziemlich angenähert, insbesondere ab 2021. Und – das finde ich auch noch wesentlich zu wissen über unsere Pensionskasse – es gibt einen risikotragenden Deckungsgrad. Der risikotragende Deckungsgrad bedeutet eigentlich diejenigen, die noch einzahlen können (also diejenigen, die noch keine Beiträge beziehen, die noch nicht pensioniert sind). Das sind in der Stadt Winterthur nur 40% derjenigen, die dann profitieren. 60% beziehen schon Leistungen und die kann man ja nicht mehr dazu zwingen, weitere Leistungen einzubezahlen oder weiter einzuzahlen. Das ist die grüne Linie. Und Ihr seht auch, dieser Deckungsgrad fiel dann auch kurz, 2019, Richtung 30% herunter. Das hat natürlich eine Hebelwirkung, denn relativ viele Mitarbeitende bzw. Pensionierte drin sind. Das zeigt eigentlich nur, wie wichtig es ist wegen dem Überhang an Rentnern, dass man eine Sanierung macht, auch eine Sanierung macht, bei der man Geld einschiesst. Es geht gar nicht, dass wir die 40%, die noch einzahlen, dazu verpflichten, alle diese Leistungen, die jetzt im Moment versprochen sind, mitfinanzieren zu können. Das Problem ist natürlich auch der Nullzinssatz, also dass man eine Zeit lang keine richtige Verzinsung erhalten hat. Das hat sich ja in den letzten Jahren geändert, das sieht man auch gut daran, wie die grüne Kurve auch gestiegen ist.

Ich möchte jetzt die wichtigsten Anträge der Spezialkommission erläutern. Da geht es mir vor allem auch darum zu sagen, dass sich ja dann alle diesen Anträgen angeschlossen haben. Ich hoffe, das bleibt jetzt auch so und es gibt keine weiteren Veränderungen. Ich gehe aber nicht auf jedes Detail in der Verordnung ein, das wir geändert haben.

Zuerst einmal der Kredit von 120 Mio. Wir haben den Kredit von 120 Mio. als Arbeitgeberbeitrag mit Verwendungsverzicht. Es gibt also keine Einmaleinlage, sondern es ist alles Arbeitgeberbeitrag mit Verwendungsverzicht. Und zwar möchten wir diesen so einbringen (ich zeige das dann noch in einem Schema) – und wir sprechen jetzt vom ökonomischen Zinssatz, also dem, der nicht politisch steuerbar ist, sondern einfach vom Markt abhängig – dass wenn der Deckungsgrad unter 100% liegt, fliesst das Geld in Tranchen von 10 Mio. oder 20 Mio., je nachdem, ob er unter 100 (10 Mio.) oder unter 95 (20 Mio.) liegt, in das Vermögen der Pensionskasse. Liegt der ökonomische Deckungsgrad zwischen 100 und 105, passiert gar nichts mit diesem Kapital. Liegt der ökonomische Deckungsgrad über 105, werden 10 Mio., über 110% 20 Mio. frei zur Verwendung als Arbeitgeberbeiträge. Bei einer Unterdeckung, d.h. wenn der Deckungsgrad unter 100% liegt, muss die Pensionskasse darauf verzichten, dass sie eine höhere Verzinsung macht und es dürfen auch keine Rentenanpassungen gemacht werden.

Ich habe unten noch ergänzt, was der ökonomische Deckungsgrad ist. Das Wichtigste ist eigentlich der Satz ganz unten: Mit der Wahl des ökonomischen Deckungsgrads als Messgrösse wird sichergestellt, dass die Bewertung rein objektiv ist und nicht vom Stiftungsrat beeinflusst werden kann.

Die Arbeitgeberbeitragsreserve wird, wenn man es so beschreiben kann, wie in eigenen Tresor gelegt. Dieser gehört zwar der Pensionskasse, aber sie kann ihn nicht anfassen. Sie kann ihn erst dann anfassen, wenn sie einen ökonomischen Deckungsgrad von unter 100, dann fliesst das Geld nämlich in Tranchen zurück in die Pensionskasse und wird zur Stabilisierung verwendet. Wenn der Deckungsgrad über 105 ist, fliesst das Geld fiktiv in die Stadtkasse zurück. Aber das ist nur fiktiv, das Geld darf eigentlich nie mehr aus der Pensionskasse heraus, denn sonst kann sie ja nicht damit arbeiten. Das Geld fliesst also fiktiv zurück, wird dann aber verwendet als Arbeitgeberbeiträge, in den gleichen Tranchen, wie ich es vorhin schon gesagt habe. Das ist der Meccano. Dieser Meccano ist ganz neu, wir sprechen also von einem Modell Winterthur oder von einem Modell Marco Jost – so heisst der Experte, der das für Winterthur mitentwickelt hat. Ein ganz spezieller Meccano, von dem wir der Meinung sind, dass er genau dem Rechnung trägt, was wir wollten. Ich komme später noch im Detail auf das zu sprechen.

Eine weitere wichtige Anpassung, die wir gemacht haben: Wir haben das Arbeitgeber-Personal-Beitragsverhältnis gesenkt. Der Stadtrat hat ja 65:35 vorgeschlagen. Heute ist es altersabhängig. Wir in der Kommission haben gesagt (im Gegensatz zum Stadtrat), es muss eine volle Kompensation geben für diese Senkung für diejenigen, die heute ein anderes Beitragsverhältnis haben, und zwar sagten wir, das ist bis 120'000 Fr. Das sieht dann so aus: Jemand, der heute einen Lohn hat von 80'000 Fr., der erhält einen vollen Lohnausgleich. Und zwar als Zulage, so dass er in seiner Bewertung nicht steigt, also nicht dass er irgendwo an eine Grenze kommt und sonst nie mehr einen Lohnausgleich erhält. Dieser kommt dann einfach oben hinzu zu seinem Lohn. Jemand, der einen Lohn hat von z.B. 140'000 Fr, der erhält einen vollen Lohnausgleich bis 120'000 Fr., der ihm auch als Zulage oben auf seinen Lohn gegeben wird. Für die übersteigenden Anteile, die 20'000 über 120'000 Fr., erhält er keinen Ausgleich.

Weiter: Wir können das zwar nur fordern von der Politik her, wir können das nicht bestimmen, denn das liegt in der Kompetenz des Stiftungsrats: Wir möchten, dass der Stiftungsrat bzw. die Pensionskasse die Möglichkeit von freiwilligen Sparplänen einführt, d.h. dass Mitarbeitende der Stadt Winterthur selbst entscheiden können, wenn sie mehr in die Pensionskasse einzahlen möchten. Wir stellen uns da vor 60:50 und 60:60, solche Verhältnisse gibt es in vielen anderen Kassen auch. Wir haben auch gesehen, dass viele Mitarbeitende der Stadt Winterthur das Ziel von 60% nicht erreichen können. Und deshalb sind wir der Meinung, dass sie über zusätzliche freiwillige Sparpläne die Möglichkeit haben sollen, ihre Pension noch gegen oben korrigieren zu können.

Dann war es klar in der Kommission, das ist auch Teil des Kompromisses, dass man das natürlich koppelt, dass die finanzielle Stabilisierung und die Änderung des Beitragsverhältnisses nicht unabhängig sind. Diese Koppelung ist nötig, denn theoretisch stimmen wir nur über den Beitrag, über die Stabilisierung mit diesen 120 Mio. ab. Und das andere wird hier drinnen –

wenn es nicht ein Referendum gibt – bestimmt. Das heisst, es wäre theoretisch möglich gewesen, dass wir zwar 60:40 eingeführt hätten, aber keinen Stabilisierungsbeitrag. Was ich da noch zeigen möchte, und das ist eine Frage, die vor allem auch von der Presse kam: Was bringt denn das, wenn wir 60:40 einführen und dann alles gleich wieder ausgleichen? Da seht Ihr über die Jahre den Verlauf und Ihr seht ab dem ersten Jahr der Einführung, wie viel das in der Stadtkasse bringt. Natürlich, am Anfang ist der Beitrag nicht sehr gross. Aber langfristig, ab dem 5. Jahr, wird die Stadtkasse dadurch jährlich um 4 Mio. entlastet. Das Win-Win daran ist, dass die Mitarbeitenden (zumindest diejenigen, die unter 120'000 Fr. verdienen) überhaupt nichts merken. Es wird dann v.a. die neuen Mitarbeitenden betreffen, die einfach mit einem 60:40-Verhältnis anfangen. Für die Stadtkasse gibt es aber eine Entlastung. Das ist Teil des Kompromisses: Auf der einen Seite 120 Mio. Einschuss durch die Steuerzahlenden, auf der anderen Seite aber auch eine Entlastung für die Stadtkasse. Nochmals kurz zusammengefasst: Wir vergleichen die Stadtratsvariante vom 15. März 2023 mit den Anträgen der SPK. Wir sagen, das statische Modell oder eher statische Modell des Stadtrats wird unseren Bedürfnissen nicht ganz gerecht, wir wollen ein dynamisches Modell, eine reine Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht mit dem Meccano über den ökonomischen Deckungsgrad. Wir haben also ein anderes Modell gewählt bei der Zahlung. Dann haben wir ein anderes Modell gewählt beim Beitragsverhältnis, dafür haben wir eine Kompensation vorgesehen. Beim Stadtrat gäbe es keine Kompensation, was dann doch auch bei vielen Mitarbeitenden (v.a. bei älteren Mitarbeitenden) zu einer Lohneinbusse führen würde. Die Erhöhung der Sparbeiträge bei den jüngeren Mitarbeitenden sehen beide Varianten vor, die Aufteilung und leichte Senkung des Risikobeitrags und des Kostenbeitrags sehen auch beide Varianten vor. Und was uns zusätzlich wichtig war, sind die zusätzlichen freiwilligen Sparpläne für das Personal, als Forderung oder Auftrag an die Pensionskasse bzw. an den Stiftungsrat.

So sieht das jetzt aus, wenn man es als Anträge formuliert. Ich lese die nicht vor, denn es steht nochmals ungefähr das drin, was ich schon gesagt habe. Was ich da noch explizit sagen möchte: Es kommt ein 5. Antrag dazu, der ist aber wahrscheinlich ohne Emotionen. Dort geht es nur darum, dass man die SPK wieder auflösen kann bzw. dass sie am Ende gleich wieder aufgelöst wird. Die anderen Anträge seht Ihr hier: Bei Antrag 1 geht es um den Stabilisierungsbeitrag, dann kommt der Verwendungszweck, dann geht es um die Verordnung, die wir neu geschrieben haben, die wir im Detail dann ja noch abnehmen, und dann die Inkraftsetzung, die wir auf 01.01.2025 gesetzt haben. Leider ging es nicht vorher bzw. es macht keinen Sinn, dass man das unterjährig festlegt.

In der Abstimmung in der Kommission konnten sich schlussendlich alle Parteien, alle Fraktionen diesem Kompromiss anschliessen. Wir sind der Meinung, dass man dieses starke Zeichen auch an die Bevölkerung machen muss. Es sind doch 120 Mio., die man einschliessen muss, die man aufnehmen muss. Das ist ein grosser Beitrag, den auch die Bevölkerung leisten muss. Und deshalb sind wir der Meinung, dass die Politik da ein Zeichen setzen musste. Dass das einstimmig gelungen ist, freut mich natürlich sehr.

Ich bin am Schluss meiner Ausführungen, dann könnten wir jetzt zu den Voten kommen.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Vielen Dank, Michael Gross, für diese grossartige Vorstellung des Geschäfts. Für mich bleibt jetzt noch, in die Runde zu fragen, ob es noch weitere Anträge gibt zu diesem Geschäft und auch zur Motion? – Dem scheint nicht der Fall zu sein. Der Kommissionspräsident hat es schon angetönt, dass die Parlamentsleitung am Schluss noch als 5. Antrag beantragen möchte, dass wir die Spezialkommission dann auch gleich mit dem Geschäft abschliessen, also auflösen würden. Jetzt habe ich noch die Frage an den Stadtrat, ob dieser sich auch allen Anträgen anschliessen wird?

**Stadtrat K. Bopp:** Jetzt bin ich etwas überrascht, ich bin davon ausgegangen, dass es zuerst noch eine Diskussionsrunde gibt.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Jawohl, es geht nur um die Anträge.

**Stadtrat K. Bopp:** Grundsätzlich schliessen wir uns den Anträgen an und ich erläutere später noch, wieso.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke. Dann kommen wir jetzt zur Diskussionsrunde. Zuerst kommen die Mitglieder der Spezialkommission in der Reihenfolge, wie sie sich zu Wort melden. Den Beginn macht Urs Hofer (FDP).

**U. Hofer (FDP):** Es ist ja schon fast historisch, dass wir ein wichtiges Geschäft vor uns haben und – so wie es aussieht – Einigkeit herrscht. Und das trotz einem Betrag, der sehr viele Nullen aufweist. Was hat es gebraucht, damit das gelingt?

Erstens sicher ein guter, austarierter Vorschlag aus der Spezialkommission. Ich finde, der Vorschlag ist gut, weil er ein dynamisches Modell vorsieht und so die Frage, wie viele Millionen es letztendlich brauchen wird, zu 100% einem klaren, fairen und neutralen Mechanismus überlässt, nämlich dem Markt. Ich finde den Vorschlag auch deshalb gut, weil der Deckungsgrad ökonomisch und nicht technisch berechnet wird. Beide genannten Elemente bewirken nämlich in der Kombination, dass der Kreditbetrag einem politischen Seilziehen, einem Basar und Powerplay entzogen wird und hoffentlich entzogen bleibt.

Aus Sicht der Arbeitnehmer finde ich den Vorschlag gut, weil sie zuversichtlich sein können, dass der Deckungsgrad der PK Winterthur in hoffentlich naher Zukunft wieder über 100% steigen kann und dass dann auch mehr als nur der Mindestzinssatz möglich sein wird. Das ist aus meiner Sicht eigentlich das Entscheidendste aus Sicht des Arbeitnehmers. Auch für die jüngeren Arbeitnehmenden ist der Vorschlag gut, weil die Beitragssätze altersunabhängig festgelegt werden.

Auch für den Steuerzahler ist der Vorschlag gut, weil das Ganze nur so viel kosten wird, wie es effektiv braucht, und weil das Beitragsverhältnis immer noch als grosszügig bezeichnet werden kann, jetzt aber auf ein marktübliches Niveau reduziert wird und so in der laufenden Rechnung der Aufwand reduziert werden kann.

Zweitens: Es hat aber dazu tatsächlich eine Spezialkommission gebraucht. Ich war am Anfang skeptisch, ob es das braucht. Aber es war gut, dass wir uns Zeit nehmen konnten, um uns mit dieser komplexen Thematik eingehend zu befassen. Es war ausserdem gut, dass die Spez-Ko meines Erachtens mit Leuten besetzt wurde, die in den Fraktionen etabliert sind. Und drittens, und ich finde, das ist fast das Wichtigste, es brauchte auch Einsicht von allen Beteiligten, dass bei diesem wichtigen Thema ein Profilierungskrieg fehl am Platz ist. Wir konnten es uns einfach nicht leisten, da nochmals Schiffbruch zu erleiden. Den Kommissionsmitgliedern, aber auch dem Stadtrat und auch der PK ist es gelungen, die eigene Brille mindestens teilweise abzusetzen bzw. zu versuchen, das Geschäft auch einmal durch die Brille der anderen anzuschauen, Kompromisse zu machen und ein Komma auch einmal gerade sein zu lassen.

Viertens hat es die Pensionskasse Winterthur gebraucht, vertreten durch einen erneuerten Stiftungsrat und eine neue Geschäftsführung, die es geschafft hat, in den letzten Jahren zwischenzeitlich verlorenes Vertrauen (also zumindest bei uns verlorenes Vertrauen) wieder zu erarbeiten.

Als die Spezialkommission das Ganze dann den Medien präsentiert hat, war der Kommentar: «Fast schon zu gut, um wahr zu sein.» Ich sehe es wie folgt: Der Vorschlag ist gut. Er ist wohl nicht perfekt, wir könnten noch lange darüber brüten, aber fast schon perfekt war das Verhalten der Beteiligten. Und darauf dürfen wir als Winterthurer Politiker meines Erachtens auch ein bisschen stolz sein. Wir haben gezeigt, dass wir an einem Strick ziehen können, wenn es wirklich nötig ist. Und in diesem Sinne steht auch die FDP-Fraktion einstimmig hinter diesem Vorschlag. Und ich möchte persönlich allen Beteiligten danken, das waren zahlreiche.

Und auch wenn wir heute einstimmig sein werden, zeigt die Kommentarspalte zur ersten Berichterstattung in den Medien, dass dieses Geschäft die letzte Hürde wohl noch nicht überwunden hat. Wir sind alle aufgefordert, die heutige Einigkeit auch in unsere Parteien hinauszutragen, den unter Umständen kritischen Fragen aus der Partei mit den meines Erachtens guten, sachlichen Argumenten zu begegnen, und dann, nach der Partei auch das Volk zu

überzeugen. Ich wünsche gutes Gelingen und verspreche, mich ebenfalls für ein gutes Gelingen einzusetzen.

Und am Rande bemerkt: Ja, auch vom Bericht des Stadtrats zum PKSW proaktiv ordnen nehmen wir im zustimmenden Sinn Kenntnis. Zwar sind nicht alle Punkte aus der Begründung komplett erledigt, die wichtigsten werden wir aber heute erledigen, und der Stadtrat hat ja auch angekündigt, dass er die Verordnung generell einmal einer Revision unterziehen möchte. Und das wäre dann die nächste Chance, noch einige Dinge zu bereinigen.

Einen ganz kleinen Appell für die Zukunft möchte ich aber doch noch anbringen: Ich hoffe sehr, dass sich das Winterthurer Parlament in den nächsten Jahren nicht mehr mit der Ausfinanzierung der PK beschäftigen wird. Und wenn, dann möchte ich persönlich das Argument der ungenügenden Ausfinanzierung bei der Verselbständigung nicht mehr hören. Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt, aber die Vergangenheit haben wir heute hoffentlich bereinigt. In dem Sinne danke ich nochmals allen Beteiligten. Ich habe geschlossen.

**I. Kuster (Die Mitte/EDU):** Auch ich kann mich dem Dank der Ratspräsidentin anschliessen an Michael für die gute Präsentation dieser komplexen Weisung, insbesondere da sie ja neu daherkommt.

Wir von der Mitte/EDU-Fraktion freuen uns sehr, dass unsere Idee und unser Anliegen der Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht aufgenommen und umgesetzt wird. Ich kann mich noch gut an mein Weibeln für dieses Instrument im 2018/19 erinnern und die vielen Diskussionen dazu, die ich geführt habe.

Dank diesem Instrument haben die Winterthurer Steuerzahlenden zumindest die Chance, dass abhängig vom Börsengang und den Geschäften der Pensionskasse der Stadt Winterthur zumindest ein Teil der 120 Mio., die wir heute bewilligen werden, indirekt in die Stadtkasse zurückfliessen und für zukünftige Beitragszahlungen verwendet werden können.

So wie letztes Mal haben wir von der Fraktion nach Möglichkeiten gesucht, die Vorlage für die Steuerzahlenden von Winterthur attraktiver zu machen. Vielleicht waren aber auch dies Ideen, die mehr Zeit brauchen, bis sie auf offene Ohren stossen würden.

Wir stimmen ja heute über zwei Geschäfte ab. Einmal über den Stabilisierungsbeitrag, den Kredit von 120 Mio., und einmal über die neue Pensionskassen-Verordnung, welche unter anderem die Höhe der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge regelt. Keine Freude haben wir, dass diese beiden Vorlagen verknüpft werden, indem die neue Verordnung nur in Kraft tritt, wenn das Volk die 120 Mio. bewilligt. Wir sind der Ansicht, dass wir dem Volk eine Vorlage nach dem Motto «Vogel friss oder stirb» zur Beschlussfassung vorlegen. Gerne hätten wir die Diskussion über Sinn und Unsinn der Verknüpfung von der Verordnung und Kredit auch im Parlament geführt. Um die gesamte Vorlage aber nicht zu gefährden, akzeptieren wir diese Verknüpfung, wenn auch zähneknirschend, und verzichten auf einen Antrag.

Zurück zum Pensionskassenpaket: Wir von der Mitte/EDU-Fraktion begrüssen es, dass der gesamte Kredit, der ganze Beitrag als Arbeitgeberbeitragsreserve bzw. Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht erfolgen soll. Wir begrüssen ebenfalls den in der Kommission erarbeiteten Mechanismus, so wie ihn Michael Gross präsentiert hat. Wir sind froh, dass die vom Stadtrat vorgeschlagene Weisung in der Kommission substanziell überarbeitet und auch verbessert wurde.

Die wenigen Neuerungen in der Verordnung sind für uns wichtige und notwendige Verbesserungen: Junge Mitarbeitende können bereits ab 20 Jahren Pensionskassenguthaben aufbauen. Das ist aus unserer Sicht wichtig und hilft den Jungen, frühzeitig mit der Altersvorsorge anzufangen. Die Anpassung der Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Beiträge an die in der öffentlichen Verwaltung übliche Aufteilung 60/40 ist auch richtig. Und dass diese für alle Altersstufen gilt, macht sie zukünftig generationengerechter. Ausserdem sind Kompensationszahlungen bis 120'000 begrenzt. Dass diese Anpassung vor allem die älteren Mitarbeiter schmerzt, können wir nachvollziehen.

Das ist aber aus unserer Sicht ein zumutbares «Opfer» für 120 Mio., für die der Steuerzahlende gerade stehen muss. Von den anfallenden Zinszahlungen fangen wir gar nicht an zu reden...

Der Stabilisierungsbeitrag von 120 Mio. ist eine grosse Summe, die nun das Volk bewilligen muss, und erhöht nicht nur die Verschuldung der Stadt, sondern hat auch entsprechende jährlichen Zinszahlungen (wie bereits erwähnt) zur Folge. Dies, weil die von der Stadt gebildeten Rückstellungen reine Bilanzpositionen darstellen. Damit das Geld zur Pensionskasse fließen kann, muss das Geld dann zumindest zum grossen Teil auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden.

Wenn wir nun Ja zum Stabilisierungspaket sagen, dann verbunden mit einer klaren Erwartungshaltung an den Stiftungsrat der Pensionskasse Stadt Winterthur: Wir erwarten, dass der Stiftungsrat alle notwendigen Massnahmen ergreift, dass der Deckungsgrad sich deutlich über 100% bewegt. Damit dies gelingt, sind aus unserer Sicht Leistungsverbesserungen in den nächsten Jahren ausgeschlossen, so zum Beispiel auch ein Teuerungsausgleich auf den überobligatorischen Renten. Wichtig ist auch, dass alle Anstrengungen unternommen werden, dass auf dem Anlagevermögen eine Rendite erzielt wird, die deutlich besser ist als in der Vergangenheit und die den Vergleich mit anderen Pensionskassen nicht scheuen muss. Aber auch bei den Verwaltungskosten erwarten wir, dass diese möglichst tief gehalten werden und dass da wie bisher daran gearbeitet wird. Wir sind überzeugt, dass wir auch seitens der Politik ein wachsames Auge auf die Pensionskasse werfen müssen, wir müssen uns aber gleichzeitig auch hüten, uns in das operative Geschäft einzumischen, dafür haben wir ja einen qualifizierten Stiftungsrat und Geschäftsführer. Mit der Zustimmung zu den 120 Mio. Stabilisierungsbeitrag wollen wir auch niemals mehr das Argument hören, dass die Stadt die Pensionskasse nicht ausreichend ausfinanziert habe.

Die Mitte/EDU-Fraktion hat das Gesamtpaket intensiv diskutiert und die verschiedenen Aspekte beleuchtet. Wir unterstützen das Gesamtpaket einstimmig.

Auch bei der Motion sind wir für die Abschreibung der Motion und erwartet vom Stadtrat, dass die in Aussicht gestellte Totalrevision der Verordnung sowie die Behandlung der veralteten Statuten der Pensionskasse Stadt Winterthur zeitnah an die Hand genommen werden.

**R. Keller (SP):** Auch ich bedanke mich herzlich bei Michi für die Vorstellung dieses eher nicht so einfach zu verstehenden Geschäfts und die Formulierung der Anträge. Michi hat ein bisschen auf die Geschichte der Pensionskasse zurückgeschaut und wenn man damit beginnt, auf die Geschichte zu schauen, dann kommt man schnell in Versuchung, auch darüber zu sprechen, wer wann was falsch gemacht hat und wer wohl Schuld sein könnte an der Situation der Pensionskasse der Stadt Winterthur.

Wir haben uns aber in der Spezialkommission für dieses Geschäft nach einer kleinen Findungsphase gefunden und sagten, wir konzentrieren uns auf die Zukunft. Wir wollen nicht zurückschauen und schauen, was man vielleicht irgendwann hätte besser machen können. Und wir waren uns einig, das wurde auch schon gesagt, dass wir wollen, dass die Kasse langfristig stabilisiert wird, dass die Sanierungsmassnahmen für die Mitarbeitenden jetzt aufhören müssen und dass die Stadt als Arbeitgeberin auch entlastet werden muss. Und wir waren uns auch einig, auch das hat Michi gesagt: Das Pensionskassengeschäft ist eigentlich kein politisches Geschäft und wir wollen es soweit wie möglich entpolitisieren.

Der stadträtliche Vorschlag, der uns vorlag am Anfang der Diskussion, hatte schon ziemlich viele, gute, unumstrittene Verbesserungen. Etwas Wichtiges wurde schon gesagt, nämlich die Senkung des Eintrittsalters für die Beitragszahlung, was sicher dazu führt, dass auch junge Leute die Aussicht haben auf eine gute Pension und die auch ein bisschen ausgleichend wirkt. Auf dieser Grundlage hat die Kommission den Vorschlag ausgearbeitet, der jetzt präsentiert wurde.

Den Prozess in der Kommission habe ich als sehr intensiv erlebt und manchmal auch ein bisschen anstrengend. Es war auch nicht einfach nur Harmonie, wir haben auch immer wieder mal heftiger oder zumindest halbheftig diskutiert und um Lösungen gerungen. Umso zufriedener sind wir von der SP-Fraktion darüber, dass wir einen Kompromiss gefunden haben, im besten Sinne des Wortes. Und dass wir eine Lösung gefunden haben, die für alle Involvierten, für alle Interessensgruppen, eine gute Grundlage oder eine gute Lösung bietet. Für die Arbeitnehmenden, die sind uns von Seiten SP ja auch besonders wichtig, indem sie von

Sanierungsmassnahmen entlastet werden und bis zu einem Einkommen von 120'000 Fr. Folgen dieses neuen Beitragsverhältnisses kompensiert werden und für die höheren Einkommen nur ein kleiner Rest bleibt, der nicht kompensiert wird. Auch die Stadt hat einen Vorteil von dieser Lösung, die wir da entwickelt haben, nämlich dass sie selbst auch entlastet wird. Und das ist ja auch ein Thema, über das wir nachher noch sprechen werden. In der jetzigen finanziellen Situation der Stadt ist das sicher nicht etwas, das man sich nicht wünschen würde. Mit Blick auf die Steuerzahler/-innen bietet das dynamische Finanzierungsmodell die Gewähr dafür, dass die 120 Mio. Steuergelder zielgerichtet in die Kasse hineinfließen. Und die Pensionskasse selbst hat natürlich auch etwas davon, dass sie nämlich durch den Stabilisierungskredit deutlich besser abgesichert ist – oder überhaupt einmal abgesichert ist.

Die SP-Fraktion stimmt den Lösungsvorschlägen wie alle anderen auch schon zu, ebenfalls sämtlichen Änderungen der Pensionskassen-Verordnung in allen Teilen.

Wir danken dem Stadtrat und den Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit und wir glauben, dass diese konstruktive Zusammenarbeit ziemlich wichtig sein wird, auch wenn wir die Stimmberechtigten der Stadt für dieses Geschäft und für diese ziemlich komplexe Thematik gewinnen wollen. Wir müssen sie dazu bringen, einem Kredit von 120 Mio. – was mega viel Geld ist – zuzustimmen. Und nur dann kommt dieses Stabilisierungspaket, das wir da entwickelt haben, überhaupt erst zum Tragen.

Das Geschäft der Motion, PKSW proaktiv ordnen, haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen und stimmen der Abschreibung ebenfalls zu.

Ich danke allen, die da mitgewirkt haben.

**F. Kramer-Schwob (EVP):** Ich danke dem Präsidenten für die Vorstellung der Vorlage. Das Pensionskassengeschäft ist ja eigentlich keine attraktive Vorlage. Es ist ziemlich trocken, was wir jetzt da schon seit einer Weile am Diskutieren sind, es ist kompliziert und betrifft eine alte Geschichte. Trotzdem begeistert mich dieses Geschäft und ich freue mich sehr, dass wir die Vorlage heute Abend zu einem Abschluss im Parlament bringen können. Ich bin zuversichtlich, dass wir ein altes Problem lösen können, an dem wir als Stadt und als Parlament jahrelang gekaut haben. Und dieses Problem lösen wir richtig gut - es ist eine sorgfältige und weit-sichtige Lösung. Und, als ganz wichtiger Punkt: Wir lösen dieses Problem in Einheit. Das ist der Punkt, der mich am meisten freut. Ich bin stolz auf unser Parlament, das es in Zeiten der Polarisierung und politischen Blockaden schafft, eine gemeinsame Lösung aller Fraktionen in einem umstrittenen Geschäft zu finden. Alle haben sich zusammengerauft, sich an einen Tisch gesetzt und eine breit abgestützte, solide Lösung gesucht. Da steckt viel Willen drin, einen gemeinsamen Nenner zu finden, und es ist hart erkämpft. Das ist gelungen und darüber freuen wir uns als EVP ganz besonders.

Die Gründe, weshalb die EVP ganz und gar hinter der Vorlage steht: Die Ausgewogenheit und der Ausgleich der Interessen von Steuerzahler/-innen und Angestellten sind bei dieser Vorlage sehr wichtig und aus unserer Sicht gelungen. Dazu trägt das dynamische Modell bei mit der Zeitrumbetrachtung und dem ökonomischen Deckungsgrad. Die Pensionskasse bekommt so viel, wie sie braucht. Die Winterthurer/-innen als Steuerzahler und Steuerzahlerinnen zahlen nur so viel wie nötig und es gibt einen fairen Gradmesser. Das altersunabhängige Beitragsverhältnis ist ebenfalls fair. Das Verhältnis 40/60% ist üblich, das wurde uns von verschiedenen Seiten bestätigt. Die Sparbeiträge sind so angepasst, dass das Leistungsziel, das der Stadtrat gesetzt hat, erreicht werden kann. Die Leistungen werden auch von Stadtseite erhöht und trotzdem wird das künftig die Stadtkasse nicht belasten.

Als EVP freuen wir uns, dass viele arbeitnehmerfreundliche Lösungen gefunden werden konnten. Endlich sind die Sanierungsbeiträge vom Tisch und wir sind auch zuversichtlich, dass es dabei bleiben wird. Auch die Aufsichtsbehörde ist nämlich zufrieden mit der vorge-stellten Lösung. Nettolohnneinbussen wegen der Veränderung des Beitragssatzes werden bis zu einem Lohn von 120'000 Fr. voll kompensiert, was eine soziale Lösung ist. Wer rechnen muss, damit das Geld bis Ende Monat reicht, wird gleich viel im Portemonnaie haben wie bisher. Die soziale Gerechtigkeit ist uns als EVP sehr wichtig.

Die Verordnung sieht neu vor, dass der Stiftungsrat Sparpläne schaffen kann. Das ist interessant für Leute, welche gut verdienen, aber das Leistungsziel im Moment noch nicht erreichen würden. Individuelle und für die Angestellten attraktive Lösungen werden möglich.

Alles in allem ist die Pensionskasse mit der ausgearbeiteten Lösung befähigt, die Zukunft solide zu gestalten. Wir erwarten als EVP auch, dass die Pensionskasse den eingeschlagenen Kurs weiterführt und das Vertrauen, das in dieser Lösung steckt, auch verantwortungsvoll umsetzt. Wir haben aus unserer Sicht das Ziel erreicht: Die Stadt Winterthur ist auch bezüglich Altersvorsorge eine attraktive Arbeitgeberin. Gerne unterstützen wir als EVP die Anträge in allen Punkten.

Zur Motion stellen wir erfreut fest, dass die Motionsziele mit der Vorlage ebenfalls erfüllt werden konnten, zumindest mehrheitlich. Das Beitragsverhältnis ist wie verlangt angepasst und die Bestimmungen, die bei der Revision der Gemeindeordnung weggefallen sind, konnte man wieder einfügen und vieles korrigieren.

Die Stadtkanzlei hat ja jetzt auch eine Totalrevision in Aussicht gestellt. Wir erwarten, dass die Stadtkanzlei das Projekt jetzt an die Hand nimmt und wir noch 2024 eine Weisung präsentiert bekommen.

Die Stadtkanzlei hat ja auch Kenntnis von den Wünschen des Parlaments zur inhaltlichen Ausgestaltung. Diese Wünsche sollen bei der Ausarbeitung doch bitte auch beachtet werden. Die EVP ist ganz klar der Auffassung, dass der Stiftungsrat bei der Ausarbeitung der Totalrevision mitwirken soll. Inhaltlich erwarten wir noch eine saubere Lösung, wie der Stiftungsrat der Pensionskasse in Geschäfte, welche die Pensionskasse direkt betreffen, miteinbezogen werden kann. Wir erwarten auch, dass im Rahmen der Totalrevision diskutiert werden kann, wie die Verordnung über die Pensionsversicherung der Mitglieder des Stadtrates, die nach wie vor Sonderrechte geniessen, weiter gestaltet werden soll.

Zusammengefasst: Wir stimmen der Abschreibung zu, weil wir die Motion in der Teilrevision mehrheitlich umsetzen konnten. Der Rest ist im Sinne des Angesprochenen in der Totalrevision aufzunehmen.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Wir haben es gehört, wir haben eine Einigung erzielt. Und das, nachdem die letzte Vorlage betreffend der Pensionskasse im Parlament gescheitert ist. Die Angelegenheit ist komplex, das hat man vielleicht gemerkt beim Vorstellen des Geschäfts, und sie ist höchst umstritten. Dass wir jetzt eine Lösung gefunden haben, spricht für sich. Dass sich der Stadtrat dieser Lösung anschliessen kann und die Personalverbände auch mit dieser Vorlage leben können, rundet das Ganze ab.

Vergleiche sind nicht immer 100% logisch. Sie widerspiegeln das, was politisch machbar ist. Ich bin mit dem Ziel in diese Kommission gestartet, dass die Sanierungsbeiträge, die den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen über lange Zeit abgezockt wurden, endlich wegfallen. Das haben wir erreicht. Und es war nicht nur so, dass diese nur den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen abgezockt wurden, sondern auch die Stadt musste Sanierungsbeiträge leisten. Und das in Zeiten des Fachkräftemangels, wo es sicherlich etwas mühsam war, wenn man eine Fachperson gefunden und sich über den Lohn geeinigt hatte, dieser Person dann erklären zu müssen, dass mindestens in absehbarer Zeit ungefähr 1% des Lohns abgezogen wird, ohne dass das dem individuellen BVG-Kontos gutgeschrieben wird.

Der Preis für diese Einigung und der Preis dafür, dass die Sanierungsmassnahmen wegfallen, ist natürlich aus meiner Sicht das angepasste Beitragsverhältnis. Klar hätte ich mir eine arbeitnehmerfreundlichere Lösung vorstellen können. Aber die Lösung, die wir jetzt haben, die entspricht der Lösung, die viele öffentlich-rechtliche Arbeitgeber haben. Es ist so, dass es eine typische Winterthurer Lösung ist: Sie ist nicht maximal, aber sie ist ganz okay. Und wir müssen doch immer noch darauf hinweisen, dass viele kleinere KMUs nach wie vor ein Beitragsverhältnis von 50:50 haben.

Auch wichtig ist diese Tranchenlösung, bei der der Deckungsgrad jeweils jährlich berücksichtigt wird. Diese Lösung stellt sicher, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Sicherheit haben, dass sie nur so viel leisten müssen, wie wirklich nötig ist. Sollte eine Selbstheilung eintreten, wird der Betrag tiefer ausfallen.

Wichtig war für mich auch, dass man diese beiden Sachen, die im Zentrum stehen, miteinander verknüpfen: Die Anpassung des Beitragsverhältnisses, bei dem die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen etwas geben müssen, und der eingeschossene Betrag, der zulasten der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen geht. Ich finde, diese Verknüpfung ist nötig und ehrlich. Die Fraktion Grüne/AL wird allen Änderungsanträgen zustimmen.

Wir werden weiter betreffend der Motion 2022.49 sowohl den Bericht akzeptieren als auch der Abschreibung dieses Geschäfts zustimmen.

Ja, und zu guter Letzt gilt es sicher noch eines zu erwähnen: Auch wenn wir jetzt heute diese Vorlage höchstwahrscheinlich einstimmig verabschiedet werden, steht der grosse Brocken immer noch bevor: Wir müssen das nämlich dem Volk verkaufen. Ich hoffe, wir können das auch so einstimmig machen, wie wir das bisher geschafft haben. Besten Dank.

**S. Kocher (GLP):** Die Pensionskasse spielt eine zentrale Rolle im schweizerischen Altersvorsorgesystem. Ohne eine starke und gut finanzierte Pensionskasse würde das 3-Säulen-Prinzip der Schweiz nicht funktionieren. Das ist auch allen Beteiligten, die an der heutigen Lösung direkt oder indirekt beteiligt waren, bewusst und hat sicherlich massgebend geholfen, dass wir heute im Parlament von Michi diese Gesamtlösung in all ihren Details präsentiert bekommen haben.

An dieser Stelle besten Dank, Michi, für die sehr gute Präsentation und Überleitung von der alternativen Lösung der Spezialkommission zum anfänglichen Stadtratsantrag.

Mit dieser Gesamtlösung ist die GLP überzeugt, für alle Beteiligten den bestmöglichen gemeinsamen Nenner gefunden zu haben.

Erstens, der Versicherungsnehmer und Versicherungsnehmerinnen haben hier eine Lösung, welche die Sicherung von der Altersvorsorge nach unserem heutigen Wissen langfristig absichert. Die Zeit der Sanierungsbeiträge der Versicherungsnehmer und Versicherungsnehmerinnen muss dadurch definitiv hinter uns liegen. Dass es am Ende eine Gesamtlösung ist, bei der nicht nur, aber vor allem der Versicherungsnehmer, also die Mitarbeitenden der Stadt Winterthur langfristig profitieren können, ist der GLP in der ganzen Diskussion immer ein sehr wichtiges Anliegen gewesen.

Zweitens bekommt der Arbeitgeber, also die Stadt Winterthur eine erhöhte Planungssicherheit und steigert somit die Attraktivität als Arbeitgeber, denn die Stabilität einer Pensionskasse darf in der Rekrutierung, aber auch im Halten der aktuellen Mitarbeitenden nicht unterschätzt werden.

Diese Lösung hat auch direkte Vorteile für die Pensionskasse selbst. Es löst das Thema Sanierung bei einer Unterdeckung der PKSW und fördert die Widerstandsfähigkeit gegenüber wirtschaftlichen Schwankungen. Ein zusätzlicher, aber wichtiger Hinweis seitens GLP ist, dass bei einer stabilen Pensionskasse verstärkt nachhaltige und sozial verantwortliche Investitionen getätigt werden können.

Auch der Steuerzahler kennt jetzt die Kosten der Sanierung und hat, so ist unsere Einschätzung, mit diesem Modell die bestmögliche Sicherheit, dass die PKSW für die Zukunft gut aufgestellt ist.

Die Wichtigkeit dieser Vorlage braucht an dieser Stelle nicht nochmals unterstrichen zu werden. Die zum Teil gemachten Fehler aus der Vergangenheit müssen gelöst werden. Die 120 Mio., welche als potenzielle Sanierungsbeiträge zur Verfügung stehen, erfüllen nach heutigem Stand diese Anforderungen. Die ganze Debatte in der Spezialkommission, mit den Experten und allen weiteren Beteiligten hat gezeigt, dass dies der richtige Beitrag ist.

Das von der Spezialkommission entwickelte flexible Model betreffend der Verwendung vom Sanierungsbetrags über 120 Mio. sieht die GLP als ganz grossen Vorteil gegenüber einer reinen Einmaleinzahlung. Die Gefahr, dass eine Einmaleinzahlung schnell ihre Wirkung verpufft, fällt dadurch weg.

Die parallele Anpassung vom altersunabhängigen Beitragsmodelle ist ebenfalls ein Schritt vorwärts. Profitieren im heutigen System vor allem die Jahrgangsalteren unverhältnismässig überdurchschnittlich, so schafft die neue Lösung eine Generationengerechtigkeit, wie es sie in anderen Kassen bereits seit langem gibt.

Dass es bei dieser Umstellung wichtig ist, nicht nur die Bruttolöhne zu vergleichen, sondern die Nettolöhne ebenso wichtig sind, ist einer der massgebenden Gründe, dass die GLP das heutige Gesamtpaket, so wie es jetzt vorliegt, vollumfänglich unterstützt. Denn die reine Nettobetrachtung hat dazu geführt, dass zur Gesamtlösung auch Kompensationszahlungen gehören, welche die Kaufkraft im Portemonnaie für alle Mitarbeitenden im vollen Anteil eines Lohns bis 120'000 Fr. nicht schmälert.

Die vorgeschlagenen Änderungen in der Pensionskassenverordnung sehen wir als wichtige und sofortige Anpassungen. Trotzdem möchten wir darauf hinweisen, wie auch schon meine Vorredner/-innen, dass die angesprochene Gesamtüberarbeitung der Verordnung schnellstmöglich im Jahr 2024 gestartet wird und das Thema Pensionskasse dann in seiner Gesamtheit aktualisiert wird.

Am Schluss möchte ich mich beim Stadtrat, bei den involvierten Verwaltungsstellen, den Experten, den Vertretern von der Pensionskasse, beim Stiftungsrat und last but not least bei allen Mitgliedern von der Spezialkommission, einfach bei allen Beteiligten für die konstruktive Arbeit bedanken. Das, was wir hier alle gemeinsam geschaffen haben, ist gelebte Demokratie, wo man sich zusammenrauft und eine Lösung findet. Diesbezüglich könnte sich das nationale Parlament beim Thema Altersvorsorge ein gutes Beispiel nehmen.

Die GLP stimmt der Lösung vollumfänglich zu und unterstützt auch die beantragte Abschreibung der dazugehörigen Motion.

**M. Gross (SVP):** Wir von der SVP-Fraktion schliessen uns gerne den Voten der anderen Fraktionen an. Die SVP hat dem Stabilisierungsantrag einstimmig zugestimmt. Auch der ehemalige Pirat, das habt Ihr ja vorhin gehört, fühlt sich jetzt wohl in grossen Koalitionen. Wir danken allen Beteiligten für die intensive Zusammenarbeit und freuen uns, dass dieses Geschäft eine grosse Zustimmung erfährt. Das ist durchaus ein starkes Zeichen, wenn auch nicht alle Wünsche befriedigt werden können.

Selbstverständlich stimmen wir auch der Abschreibung der Motion Verordnung PKSW proaktiv ordnen zu. Der Stadtrat hat in der Kommission versprochen, dass er die Totalrevision zügig angeht. Zentrale Forderungen der Motion werden auch schon mit diesem Geschäft erfüllt. Und deshalb können wir diese Motion getrost zustimmend abschreiben.

Ich erlaube mir ein paar persönliche Anmerkungen. Das Parlament der Stadt Winterthur hat es geschafft, ein enorm wichtiges Geschäft, das über eine Dekade heftig und hitzig diskutiert wurde, zu einem guten und allseits akzeptierten Abschluss zu bringen. Wenn es darauf ankommt, ziehen alle Exponenten, gemeinsam mit dem Stadtrat und den Personalverbänden - trotz Wahlkampf, trotz allen Differenzen - am gleichen Strick und finden eine konstruktive Lösung. Das stimmt für die Zukunft positiv.

Ich mache auch noch einen kleinen Abschwenker zur Altersvorsorge: Die Debatte um die Absicherung der zukünftigen Renten - und da geht es jetzt nicht um die PKSW - ist aber damit nicht vom Tisch. Zu gross sind die Lücken in der AHV, die Umverteilung von jung zu alt in der 2. Säule, zu gross sind auch die demografischen Herausforderungen, also die Überalterung. Rentner und Bald-Rentner sind zwar momentan in der Mehrheit, es empfiehlt sich aber trotzdem, faire und nachhaltige Lösungen auch für die nächste Generation zu suchen und zu finden und sich nicht einfach nur mit Maximalansprüchen im Vorsorgetopf zu bedienen. Ich möchte an dieser Stelle unseren Vorsorgeexperten der Kommission zitieren, Dr. Marco Jost, der uns in der Kommission unterstützt hat. Er sagte: «Die Alten können zwar bestimmen, wie hoch der Umwandlungssatz ist, sprich: Wie viel Geld sie erhalten. Die Jungen werden dann aber über die Inflation bestimmen, wie viel dieses Geld wert ist.» Und vielleicht müssen wir uns das auch ein bisschen zu Herzen nehmen.

Zurück zur PKSW: Die gemeinsame Kommissionsarbeit hat Spass gemacht. Ich empfehle jedem Einwohnenden in der Stadt, sich zu engagieren - ob politisch oder anders - für diese Stadt Winterthur. Es lohnt sich. Man lernt viel.

Vielen Dank, und da schliesse ich mich meinem Vorredner an, auch an die ganze Kommission, an Stadtrat Kaspar Bopp, an Stephan Keller (CEO der Pensionskasse), an Stiftungsratspräsidentin Marianne Fassbind und an Vizestiftungsratspräsident Mattia Mandaglio. Er hat

gleichzeitig auch die Gewerkschaften vertreten, das war ganz wichtig, dass wir alle zusammen im Boot hatten. Vielen Dank auch an die Verwaltung, an Pascal Hirt, Personalchef, der auch immer dabei war, und an Ansgar Simon, der tatkräftig auch immer unterstützt hat. Speziell in der Kommission und zum Schluss möchte ich noch ein paar Mitstreiter erwähnen, die viel dazu beigetragen haben, dass wir heute so erfolgreich abschliessen können (hoffentlich erfolgreich abschliessen können): Als erstes Regula Keller, die Vizepräsidentin der Kommission. Sie wurde nie müde, für ihre Anliegen zu kämpfen und trotzdem den Kompromiss zu suchen. Dank ihr kamen auch die Gewerkschaften mit ins Boot. Dann Franziska Kramer-Schwob, die sich gemeinsam mit dem Parlamentsschreiber Marc Bernhard um die juristischen Details und die Änderungen der Verordnung gekümmert hat. Wie ich gehört habe, musste sogar ein Teil der Sommerferien deswegen dran glauben. Unser Parlamentsschreiber, Marc Bernhard, hat in unzähligen Stunden geholfen, dass diese Lösung heute so steht und inhaltlich rechtlich korrekt ist. Er war immer erreichbar, auch an Wochenenden, und das ist für mich keineswegs selbstverständlich. Und last but not least auch Andrea Furrer, die uns mit nahezu perfekten Protokollen bei diesem inhaltlich äusserst anspruchsvollen Thema unglaublich viel Zeit und Energie gespart hat. Danke vielmals an alle. Jetzt ist es dann Zeit, um abzustimmen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und Zustimmung zu diesem Geschäft.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Michael. Somit haben sich die Voten der Mitglieder der Spezialkommission erschöpft. Ich möchte nachfragen: Gibt es noch Wortmeldungen aus dem Parlament selbst? – Dem ist nicht der Fall. Somit geht jetzt das Wort an den zuständigen Stadtrat Kaspar Bopp.

**Stadtrat K. Bopp:** Ich komme nicht darum herum, Michi, auch von meiner Seite den Dank auszusprechen, obwohl das schon viele gemacht haben, für Deine sorgfältige und präzise Präsentation dieser Vorlage.

Das oberste Ziel des Stadtrats war es immer, das Risiko für weitere Sanierungsbeiträge für beide, ich sage es bewusst, für die Stadt und für die Mitarbeitenden, markant zu senken. Dafür notwendig ist neben einem guten Deckungsgrad zum Zeitpunkt X auch eine Wertschankungsreserve. Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass mit dieser Lösung, welche die Spezialkommission jetzt erarbeiten konnte, dieses oberste Ziel erreicht werden kann. Die Verordnungsanpassung ist aus Sicht des Stadtrats auch dank der Kompensationszulagen mitarbeitendenverträglich. Und auch die Verknüpfung der beiden Vorlagen, da ist der Stadtrat der Meinung, die gehören fest zusammen. Es gibt die einen, die sagen, es gibt keine Stabilisierung ohne Verordnungsanpassung, es gibt andere, die sagen, es gibt keine Verordnungsanpassung ohne Stabilisierung. Die beiden Elemente gehören fest zusammen.

Alles zusammen bildet für den Stadtrat einen tragfähigen Kompromiss und deshalb sind wir zum Schluss gekommen, dass wir diesen auch in dieser Form unterstützen werden, wie ich das vorhin schon gesagt habe.

Es ist bemerkenswert, dass eine Lösung gefunden werden konnte, bei der alle Fraktionen (so, wie es jetzt tönt) dahinterstehen, hinter der die Pensionskasse Stadt Winterthur steht, die von den Personalverbänden unterstützt wird und die, wie gesagt, auch der Stadtrat unterstützen kann. Ich möchte mich deshalb an dieser Stelle bei der ganzen Spezialkommission SPK bedanken, unter der Leitung von Michi Gross, und auch bei allen anderen Beteiligten, sie wurden schon mehrmals genannt. Insbesondere auch bei der Pensionskasse Stadt Winterthur selbst, bei der Geschäftsführung und beim Stiftungsrat. Aber auch bei den verschiedenen involvierten Experten, welche diese Lösung mitgeprägt haben. Wir verdanken diese wie gesagt unter anderem dem grossen Wissen der Pensionskasse und der Experten, aber auch dem grossen Einsatz der Spezialkommission.

Wir sind noch nicht am Ziel. Die Bereinigung der Vergangenheit, wie es Urs Hofer gesagt hat, die schaffen wir nicht heute, sondern mit der Volksabstimmung. Das Gute ist: Es ist so, dass wir nur eine Vorlage zur Abstimmung bringen werden. Die Vorlage ist breit abgestützt, sie ist

meiner Meinung nach gut erklärbar. Das sind die besten Voraussetzungen, dass wir sie gemeinsam – und da zitiere ich nochmals Urs Hofer – gemeinsam der Bevölkerung erklären können und die Bevölkerung davon überzeugen können.

Ich möchte es nicht länger machen, ich glaube, es ist angemessen, dass ich heute Abend am kürzesten spreche zu dieser Lösung. Besten Dank.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Kaspar Bopp. Somit kommen wir zur Detailberatung. Hier vorne seht Ihr bereits die Schlussabstimmung eingeblendet.

Jetzt machen wir die Detailberatung von Beilage 2, das ist ein ganzer Packen, der vorgestellt wurde, von den Veränderungen, welche die Kommission an der Verordnung vorgenommen hat. Da dazu keine Anträge gekommen sind, schlage ich vor, dass wir in globo darüber abstimmen.

Die Änderung der PK-Verordnung gemäss Beilage 2 zum Kommissionsbeschlussblatt – wer möchte diese so annehmen, wie von der SPK vorgeschlagen? Der soll das jetzt mit Handerheben bezeugen.

Gibt es jemanden, der das ablehnen möchte?

Enthaltungen?

Somit konnten wir bereits die Beilage 2 als Ganzes abnehmen.

Ihr seht die Schlussabstimmung hier vorne projiziert. Da es eine Schlussabstimmung ist, werden wir jede Ziffer einzeln abstimmen und auszählen lassen, damit wir das im Protokoll haben.

Ziffer 1: «Zur finanziellen Stabilisierung der Pensionskasse der Stadt Winterthur (PKSW) wird ein Kredit von Fr. 120 Mio. bewilligt. Der Betrag wird in Form einer Arbeitgeberbeitragsreserve in die PKSW einbezahlt und je nach zukünftigem Verlauf der finanziellen Lage der PKSW in Tranchen von Fr. 10 Mio. bzw. Fr. 20 Mio. pro Jahr entweder als Stabilisierungseinlagen den Mitteln der PKSW zugeführt oder der Stadt Winterthur freigegeben zwecks Zahlung ihrer zukünftigen Pensionskassenbeiträge.»

Wer dieser Ziffer zustimmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen. Ich bitte die Stimmzähler auszuzählen.

Ihr habt die erste Ziffer einstimmig mit 56 Stimmen angenommen.

Ziffer 2: «Von der «Vereinbarung über die Übertragung und den Verwendungszweck der Arbeitgeberbeitragsreserve» zwischen der Pensionskasse der Stadt Winterthur und dem Stadtrat vom 3. November 2023 (Beilage 1) wird Kenntnis genommen.»

Wer Ziffer 2 annehmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Gibt es jemanden, der die Ziffer 2 ablehnen möchte?

Ihr habt die Ziffer 2 auch einstimmig mit 56 Stimmen angenommen.

Ziffer 3: «Die Verordnung über die Pensionskasse der Stadt Winterthur vom 25. Februar 2013 (SRS 1.4.8-1) wird gemäss Beilage 2 geändert.»

Wer Ziffer 3 annehmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Wir haben wieder 56 Stimmen, das ist wieder einstimmig angenommen.

Ziffer 4: «Die Änderungen gem. Ziff. 3 treten in Kraft, sofern die Winterthurer Stimmbevölkerung dem Beschluss gem. Ziff. 1 zustimmt. Das Inkrafttretensdatum wird in diesem Fall auf den 1. Januar 2025 festgelegt.»

Wer dem zustimmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Erneut sind wir mit 56 Stimmen einstimmig.

Ziffer 5: «Die Spezialkommission «Pensionskasse 2023» wird aufgelöst.»

Wer dem zustimmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Erneut haben wir eine einstimmige Zustimmung mit 56 Stimmen.

Somit ist dieses Geschäft abgeschlossen.

Jetzt sollten wir noch die Motion abschliessen. Der Einfachheit halber schlage ich vor, dass wir über beide Ziffern gemeinsam abstimmen. Gibt es da jemanden, der nicht damit einverstanden ist, dass wir das so handhaben? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wer die Motion 2022.49 so abschreiben möchte, der soll das jetzt mit Handerheben bezeugen. Wir zählen es ebenfalls aus, da es eine Schlussabstimmung ist.

Es sind wieder 56 Stimmen, somit erübrigt sich die Frage nach gegenteiligen Stimmen.

Die beiden Geschäfte sind mit absoluter Einstimmigkeit erledigt. Vielen Dank, das ist sicher geschichtsträchtig.

Bevor wir in der Traktandenliste weitergehen: Mir ist aufgefallen, dass hier drinnen mehrere Personen immer wieder frösteln. Deshalb möchte ich fragen, ob das Bedürfnis besteht, einen kurzen Sitzungsunterbruch zu machen, um eine Jake oder einen Schal aus der Garderobe holen zu können. – Es gibt einen ganz kurzen Sitzungsunterbruch.

## 4. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2023.81: Verpflichtungskredit von Fr. 6'176'945 für die Zentralisierung der Arbeitsintegration Winterthur im FOCUS-Gebäude an der Sulzerallee 2**

---

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Wir kommen zum Traktandum 4, Geschäft 2023.81, Verpflichtungskredit von Fr. 6'176'945 für die Zentralisierung der Arbeitsintegration Winterthur im FOCUS-Gebäude an der Sulzerallee 2. Das Geschäft wird vorgestellt vom Referenten Christian Griesser.

**Ch. Griesser (SSK):** Der Stadtrat beantragt uns einen Verpflichtungskredit von 6'176'945 Fr. für die Zentralisierung der Arbeitsintegration Winterthur im FOCUS-Gebäude an der Sulzerallee 2. Auf der nächsten Folie sehen wir die Details: 1.755 Mio. davon sind einmalige Kosten zulasten der Investitionsrechnung und die übrigen 4.4 Mio. sind die Mietmehrkosten über die Zeitdauer von 10 Jahren.

Grundsätzlich muss man zu diesem ganzen Geschäft Folgendes als Hintergrund erwähnen: Die Angebote der Arbeitsintegration werden ab 2024 an einem neuen Standort zusammengefasst und neu ausgerichtet. Die Arbeitsintegration baut zurzeit ein neues Programm zur systematischen Grundabklärung beim Start der Integrationsprozesse auf. Es wird also genau abgeklärt, was der Bildungsstand ist, der Werdegang usw. Diese Neuausrichtung ist nicht Bestandteil der Weisung, sie liegt grundsätzlich im Kompetenzbereich des Stadtrats. Wir haben aber dieser Neuordnung sozusagen zugestimmt, wir haben diese nämlich in den Postulatsantworten zum Postulat 2021.38 für gut befunden. Weiter hat der Stadtrat das auch in den Legislatorschwerpunkten erwähnt und es ist seitens der Fachleute auch unumstritten, dass man diese Neuausrichtung macht.

Auf der nächsten Folie kommen wir zu den aktuellen Standorten. Und das ist eben wichtig, denn das spielt nachher eine Rolle bei der Beurteilung dieses Geschäfts. Wir haben bisher 5 Standorte. Der erste Standort war an der Unteren Vogelsangstrasse 11, das ist das alte Stadtwerk-Gebäude. Dort ist die Arbeitsintegration bereits ausgezogen, dieses Gebäude wird zurzeit vollständig saniert. An der Eichgutstrasse 7 (nicht 8, wie in der Weisung erwähnt), das ist ein Gebäude der Hülfs-gesellschaft. Dort hat die Stadt Winterthur die Kündigung erhalten, ich glaube auf Mitte 2024. Das heisst, dort muss man sowieso raus. Dann haben wir noch den Standort Bleichestrasse 32 und Palmstrasse 16 im Stadtzentrum und in Hegi an der Rümikerstrasse.

Den einen oder anderen hier drinnen ist sicher aufgefallen, dass diese Weisung relativ spät kam. Und das hat seinen Grund: Die Arbeitsintegration bzw. der Stadtrat ging sehr lange davon aus, dass dieser Betrag gebunden ist. Genau deshalb habe ich erklärt, wo wir bisher gewesen sind. Dort, wo man eine Kündigung erhalten hat, also bei der Unteren Vogelsangstrasse 11 und bei der Eichgutstrasse 7, wäre es meiner Ansicht nach ganz klar gewesen, dass der Stadtrat die Kompetenz gehabt hätte, selbst einen Ersatzstandort zu finden und dann auch die entsprechenden Verträge zu machen. Bei der Rümikerstrasse, das werden wir nachher hören, gibt es einen gewissen Druck seitens des Kantons, dass man dort einmal etwas Anderes sucht. Und bei den anderen beiden Standorten müsste man wahrscheinlich davon ausgehen, dass es nicht gebundene Ausgaben wären. Es gab erst kürzlich einen Verwaltungsgerichtsentscheid betreffend einer Asylunterkunft in Fällanden, das wurde im Oktober beschlossen. Dort hat das Verwaltungsgericht gesagt, es sei richtig, die Gemeinde sei grundsätzlich verpflichtet, Wohnraum für die ihnen zugewiesenen Flüchtlinge zu suchen. Aber es ist nicht so, dass diese Lösung, die die Gemeinde wollte, die einzig mögliche war, sondern es hätte auch Möglichkeiten gegeben, dass man verschiedene kleinere Objekte mietet usw. Und deshalb kam man dann, auch noch unter Berücksichtigung dieses Entscheids, relativ spät zum Schluss, dass doch eine Weisung an das Parlament nötig ist.

Auf der nächsten Folie sehen wir die Eckpunkte dieser Weisung. Wir werden neu einen Mietzins von 1,5 Mio. haben, das sind doch jährliche Mietkosten, die von 453'000 Fr. so hoch steigen. Wir haben weiter 755'000 Fr. für Umzugskosten, Rückbaukosten, Doppelmieten. Dann haben wir einen Mieterausbau am neuen Standort, der insgesamt 2,1 Mio. betragen wird, dabei geht es um Möblierung, Beleuchtung usw. Davon werden 400'000 Fr. von der Vermieterin dort übernommen. 700'000 Fr. werden von der Vermieterin bezahlt und dann auf den Mietzins aufgeschlagen und so verrechnet. Und 1 Mio. ist in der Investitionsrechnung der Stadt drin. So kommen wir dann insgesamt zu den 1.755 Mio. in der Investitionsrechnung. Wir haben neu rund 1'900 m<sup>2</sup> weniger Flächen, die gemietet werden. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass die Werkstätten dann besser genutzt werden können und somit weniger leerstehen. Weiter gibt es eine Beteiligung des Kantons Zürich, allerdings kann man diese nicht ganz genau betragsmässig festhalten. Es ist so, darauf kommen wir dann später im Budget noch zurück, dass die Produktgruppe der Arbeitsintegration praktisch zu 100% vom Kanton Zürich finanziert wird. Wir haben dort einen Kostendeckungsgrad von 100%. Und das führt dann auch dazu, dass die Mietkosten, die man tätigt, auch wieder auf den Kanton überwältzt werden können. Weiter wird sich der Kanton auch mit rund 50% an den Kosten für den Umzug, für die Rückbauten und die Doppelmieten beteiligen.

Auf der nächsten Folie sehen wir die Rümikerstrasse. Das hat so ein bisschen den Charme einer Zivilschutzanlage. Es ist sicher nicht ganz schlecht, aber es sind auch keine Top-Arbeitsplätze.

Auf der nächsten Folie sieht man das neue Gebäude, in dem man die insgesamt 5'381 m<sup>2</sup> mieten will. Dieses Gebäude liegt 4 min. Gehdistanz vom Bahnhof Grüze, es ist also ein viel besserer Standort als z.B. die Rümikerstrasse und es ist mit ÖV gut zu erreichen. Es ist nicht eine Top-Lage, aber das ist ja für die Arbeitsintegration auch nicht zwingend nötig. Aber es ist eine gute Lage, weil man sie, wie gesagt, mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichen kann. Die Diskussion in der SSK hat sich um verschiedene Sachen gedreht: Man hat darüber diskutiert, wieso die Weisung so spät kam; was ist mit den gebundenen oder nicht gebundenen Aufwendungen; man hat darüber diskutiert, ob die Zusammenlegung der Angebote für Erwachsene und Jugendliche Sinn macht; man hat über die Rümikerstrasse diskutiert, die sehr weit draussen und in einem eher mässigen Zustand ist, wo der Kanton auch schon Druck gemacht hat, dass man das irgendwann mal ändert. Wir haben über die Mietmehrkosten diskutiert und gefragt, ob es alternative Objekte gegeben hätte oder nicht. Laut Auskunft ist es nicht möglich, dass es ein anderes Objekt gegeben hätte, insofern ist diese Geschichte ein bisschen alternativlos. Dann haben wir über die Eignung an der Sulzerallee 2 gesprochen, das ist vorwiegend gegeben. Dann haben wir auch über die Lage auf dem Arbeitsmarkt gesprochen, ob es das überhaupt noch braucht, wir haben ja einen Fachkräftemangel. Wir haben über die betragsmässig nicht so genau klare Kostenübernahme des Kantons Zürich ge-

sprochen und wir haben zu guter Letzt auch noch relativ intensiv diskutiert über die Übernahme durch die Vermieterin von diesen Mieterausbauten im Umfang von 700'000 Fr., die dann auf den Mietzins überwältzt bzw. so amortisiert werden.

Ich komme zum Gesamtfazit: Eine qualitativ gute Arbeitsintegration ermöglicht eine raschere Ablösung von der Sozialhilfe bzw. sie ermöglicht vielleicht, dass man gar nicht dort landet. Die Kosten für die Stadt sind höher. Es ist klar, sie können nur teilweise überwältzt werden. Und die Frage, die wir heute beantworten müssen, ist: Macht diese Investition sich langfristig bezahlt?

Wir hatten zwei Lesungen in der SSK. Ein Antrag auf eine 3. Lesung wurde abgelehnt. Und in der Schlussabstimmung ist die Vorlage mit 7:2 für gut befunden worden.

Die Meinung der Fraktion kann ich jetzt noch nicht anhängen, weil ja ein Rückweisungsantrag angekündigt worden ist und wir zuerst über diesen diskutieren werden.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Christian. Wie Du gesagt hast, ist ein Antrag auf Rückweisung in die SSK hängig. Dieser wird begründet von der FDP, Felix Helg.

**F. Helg (FDP):** Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, dieses Geschäft an die Kommission Sicherheit und Soziales (SSK) zurückzuweisen, damit eine vertiefte Diskussion stattfinden kann.

Dieses Geschäft wurde mit einer extremen Schnelligkeit behandelt: Weisung vom 1. November 2023, Präsentation des Geschäfts in der SSK am 13. November 2023, Beantwortung und Diskussion von Fragen und Antworten in der SSK am 20. November 2023 und jetzt heute die Beratung im Parlamentsplenum. Und dabei geht es ja doch um eine gewichtige Vorlage, es geht um 6.2 Mio. und es gibt eine langjährige Bindung über einen Mietvertrag von mindestens 10 Jahren. Zwar hat das Departement verschiedene Fragen beantwortet, die Diskussion in der Kommission war aber aufgrund des Zeitdrucks doch eher rudimentär. Es fehlte die Zeit, sich mit der Materie eingehender zu befassen und die Sache dann auch in den Fraktionen zu besprechen. Aus unserer Sicht kann man darum heute nicht seriös dieses Geschäft behandeln. Ein Missbehagen über die schnelle Abwicklung habe aber nicht nur ich in der Kommission verspürt.

Selbst wenn in der Tat eine gewisse zeitliche Dringlichkeit, insbesondere aufgrund von einem Auszugstermin an einem bisherigen Standort (insbesondere der Standort Eichgut) der Arbeitsintegration besteht, kann das aber aus unserer Sicht nicht dazu führen, jetzt die Vorlage einfach so durch das Parlament zu schleusen.

Insbesondere folgende Fragen brauchen aus unserer Sicht noch eine Klärung und eine Diskussion im Kommissionsrahmen: Details der Strategie der Arbeitsintegration Winterthur, Wahl des Standorts Sulzerallee, konkretes Raumprogramm, Finanzierungsmodell und auch der Kostendeckungsgrad.

Ich bitte deshalb alle, im Sinn einer fundierten Beratung das Geschäft an die SSK zurückzuweisen.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Vielen Dank, Felix. Möchte sich jemand zu diesem Rückweisungsantrag äussern? Christian Griesser.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Wir lehnen den Rückweisungsantrag ab. Es ist zugegebenermassen richtig, dass diese Weisung sehr, sehr spät gekommen ist. Wir sind aber der Ansicht, dass die Informationen vorliegen, die nötig sind, dass die Fragen geklärt werden konnten. Und auch wenn es eine komplexe Geschichte ist, ist meiner Ansicht nach jetzt genug vorhanden. Es wäre sicherlich wünschenswert, wenn inskünftig bei solchen Weisungen mit Mieterausbau die Kostenübernahmen seitens der Vermieterin und seitens der Mieterschaft bereits dort detaillierter geklärt würden. Meiner Ansicht nach ist es aber beim vorliegenden Fall alternativlos, dass wir dieser Weisung zustimmen. Und dann können wir auch jetzt zustimmen.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Ich frage extra nochmals, es geht jetzt nur um Voten zur Rückweisung. Wir werden jetzt dann als erstes darüber abstimmen. Wenn der Rückweisung stattgegeben wird, geht es zurück in die SSK und wir äussern uns inhaltlich dazu, wenn es das nächste Mal ins Parlament kommt. Wenn wir die Rückweisung aber ablehnen, können wir nach der Abstimmung die Plenumsdebatte eröffnen. Deshalb jetzt die Frage, möchte sich noch jemand explizit zur Rückweisung äussern? Benedikt Oeschger (GLP).

**B. Oeschger (GLP):** Der Zeitdruck, unter dem die Beratung dieser Weisung stand, ist wirklich zu kritisieren. Dieser Unmut kann also nachvollzogen werden. Im Kontext des Verwaltungsgerichtsentscheids ist dem Stadtrat aber wohlwollend anzuerkennen, dass er das Risiko eines vermeidbaren Rechtsstreits nicht eingeht. Das ändert immer noch nichts an der unbefriedigenden Tatsache, dass diese Beratung sehr kurzfristig angesetzt wurde. Trotzdem erscheint mir der erhoffte Informationsgewinn durch eine erneute Beratung in der Kommission geringfügig. Die GLP-Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag ab.

**K. Vogel (Die Mitte/EDU):** Wir stören uns auch am Zeitdruck, den wir bei diesem Geschäft haben. Die Weisung vom 1. November ist in der SSK zum ersten Mal am 13. November behandelt worden. Und auch wenn viele Fragen in der 2. Lesung am 20. November beantwortet worden sind, ist zu wenig Zeit gewesen, dies in den Fraktionen, neben dem Richtplangeschäft und dem Budget, vertieft zu beraten. Der Departementvorsteher hat sich in der SSK am 20. November aber klar geäussert, dass jegliche Verzögerung des Geschäfts zu massiven Mehrkosten führen würden. Und das wollen wir auf keinen Fall. Es ist deshalb keine Option, den Rückweisungsantrag der FDP zu unterstützen. Und deshalb wird Die Mitte/EDU den Rückweisungsantrag ablehnen.

**F. Kramer-Schwob (EVP):** Es ist eine leidige Geschichte: Der Stadtrat möchte so viele Ausgaben wie möglich gebunden erklären und damit am Parlament vorbeischleusen. Hier hat er in letzter Minute die Kurve gekriegt und ist korrekterweise an das Parlament gelangt. So in letzter Minute, dass es nicht mehr reichte für eine gründliche Auseinandersetzung. Nun wissen wir einerseits wirklich zu wenig für einen verantwortungsvollen Entscheid in der Sache. Andererseits möchten wir die Verwaltung auch nicht bestrafen, wenn sie sich durchgerungen hat, den korrekten Weg über das Parlament zu beschreiten. Wir werden uns als EVP zum Rückweisungsantrag enthalten.

**Ch. Hartmann (SVP):** Die SVP unterstützt den Rückweisungsantrag der FDP, und zwar hauptsächlich aus dem Grund, weil für die Behandlung in der Fraktion keine Zeit vorhanden war. Und wir sprechen da doch über substanzielle Ausgaben über die nächsten 10 Jahre. Es wurde verschiedentlich gesagt, dass die Weisung vom 1. November am 13. November behandelt wurde. Das ist richtig. Versickt wurde sie aber am 10. November, das heisst zwischen Versand und Behandlung war genau ein Wochenende. Das ist aus unserer Sicht nicht seriös, es hätte verschiedene andere Möglichkeiten gegeben, z.B. dass die SSK eine 2. Lesung nicht gleich eine Woche nach der 1. Lesung gemacht hätte, sondern ein bisschen später. Und man hätte es auch an der nächsten Parlamentssitzung noch behandeln können. Also diejenige von nächstem Montag. Und selbstverständlich ist es immer so, dass wenn man weniger Zeit hat, dass es ein bisschen aufwändiger ist und es vielleicht auch ein bisschen mehr kostet. Allerdings ist das Kostenargument ein Totschlag-Argument, denn man kann es schlichtweg nicht überprüfen. Wir sind der Ansicht, dass ein solches Geschäft eine etwas seriösere Behandlung verdient hat und dass man es jetzt nicht im Tempo des gehetzten Affens durch das Parlament jagen muss.

**M. Sorgo (SP):** Die SP-Fraktion wird den Rückweisungsantrag der FDP ablehnen. Ich kann mich in vielem eigentlich meinen Vorrednern von den Grünen/AL, EVP, Die Mitte/EDU anschliessen. Auch aus unserer Sicht wurde dieses Geschäft sehr kurzfristig angesetzt und es war auch für unsere Fraktion sehr herausfordernd, dass wir uns da immer wieder absprechen

konnten und Klärungsbedarf einbringen. Und es war auch in der Kommission sehr herausfordernd, das hat man jetzt schon mehrmals gehört.

Gleichzeitig haben aber der zuständige Departementsvorsteher und seine Mitarbeiter/-innen, die dabei waren bei der Behandlung, nachvollziehbar erklären können, weshalb diese Dringlichkeit entstanden ist. Da spielte ja insbesondere auch das Verwaltungsgerichtsurteil eine wichtige Rolle und hat dann halt die Spielregeln auch noch ein bisschen verändert, auf die sich der Stadtrat vorher verlassen hat.

Aus unserer Sicht konnten wir trotzdem in beiden Lesungen Fragen einbringen. Es kamen auch viele Fragen, wir konnten diese diskutieren und sie wurden von den Verantwortlichen schnell und umfassend beantwortet. Am Schluss der 2. Lesung hatte man keine Kenntnis von weiteren Fragen, ausser gewisse Budgetierungsfragen, aber das ist jetzt nicht Thema dieser Weisung. Diese sind dann im Nachgang auch noch beantwortet worden.

Aufgrund all dieser Gründe und der inhaltlichen Informationen, auf die wir dann später hoffentlich auch noch eingehen werden, lehnt die SP-Fraktion wie gesagt den Rückweisungsantrag ab und bittet Sie, dem auch nachzukommen. Vielen Dank.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Maria. Wünscht der zuständige Stadtrat Nicolas Galladé zum Rückweisungsantrag das Wort?

**Stadtrat N. Galladé:** Besten Dank für die Erläuterungen. Ich denke, es wurde dargelegt, dass dieses Geschäft durchaus in der Breite und Tiefe in der Kommission vorberaten wurde. Zum Rückweisungsantrag kann ich nur sagen, dass es eine Dringlichkeit hat. Und dass das auf ein bisschen unangenehme Gefühle stösst, das kann ich nachvollziehen und das tut mir in dem Sinne auch leid. Die Dringlichkeit hat aber nichts damit zu tun, dass dieses Geschäft nicht sehr seriös vorbereitet worden wäre aus der Verwaltung. Auch in der Kommission: Wir gaben zwischen der 1. und der 2. Lesung Raum, um Fragen zu stellen. 30 Fragen gingen schriftlich ein, diese haben wir sehr zeitnah schriftlich beantwortet. Wir haben diese diskutiert, so dass keine Fragen mehr offen waren in dieser 2. Lesung. Auch die 5 Themenblöcke, die Felix Helg angesprochen hat, waren durchaus in den Fragen und Antworten auch drin. Aus diesem Grund glaube ich, die Kommission muss am Schluss wissen, ob sie nochmals Zeit braucht, um etwas zu besprechen. Wir haben einen gewissen Zeitdruck. Wenn es nicht offenkundig noch offene Fragen hat, wie ich an der letzten Sitzung gefragt habe und nichts mehr gekommen ist, denn denke ich, würde es wirklich Sinn machen, wenn man den Rückweisungsantrag ablehnen könnte.

Noch zu Christian Hartmann, der sagte, die Weisung sei erst am 8. November verschickt worden: Es ist so, am 1. November habe ich der Kommission ein Mail geschickt, eine vertrauliche Vorabinformation. Am 2. November ging die öffentliche Medienmitteilung mit der Weisung raus. Das ist knapp, das verstehe ich. Aber man sollte es so knapp sein lassen, wie die Fakten dann auch wirklich waren. Besten Dank.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Nicolas. Somit stimmen wir darüber ab. Wer möchte den Rückweisungsantrag der FDP unterstützen? Der soll das mit Handerheben bezeugen.

Wer lehnt den Rückweisungsantrag ab?

Gibt es Enthaltungen?

Es sieht so aus, dass dem Rückweisungsantrag nicht stattgegeben wird. Somit können wir jetzt die Diskussion im Plenum zum Geschäft, zum Verpflichtungskredit, eröffnen. Wer möchte sich als erstes äussern? Maria Sorgo (SP).

**M. Sorgo (SP):** Gerne komme ich auch noch zum inhaltlichen Votum. Ich möchte mich da zuerst beim Kommissionsreferenten Christian Griesser bedanken für das gute Vorstellen des Geschäfts. Es hat ja doch einige Punkte, die man dort beachten muss.

Wie bereits bei der Diskussion zum Ablehnungsvotum erklärt – und das haben wir wohl jetzt auch genügend diskutiert – kam das Geschäft sehr kurzfristig in die SSK und das hat sicher zu einigen Herausforderungen geführt. Trotzdem hatte ich das Gefühl, wir hatten eine sehr

konstruktive Diskussion auch in der SSK über die verschiedenen Fragen. Auch haben, wie ich auch schon gesagt habe, die zuständigen Personen vom Departement die Dringlichkeit aus unserer Sicht verständlich erklären können, weshalb sie eben eine schnelle Entscheidung brauchen und warum es auch sinnvoll ist, das zusammen mit dem Budget 2024, das wir nachher noch behandeln werden, abschliessen zu können.

Auch bei uns haben die jährlichen Mehrkosten, vor allem die hohen Mietkosten, zu Diskussionen geführt. Auch da konnten die Verantwortlichen vom Departement erklären, warum die Mietkosten teurer werden. Insbesondere muss man da auch beachten, dass die Mietkosten in gewissen Liegenschaften im Moment sehr tief sind, sicher nicht mehr dem marktüblichen Preis entsprechen, was auch damit zu tun hat, dass ein Teil der Liegenschaften doch dringenderen Sanierungsbedarf haben und teilweise auch saniert werden, was ja auch dazu führt, dass gewisse der Angebote auch aus diesen Liegenschaften heraus müssen und man sich auch deshalb für diese Zusammenlegung entschieden hat. Auch – das wurde nicht so explizit, aber ich denke, man kann davon ausgehen - dass es nicht ganz so einfach ist, eine Liegenschaft zu finden, die genügend gross ist und auch noch den Bedürfnissen, welche die verschiedenen Angebote der Arbeitsintegration Winterthur haben, entsprechen kann.

Gleichzeitig hoffen wir natürlich auch, dass mit der Zusammenlegung der Angebote Synergien und auch das Wissen der verschiedenen Fachpersonen genutzt werden können, damit sich die Angebote der Arbeitsintegration nach dem neuesten Fachwissen den jeweiligen gesellschaftlichen Veränderungen und nach den wechselnden Bedürfnissen der jeweiligen Anspruchsgruppen stetig entwickeln können. Uns ist es deshalb schon auch ein Anliegen, dass man neben dem Geld auch einen Schwerpunkt auf die inhaltliche Neuausrichtung der Arbeitsintegration legt, auch wenn das jetzt nicht explizit Inhalt dieser Weisung war. Aber auch der Stadtrat geht in seiner Weisung kurz auf die inhaltliche Neuausrichtung ein. Gerade im aktuellen Marktumfeld mit dem Fachkräftemangel, mit sich schnell verändernden Ansprüchen aus der Wirtschaft, aber auch aus der Gesellschaft, muss sich die Arbeitsintegration immer wieder schnell und flexibel an diese Veränderungen anpassen und muss in der Lage sein, sich dort auch immer wieder neu ausrichten zu können.

Für uns stellt sich schon auch noch die Frage, wie man damit umgehen wird, dass so viele verschiedene Anspruchs- und Bezugsgruppen neu an einem Ort zusammenkommen werden. Neben den Vorteilen, die eine solche Zusammenlegung hat, oder den Vorteilen, die sie bieten kann, gibt es sicher auch noch verschiedene potenzielle Schwierigkeiten, die man beachten muss. Da werden neu Personen mit ganz unterschiedlichen Bildungsniveaus und Arbeitsbiographien am gleichen Ort zusammenkommen, es werden neu Jugendliche und junge Erwachsene, aber auch Personen, die schon länger im Arbeitsmarkt sind, an einem Ort unterstützt. Auch das kann, neben allen Vorteilen, sicher auch für alle Seiten zu Herausforderungen führen. Deshalb sind wir froh, wenn wir vom zuständigen Departementsleiter und seinen Fachpersonen in der SSK jeweils über Konzeptweiterentwicklungen auf dem Laufenden gehalten werden, ebenso auch darüber, wenn weitere Schritte oder Anpassungen geplant sind. Was uns natürlich besonders freut, ist dass der Paradigmenwechsel, weg von «Arbeit statt Fürsorge» hin zu «Arbeit dank Bildung» auch in dieser Weisung aufgenommen wird. Diese ist, auch das wurde von Christian Griesser ja schon bei der Vorstellung erwähnt, ja schon mit dem Postulat «Arbeit dank Bildung» angeregt, das 2021 von SP-Vertreter/-innen und anderen Fraktionen eingereicht wurde. Das Bedürfnis nach individuellen Bildungsmassnahmen als wichtiges Instrument zur Arbeitsintegration wurde vom Stadtrat in diesem Zusammenhang im Grundsatz anerkannt und als Legislaturschwerpunkt aufgenommen. Auch viele weitere Stakeholder im Bereich Arbeitsintegration haben erkannt, dass insbesondere Bildung vor Armut und vor Arbeitsplatzverlust schützt. Wir schauen es deshalb auch als dringend notwendig an, dass die Arbeitsintegration in Winterthur das Angebot von oder die Zusammenarbeit mit Bildungsangeboten als wichtiges Schwerpunktthema aufgegriffen hat und sind auch da sehr interessiert, wie die weiteren angekündigten Schritte aussehen werden.

Insgesamt möchten wir dem Stadtrat und den zuständigen Mitarbeitenden, aber auch den Kommissionsmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit bei der, wie schon gesagt, kurzfristigen Behandlung dieses Geschäfts danken. Und auch wenn wir, wie genannt, einige

kritische Punkte sehen, so haben uns die Ausführungen überzeugt und wir stimmen der Annahme des Verpflichtungskredits zu. Vielen Dank.

**B. Oeschger (GLP):** Die GLP-Fraktion erhofft sich von der Zentralisierung die in der Weisung erwähnten Vorteile und wir stehen hinter dem stadträtlichen Antrag. Trotzdem muss gesagt werden, dass die Umstände der Beratung, die Kurzfristigkeit und die damit verbundene Dringlichkeit in Kombination der Geschäfte (Stichwort: Budget und Richtplan) mit einem unguuten Geschmack auf die Weisung abfärben. Die Weisung selbst und die Finanzierung ist ein «Geniete», was Christian aber nicht daran gehindert hat, diese Weisung gut vorzustellen. Es bleibt dabei, dass es heute de facto ein Abnicken ist, um nicht eventualvorsätzlich Kollateralschäden in Kauf nehmen zu müssen. Eine Ablehnung würde die Arbeitsintegration Winterthur wortwörtlich auf die Strasse stellen. Deshalb erfolgt die Zustimmung der GLP-Fraktion auch aus ihrer staatstragenden Haltung heraus.

**F. Kramer-Schwob (EVP):** Eine örtliche Zentralisierung macht noch keine Neuausrichtung und keine Reorganisation. Wir stellen uns die Frage nach dem Huhn und dem Ei: Was muss zuerst sein? Eine äusserliche Zusammenlegung oder eine saubere Strukturierung? Wir finden, es hätte durchaus auch Gründe dafür gegeben, zuerst nochmals an den Strukturen zu arbeiten.

Viele Fragen sind offen, für uns zum Beispiel auch: Warum nicht weniger Fläche mieten und später – wenn die Frage der Kostenträger geklärt ist - allenfalls ausbauen? So wie es eigentlich dann ja auch angedacht ist?

Nebst den Fragen wollen wir aber auch eine klare Ansage machen: Der Stadtrat muss aufhören, bei Weisungen so grossen Druck auf das Parlament auszuüben. Und dann im Budget sagen, das Budget sei so hoch, weil das Parlament die Dinge so bestellt habe. Das Geld der Stadt reicht eigentlich nicht für eine Erhöhung des Globalkredits bei der Arbeitsintegration. Es ist zutiefst unbefriedigend, eine Lösung präsentiert zu bekommen, welche erstens teuer ist und zweitens gleichzeitig wahnsinnig pressiert. Wie sollen wir als Parlament eine solche Aufgabe lösen? Als EVP werden wir uns enthalten.

**F. Helg (FDP):** Die FDP-Fraktion zieht einen anderen Schluss als die meisten, die jetzt bisher gesprochen haben. Sie kann die Verantwortung nicht übernehmen, ein Geschäft anzunehmen, bei dem aus unserer Sicht wesentliche Fragen in der vorberatenden Kommission nicht vertieft diskutiert worden sind und das Diktat des Zeitdrucks über allem steht. Wir werden deshalb diese Vorlage ablehnen.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Die Fraktion Grüne/AL ist der Ansicht, dass sich diese Investition langfristig bezahlt macht. Eine systematische Grundabklärung ist extrem wichtig. Es ist wichtig, dass man Bildungsstand, Werdegang, aber auch Motivation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer abklärt. Eine gute Abklärung am Anfang senkt auch die Kosten.

Die zwei Kündigungen, die man bekommen hat an der Unteren Vogelsangstrasse und an der Eichgutstrasse, sind ein guter Anlass, um die Arbeitsintegration zu zentralisieren. Es ist tatsächlich ein bisschen alternativlos, denn wo will man sonst diese Grösse von 5'381 m<sup>2</sup> herholen?

Als ehemaliger Referent der Produktgruppe Immobilien möchte ich weiter noch darauf hinweisen, dass es geheissen hat, die Immobilien der Stadt Winterthur seien bei den Verhandlungen mit der Vermieterin dabei gewesen. Sie haben mitverhandelt und sie haben auch den jetzt vereinbarten Mietzins als absolut branchenüblich bezeichnet.

Insofern kann ich zusammenfassend festhalten: Unserer Ansicht nach macht sich diese Investition langfristig bezahlt.

**K. Vogel (Die Mitte/EDU):** Danke, Christian, für die Vorstellung dieses Geschäfts und auch für die Zusammenfassung der Diskussionsthemen, über die wir in der SSK diskutiert haben. Zuerst äussere ich mich zu der Zentralisierung und zur inhaltlichen Neuausrichtung der Arbeitsintegration: Das neue Programm mit einer systematischen Grundabklärung am Anfang

von der Arbeitsintegration scheint uns sinnvoll zu sein. Und wenn die verschiedenen Angebote im gleichen Haus sind, ist es einfacher, diese zu vernetzen. Auch die Absprachen im 80-köpfigen Betrieb sind an einem Standort ganz sicher effizienter, als es bis jetzt an den fünf verschiedenen Standorten der Fall ist, und so werden die Programme durchlässiger. Das ist sinnvoll. Auch ist es nachvollziehbar, dass so die Personalressourcen je nach Bedarf der einzelnen Programme an einem einzigen Standort flexibler, eben dort, wo sie gerade gebraucht werden, eingesetzt werden können. Und das Gleiche gilt dann natürlich auch für die Werkstätten und Büroräumlichkeiten.

Die Zentralisierung der Arbeitsintegration begrüßen wir deshalb.

Allerdings ist es uns wichtig, dass bei der nachvollziehbaren Zusammenlegung der Programme im Auge behalten wird, dass das Angebot Trampolin, welches für die Jugendlichen ist, von den Angeboten für die Erwachsenen getrennt bleibt. Auch wenn gleiche Werkstätten benützt werden können, so weise ich darauf hin, dass die beiden Gruppen auf keinen Fall gemischt werden dürfen.

Zu den Kosten gibt es folgendes zu erwähnen: Es ist nachvollziehbar, dass die Mietkosten steigen, wenn man bedenkt, dass die Infrastruktur an den bisherigen Standorten in die Jahre gekommen ist und die bisherigen Mietkosten auch durch langjährige Mietverhältnisse entsprechend tief gewesen sind.

Und doch sind die Mehrkosten happig: 2.1 Mio. für den Mieterausbau. Werden da die neuen Werkstätten vergoldet? Braucht es tatsächlich überall neues Büromaterial oder hätte man auch mit bestehendem Mobiliar diese Kosten begrenzen können?

Im Weiteren ist für uns die Finanzierung von 700'000 Fr. für die Mieterausbauten, die vom Vermieter vorfinanziert werden, suspekt. Dies aus zwei Gründen: Wieso finanziert die Stadt diese Investitionen nicht selbst in das neue Gebäude wie die übrigen Investitionen und wieso bezahlt die Stadt der Vermieterin, einem CS Fond, 4% Zins? Bei der Pensionskassenvorlage haben wir ja gelernt, dass das Darlehen von der Pensionskasse mit 2% verzinst wird. Aus Komplexitätsgründen verzichten wir aber auf einen entsprechenden Budgetantrag.

Wie bereits erwähnt, stören wir uns besonders am Zeitdruck, den wir bei diesem Geschäft haben. Auch wenn viele Fragen in der 2. Lesung am 20. November beantwortet worden sind, ist zu wenig Zeit gewesen, dies in der Fraktion vertieft zu beraten. Weil die Arbeitsintegration an zwei Standorten im Frühling raus muss, drängt es jetzt und es ist keine Zeit da, das Geschäft nochmals in der SSK und den Fraktionen zu beraten. Auch erscheint es uns doch merkwürdig, dass der Stadtrat zuerst dieses Geschäft als gebunden erachtet und dann erst im letzten Moment merkt, dass es das doch nicht ist.

Jegliche Verzögerung des Geschäfts führt aber zu massiven Mehrkosten. Und das wollen wir auf keinen Fall. Wir werden deshalb den Antrag des Stadtrats ohne vertiefte Auseinandersetzung in der Fraktion abnicken. Ein solches Vorgehen goutieren wir aber kein weiteres Mal. Fazit: Wir unterstützen das Geschäft, weil wir gar keine andere Wahl haben.

**G. Gisler (SVP):** Danke, Christian, für die Präsentation des Geschäfts.

Die SVP-Fraktion lehnt die Vorlage ab. Dies aus folgenden Gründen:

1. Die Zusammenlegung von ursprünglich fünf Standorten zu einem Standort wurde der SSK als vollendete Tatsache präsentiert. Bereits sind Vorverträge mit der Liegenschaftseigentümerin abgeschlossen worden. Der Druck der Kreditfreigabe wird so erhöht, weil mit dem Umbau bereits ab April 2024 begonnen werden soll. Für eine seriöse Überprüfung durch das Milizparlament hat die Zeit gefehlt.
2. Der Werdegang der Evaluation ist undurchsichtig. Welche anderen Optionen sind noch geprüft worden? Sind die gemachten Zusagen gewährleistet oder beruhen sie nur auf eine Annahme?
3. Ein Konzept der «systematischen Grundabklärung der arbeitsmarktrelevanten Kompetenzen» soll installiert werden. Wie die Programme durchlässiger gemacht werden, ist jedoch offen. Gerne hätten wir über die verschiedenen Programme Genaueres zur konkreten Umsetzung erfahren. Damit wäre auch der konkrete Raumbedarf genauer definiert worden. Uns erscheint es, als ob alles 1:1 aus den fünf Standorten übernommen wird. Eine Zusammenlegung oder Konzentration der Funktionen wurde offenbar nicht geprüft.

Fazit: Infolge der kurzen Vorlaufzeit und der materiell noch allgemein gehaltenen Informationen lehnt die SVP-Fraktion die Vorlage ab.

**Stadtrat N. Galladé:** Besten Dank für diese engagierte Diskussion zu diesem für uns sehr wichtigen Thema. Auch nochmals einen Dank an den Referenten.

Die Notwendigkeit der Vorlage ergibt sich tatsächlich aus den erfolgten respektive anstehenden Sanierungen von bestehenden Standorten. Wir benötigen schlichtweg Räumlichkeiten. Es wurden verschiedene Varianten geprüft, auch solche mit mehreren Standorten. Am Schluss ist diese Variante übriggeblieben. Es ist nicht ganz einfach, für diese Raum- und Nutzungsbedürfnisse, die wir da haben, überhaupt Räumlichkeiten zu finden in Winterthur. Von daher ist das eine sehr glückliche Örtlichkeit, die wir da jetzt beantragen können.

Die Zentralisierung ist in dem Sinne das Ergebnis. Inhaltlich bietet die Zentralisierung tatsächlich auch Chancen, das ist aber nicht ursächlich, sondern das ist eigentlich ein erfreulicher Nebeneffekt. Inhaltlich ist es so: Die Eckwerte der künftigen Strategie der Arbeitsintegration sind auch schon bei der Erwähnung beim letztjährigen Budget vor einem Jahr erwähnt worden, bei der letztjährigen Rechnung diesen Frühling wurden die Eckwerte auch schon ziemlich gut skizziert, wo es hingehen soll. Und auch schon in der Beantwortung des Postulats «Arbeit dank Bildung», die das Parlament grossmehrheitlich positiv zur Kenntnis genommen hat anfangs Jahr, hat man eigentlich diese Punkte schon ausgeführt: Systematische Grundabklärung, Durchlässigkeit der Angebote. Die Durchlässigkeit der Angebote wird sicher vereinfacht, das noch zur Anmerkung von Gaby Gisler, wenn man das an einem Ort zentralisiert machen kann. Das sind sicher positive Effekte auch für die inhaltliche Ausrichtung, die wir da am Planen sind. Da haben wir aber tatsächlich noch nicht alle Details. Ich habe gehört, was Maria Sorgo und auch andere gesagt haben, wir werden die Kommission, die SSK, da mitnehmen in der weiteren Entwicklung.

Es ist von den Kosten her tatsächlich so, dass es 2024 zu Mehrkosten führt. Das bedauern wir. Ich denke, man muss diese Budgeterhöhung als sozusagen «einmalige Investition» verstehen. Nachher sind die Preise wieder eingepreist zulasten der Auftraggeberinnen, die uns diese Aufträge geben, bei denen wir einen sehr guten Ruf haben und die teilweise auch sehr daran interessiert sind, dass wir diesen Schritt jetzt vornehmen. Und gesamthaft sind die Mehrkosten, die nach sehr viel Geld aussehen, auf die Preise heruntergebrochen ungefähr 2-3% unseres Gesamtaufwands. Da sind wir sicher weiterhin gut konkurrenzfähig.

Und letztlich denke ich, das auch mit Blick auf die Finanzen: Arbeitsintegration ist kein Selbstzweck, der Name ist hingegen Programm. Es soll zu einer besseren Integration in den Arbeitsmarkt führen. Und wenn uns das gelingt, und das konnten wir ein Stück weit schon mit dem Projekt Falllast beweisen, und das ist jetzt wie eine Fortsetzung, dass wir diese Leute enger betreuen können, besser abklären können, in die richtigen Programme bringen, dann wird sich das auch finanziell langfristig im hohen Mass lohnen für die Stadtkasse und für die betroffenen Menschen und die Gesellschaft erst recht.

Es ist aber durchaus so, damit schliesse ich, dass ich die kritischen Voten gehört habe. Es war nicht die Absicht, Sie in diesen Zeitdruck zu bringen, dafür möchte ich mich nochmals entschuldigen. Manchmal entsteht Zeitdruck durch gewisse Rahmenbedingungen, unter denen man Entscheide treffen muss. Diese wollten wir Ihnen offenlegen, weil wir ja auch die Kompetenz gegeben haben, weil wir es nicht für gebunden erklärt haben. Aber mit der Kompetenz geht auch eine Verantwortung einher. Ich bin sehr froh und dankbar, dass sich da eine Mehrheit abzeichnet. Wir werden Euch auf dem Laufenden halten und informieren. Besten Dank für die angeregte und auch kritische – richtigerweise auch kritische – Begleitung dieses Geschäfts. Danke.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Vielen Dank, Nicolas. Somit sind wir abstimmungsreif. Wir werden auszählen, da es eine Schlussabstimmung ist.

Wer dem Verpflichtungskredit zur Zentralisierung der Arbeitsintegration zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer lehnt den Verpflichtungskredit ab?

Wer enthält sich?

Ihr habt dem Verpflichtungskredit mit 35:18 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Wir machen nun Nachtessenspause und treffen uns um 20 Uhr wieder hier.

*Nachtessenspause.*

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Wir beginnen mit der Abendsitzung. Speziell begrüßen möchte ich eine Delegation vom neu gegründeten Verein Associazione «Doppi cittadini», der zum Ziel hat, ausländische Staatsbürger/-innen, vor allem mit italienischem Hintergrund, in der Winterthurer Umgebung in Form von Integrationsmassnahmen Unterstützung zu bieten, unter anderem auch beim Erlangen des Schweizer Bürgerrechts. Es ist heute eine Delegation da hinten dabei, die einmal bei uns im Parlamentsbetrieb hineinhören möchte. Ich wünsche Euch viel Vergnügen.

## 5. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2023.71: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2024 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe**

---

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Wir kommen zum Traktandum 5, das Geschäft 2023.71, Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2024 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe.

Dieses Geschäft so wie auch die drei folgenden sind ohne Diskussion von der Kommission vorgesehen. Ich erinnere daran: Ich habe zu Anfang meines Präsidialjahres entschieden, wenn ein Geschäft ohne Diskussion traktandiert ist, dass dieses «ohne Diskussion» für das Parlament wie auch den Stadtrat gilt. Wenn jemand doch das Wort wünscht, müsste man sich melden, ich frage aber bei diesen Geschäften nicht extra nach. Somit wird jetzt das Geschäft vorgestellt, ich gebe das Wort Urs Bänziger (UBK).

**U. Bänziger (UBK):** Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur 2024.

Auf der Folie sieht man das Nettoergebnis von Stadtwerk Winterthur in Millionen Schweizer Franken über die Jahre. Und natürlich muss man zuerst ein positives Ergebnis haben, bevor man längerfristig etwas abschöpfen kann. Da sieht man, dass im Budget 2024 22.3 Mio. Fr. budgetiert sind.

Auf der nächsten Seite sieht man die finanzielle Vergütung an die Stadt über die Jahre, von 2015 bis Budget 2023 und die Folgejahre gemäss Finanzplanung bis 2027. Und man sieht, dass diese von 2015 mit ca. 14 Mio. auf 2023 und weitere Jahre auf ca. 9.5 Mio. sinkt. Die grauen Balken waren zusätzliche, befristete Erhöhungen, die das Parlament gutgeheissen hat, wo man mehr Geld abschöpfen wollte.

Diese Abschöpfungen kann man natürlich nicht ohne das Budget bzw. ohne die Annahmen im Budget anschauen. Und da hat es viele Annahmen drin. Und man ist schlussendlich darauf angewiesen, dass das auch so eintreffen wird. Budgetiert sind auch erneute Erhöhungen der Energie-Einkaufspreise, aber auch die Erhöhung der Stromtarife, die im Sommer publiziert wurden. Es ist keine Gastarifanpassung eingeplant für den 1. Januar 2024 wegen dem markanten Anstieg der Preise. Auch budgetiert ist der Wegfall durch die Reduktion der Wassertarife und auch Implikationen wird die Revision der KVA-Ofenlinie haben – das dann natürlich erst in der Finanzplanung. Und auch in der Finanzplanung haben wir dann die Fernwärme, die negativ zu Buche schlagen wird.

Auf der nächsten Seite sehen Sie das Nettoergebnis vor finanzieller Vergütung pro Eigenwirtschaftsbetrieb. Und da sieht man die diversen Geschäftsfelder, in welchen Stadtwerk aktiv ist.

Die blau hinterlegten Balken sind hoheitliche Geschäftsbereiche, bei denen ist keine finanzielle Abgabe an die Stadt möglich. Das sind ARA, Siedlungsentwässerung, KVA und Wasserversorgung. Der grüne Bereich ist die geplante oder budgetierte Abschöpfung. Und da sehen Sie, dass ein Grossteil davon vom Stromnetz kommt, also nicht vom Stromverkauf, sondern vom Stromnetz, und von der Fernwärme. Und der rot-grüne Bereich Gasnetz ist noch speziell, weil eigentlich die Abschöpfung grösser ist als das Nettoergebnis. Wenn es mehr Abschöpfung gibt, als sie verdienen, müssen sie das natürlich vom Eigenkapital nehmen, deshalb ist es noch relevant zu wissen, wie hoch das Eigenkapital ist vom Gasnetz.

Auf der nächsten Seite sieht man auch den Ursprung der finanziellen Vergütung und was vor allem interessant ist, die Veränderung. Man sieht, dass eigentlich der Grossteil dieser Vergütung seit 2015 aus dem Stromnetz kommt. Und dann aber auch vom Gashandel, wo Sie jetzt sehen werden, dass für das Budget 2024 und für die Finanzplanung bis 2027 keine Entnahme geplant ist.

Auf der nächsten Seite sieht man nochmals die Reserven der Eigenwirtschaftsbetriebe. Beim Gasnetz sehen Sie, auf der Basis des Budgets 2023 hat man das Eigenkapital von 37.4 Mio., beim Budget 2024 geht das um ca. 800'000 zurück. Von daher nicht drastisch und vor allem wenn man das Gesamtbild der Betriebsreserven anschaut, sollten diese von 792 Mio. auf 804 Mio. steigen.

Auf der nächsten Seite ist nochmals das Wording des Antrags. Wir befinden nicht über einen absoluten Betrag, sondern über die einzelnen Abschöpfungen. Denn es ist ja noch nicht ganz klar, wie nahe beim Budget diese Ergebnisse schlussendlich erzielt werden können. Und dann haben wir den 1. Antrag zur Verteilung Gas, wo man 30% des Betriebsertrags abschöpfen möchte und 0% vom Gashandel. Im 2. Antrag sehen wir, dass bei der Fernwärme 10% des Betriebsertrags festgelegt werden soll. Beim 3. Antrag zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Verteilung Elektrizität 5.5 Mio. Fr. und Stromhandel 0% vom Betriebsertrag. Und als letztes noch die Vergütung zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Energie-Contracting von 0. Auf der nächsten Seite kurz zusammengefasst, was die Diskussion in der UBK war. Die Vorstellung der Weisung passierte als Teil des Budgets am 13. November. In der Diskussion gab es eine Verständnisfrage und eine Bemerkung, dass aus Sicht des Stadtparlaments schade ist, dass die Vergütung geringer ausfällt. Auch wenn es natürlich verständlich ist, dass wenn man schon 30% Preiserhöhung hat bei den Strompreisen, dass es nicht wünschenswert ist, die Strompreise noch mehr zu erhöhen auf der Basis davon, dass wir mehr abschöpfen können. Die Abstimmung in der UBK war eine Annahme mit 7:0 Stimmen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Urs, für das Vorstellen des Geschäfts. Somit stimmen wir jetzt ab über dieses Geschäft. Ich schlage vor, dass wir alle 4 Ziffern gleichzeitig abstimmen.

Und somit frage ich: Wer der finanziellen Vergütung durch Stadtwerk Winterthur so zustimmen möchte, wie es jetzt vom Referenten vorgestellt wurde, soll das bezeugen mit Handerheben. Wir zählen es aus, da es eine Schlussabstimmung ist.

Wer lehnt diese Vergütung ab?

Gibt es Enthaltungen?

Nochmals 56:0, das macht ja inzwischen richtig Schule.

## 6. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2023.73: Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2024 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur**

---

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Wir kommen zum Traktandum 6, Geschäftsnummer 2023.73, Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2024 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebs Parkieren Winterthur. Das Geschäft wird vorgestellt durch Kaspar Vogel als Referent der SSK.

**K. Vogel (SSK):** Ich freue mich, Euch das Geschäft zur finanziellen Vergütung Parkieren Winterthur vorstellen zu dürfen. Es geht darum, wie viel Geld im Jahr 2024 aus dieser Produktgruppe in den allgemeinen Steuerhaushalt fliessen soll. Dies bestimmt aufgrund der Verordnung das Stadtparlament jährlich.

Ich habe bereits mein erstes Déjà-vu, weil ich nämlich diese Folie schon letztes Jahr gezeigt habe. Und ich kann mir vorstellen, ich werde sie noch ein paar Mal zeigen, nächstes und übernächstes Jahr. Und dabei habe ich bemerkt, dass ich ja da in diesem Parlamentsaal nicht selbst drücken kann, wenn es weitergeht. Das freut mich dann im neuen Parlamentsaal, dann kann ich dann alle die Animationen wieder reinbringen. Die mussten wir vorhin noch alle herausnehmen und das führte dazu, dass die Folien nun nicht ganz so schön übereinander aussehen.

Parkieren Winterthur ist ein Eigenwirtschaftsbetrieb. Dazu gehören fünf Produkte: Städtische Parkhäuser, Parkgaragen, Parkplätze auf städtischem Grund, Dienstleistungen (z.B. bei privaten Parkhäusern wie dem Teuchelweiher) und die Velostationen.

Dieser Betrieb wirft einen jährlichen Gewinn von ca. 1.1 - 1.5 Mio. Fr. ab. Der Stadtrat beantragt, dass vom diesjährigen Gewinn (voraussichtlich 1.1 Mio.) 90%, also ca. 1 Mio. Fr. in die Staatskasse fliessen sollen. Die übrigen 10% fliessen in die Betriebsreserve.

Zusätzlich sollen aus der Betriebsreserve 2 Mio. Fr. zugunsten des Staatshaushalts entnommen werden.

Die Betriebsreserve beträgt Ende 2023 voraussichtlich ca. 19 Mio. Fr. Aus der Betriebsreserve müssen Investitionen in Parkhauseinrichtungen, z.B. Parkkassen, Erneuerung Lifte usw. ersetzt werden können. Hierfür ist eine Betriebsreserve von ca. 11 Mio. nötig. Wie man sieht, übersteigt die aktuelle Betriebsreserve diesen Betrag bei weitem, so dass die beantragte Entnahme von 2 Mio. Fr. im Jahr 2024 gut möglich ist.

Insgesamt sollen also 3 Mio. in den Staatshaushalt fliessen.

Die SSK stimmt beiden Anträgen mit 7:1 zu. Es wird bei der ablehnenden Position vor allem gesagt, die Betriebsreserven sollen nicht durch ein Einfliessen in den Staatshaushalt reduziert werden, sondern damit sollten die Gebühren gesenkt werden, also die Parkgebühren. Wie gesagt: Die SSK beantragt, die beiden Anträge anzunehmen.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Vielen Dank, Kaspar. Somit würde ich auch bei diesem Geschäft vorschlagen, dass wir über die beiden Ziffern 1 und 2 gemeinsam als ganzes Geschäft abstimmen.

Wer möchte die finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur annehmen? Der soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer lehnt die finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur ab?

Gibt es Enthaltungen?

Ihr habt die finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur mit 39:17 Stimmen angenommen.

## 7. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2023.67: Verpflichtungskredit von Fr. 1'010'000 für die Erneuerung des Kinderbereichs im Freibad Geiselweid (Projekt-Nr. 13206)**

---

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Wir kommen zum Traktandum 7, Geschäft 2023.67, Verpflichtungskredit von Fr. 1'010'000 für die Erneuerung des Kinderbereichs im Freibad Geiselweid (Projekt-Nr. 13206). Vorgestellt wird das Geschäft vom Kommissionsreferenten Alex Würzer.

**A. Würzer (SBK):** Ich weiss noch genau, als ich als Kind beim hinteren Becken im alten Geisi gestanden bin und einer Gruppe von 6-7 jungen Herren zugeschaut habe, wie sie auf dem 1-Meter-Brett herumgesprungen sind, bis dieses altherwürdige Teil den Kampf gegen die Schwerkraft verloren hat und mit der gesamten Mannschaft untergegangen ist. Das hat wohl symbolisch den Abbruch des alten Geisi eingeläutet. Und gleichzeitig ging mit dem Untergang dieser Herren und dem 1-Meter-Brett wohl auch die Erneuerung des Kinderbereichs im Geisi unter.

Das wird jetzt mit folgendem Projekt nachgeholt, das ich Euch als Kommissionsreferent präsentieren darf. Es geht um den Verpflichtungskredit von 1'010'000 Fr. für die Erneuerung des Kinderbereichs im Freibad Geiselweid. Die Folien sind aus der Beilage zur Weisung entnommen, ich habe sie nicht selbst gemacht.

Aktuell besteht der Kleinkinderbereich des Freibad Geiselweid aus einem runden, betonierten und blau gestrichenen Planschbecken aus dem Jahr 1932 und einem kleinen Spielplatz.

Beide Bereiche sind, wie bereits erwähnt, bei der Sanierung des Freibads in den Jahren 2007/08 nicht berücksichtigt worden und haben ihre Lebensdauer inzwischen schon längst überschritten.

Nach mehr als 90 Jahren Betrieb deckt das Planschbecken die heutigen Bedürfnisse der Badegäste nicht mehr ab. Die geforderten Wasserwerte im Planschbecken können nur noch durch grosse Mengen an Frischwasserzugabe eingehalten werden, was einem unnötigen Ressourcenverbrauch gleichkommt. Die technischen Anpassungen sind aufgrund einer ungenügenden Filterleistung ebenfalls schon länger notwendig. In der Saison 2016 hat die Zuleitung für die Chlorierung ausgesetzt und konnte nur notdürftig repariert werden. Dieser Zustand dauert bis heute an. Auch der angrenzende Spielplatz beinhaltet heute nur noch einen Sandkasten, eine Wippe und zwei Schaukelfiguren. Das defekte Hüpfkissen wurde in Folge von nicht mehr erhältlichen Ersatzteilen bereits zurückgebaut.

Ein öffentlicher Spielplatz muss natürlich den aktuellen Vorgaben im Bereich Sicherheit entsprechen. Die Spielgeräte und Sicherheitsflächen erfüllen diesen Standard aber nicht mehr, was auch 2021 bei einer Überprüfung stark bemängelt wurde. Insgesamt lässt sich also festhalten, dass die Anlagen gesamthaft in einem sehr schlechten Zustand und nicht mehr zeitgemäss sind. Das zeigt sich auch in den zahlreichen Meldungen der Besucher und Besucherinnen, die auf den desolaten Zustand des Kleinkinderbereichs hinweisen. Zusätzlich sind der Kinderplanschbereich und der Spielplatz für die Grösse des Freibads und die Besucherzahlen deutlich zu klein und lassen an Attraktivität und Vielfalt zu wünschen übrig.

Damit kommen wir zum eigentlichen Projekt. Der Kinderbereich soll gesamthaft erneuert werden. Bei einer Bevölkerungszahl von rund 120'000 Einwohnenden in Winterthur empfiehlt das BASPO für die Kleinkinder eine Wasserfläche von insgesamt 900 m<sup>2</sup>. Nach Abzug der bestehenden Wasserfläche in allen Freibädern zeichnet sich in Winterthur ein Defizit ab und das wird jetzt aufgeholt. Die geplante Wasserfläche beträgt neu 230 m<sup>2</sup> und wird also gegenüber dem aktuellen Bestand um 145 m<sup>2</sup> vergrössert. Damit ist man aber immer noch an der unteren Grenze beim Bedarf gemäss BASPO.

Das Konzept für die Wasserspiellandschaft orientiert sich am Weg des Wassers, also von der Quelle bis zum See, das sieht man da auch. Das oberste Becken ist die Quelle, dort ist ein

Spraypark angedacht mit unterschiedlichen Düsen und Wasserfontänen. Der Bereich ist für alle Altersklassen attraktiv und ein Ort mit viel Begegnung. Das mittlere Becken hat eine Wassertiefe von 20 cm und verschiedene Attraktionen. Das am tiefsten gelegene Becken ist dann der See. Dort sind bis 40 cm Wassertiefe angedacht und dort können auch erste Schwimmversuche getätigt werden, oder mit der Rutschbahn, die es gibt, kann ins tiefe Wasser gerutscht werden.

Da sieht man einen Plan des Ganzen. Der Pfeil rechts ist der Ausgang Richtung Eigenheimquartier (wo ich aufgewachsen bin), oben ist das 50m-Schwimmbecken und links davon ist der Eingangsbereich, die Umkleidekabinen usw.

Die Badewasseraufbereitung im neuangelegten Planschbecken wird teilweise in den Badewasserkreislauf des Schwimmerbeckens integriert. Dadurch können Synergien genutzt werden. Es gibt ein gemeinsames Ausgleichsbecken und gemeinsame Erwärmung. Aufgrund mangelnder Aufbereitungskapazitäten bei der bestehenden Technik Schwimmerbecken wird die Filterfläche durch eine Parallelschaltung erweitert und das Beckenvolumen wird im Nachtbetrieb zur Energie- und Wassereinsparung in das bestehende Ausgleichsbecken abgesenkt. Im Seitenprofil sieht man, wie der Höhenunterschied aussieht.

Dann sieht man noch weitere Beispiele, was noch alles kommen könnte. Auf der Visualisierung sieht man auch die Sonnensegel, die dann genügend Schatten spenden sollten, was ja auch wichtig ist, damit die Kleinsten gut geschützt sind, wenn sie sich da im Wasser vergnügen.

Dann kommen wir bereits zum Spielplatz. Der Spielplatz ist dort geplant, wo eigentlich der Ausgang ist vom eigentlichen Hallenbad und ist dort auch unter bestehenden Bäumen geplant. Der Spielplatz besteht aus Holz und Textilelementen. Und er wird so angelegt, dass er im Winterhalbjahr abgetrennt werden kann und der Bevölkerung über den Durchgang zwischen dem Eigenheimweg und der Pflanzschulstrasse auch ausserhalb der Freibadsaison zur Verfügung steht.

Es werden insgesamt acht neue Bäume gepflanzt. Das Freibad Geiselweid weist bereits einen beachtlichen und zum Teil alten Baumbestand auf. Doch in Anbetracht der immer heisser werdenden Sommer sind zusätzliche Schattenplätze, besonders auch für Familien, im Liegebereich essenziell. Bei den Baumarten wird darauf geachtet, dass klimaangepasste und möglichst ökologisch wertvolle Bäume gewählt werden.

Dann kommen wir noch zu den Kosten: Das vorliegende Projekt enthält Massnahmen, welche die Gebrauchstauglichkeit und Sicherheit des Kinderbereichs im Freibad wiederherstellen und damit als gebundene Aufwendungen gelten. Es gibt aber auch wesentliche Anpassungen an die heutigen Bedürfnisse der Bevölkerung. Das Projekt wird deshalb in einen Teil mit gebundenen Ausgaben, die bereits vom Stadtrat mit Beschluss vom 13. September 2023 bewilligt wurden, und einen Teil neue Ausgaben gegliedert. Die Realisierung macht nur Sinn, wenn beide Teile gleichermassen bewilligt werden. Mit einer Kreditfreigabe durch das Parlament kann mit den Bauarbeiten nach Saison 2025 gestartet werden und der Kinderbereich in der Freibadsaison 2026 den Betrieb aufnehmen.

Im Rahmen der Projektierung hat sich gezeigt, dass die ursprünglich eingestellten Beträge für den Ersatz des Kinderbereichs zu optimistisch waren. Um alle aktuell gültigen und hohen Anforderungen an die Badewasserqualität einzuhalten, ist ein Ersatzbau nicht über die bestehende Technik möglich, es muss also ein separater Wasserkreislauf mit Filteranlagen realisiert werden. Die Kosten für die Realisierung betragen insgesamt 2.37 Mio. Fr., davon hat der Stadtrat neben den Projektierungskosten 1.24 Mio. bereits als gebunden erklärt. Es fallen jetzt noch die 1'010'000 Fr. neue Ausgaben an. Da das Hallen- und Freibad Geiselweid im Katalog des kantonalen Sportanlagenkonzepts als Anlage mit überregionaler Bedeutung erfasst ist, darf auch mit einem Beitrag an die Gesamtkosten von rund 15% oder ca. 300'000 Fr. aus dem kantonalen Sportfonds gerechnet werden.

In der SBK wurde dieses Projekt in zwei Lesungen behandelt und grundsätzlich mit Wohlwollen aufgenommen. Der dringende Handlungsbedarf wurde anerkannt. Einzelne Fragen haben die bereits heute schon knappe Liegefläche betroffen. Es ist tatsächlich so, dass diese noch knapper wird, da der Kinderspielbereich auch flächenmässig ausgebaut wird. Dann kam die

Frage nach genügend Schattenfläche. Beim Spielplatz wurde festgestellt, dass da keine Seigel angedacht sind. Aber der Spielplatz wird unter bestehenden Bäumen gebaut und das sollte deshalb kein Problem sein. Weiter waren natürlich auch die Kosten ein Thema, man fragte auch nach Vergleichswerten zu anderen Schwimmbädern. Man hat versucht, das zu berücksichtigen, es ist aber nicht ganz so einfach, besonders auch wegen der Badewassertechnik. Erfahrungswerte sind aber in die Kostenberechnung eingeflossen und man ging beim Bedarf an die untere Grenze des BASPO. Aus Sicht der SBK konnten die Fragen somit grundsätzlich zufriedenstellend beantwortet werden, weshalb die SBK Euch jetzt auch die Annahme dieser Vorlage empfiehlt – und zwar einstimmig.

Wir kommen zum Antrag: «Für den Ersatz des Kinderbereichs im Freibad Geiselweid (Projekt-Nr. 13206) wird ein Verpflichtungskredit von 1'010'000 Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens bewilligt.

Die Bewilligung erstreckt sich auch auf die durch Teuerung und MWST bedingten Mehr- oder Minderkosten; Stichtag für die Kostenberechnung ist der 1. Mai 2023.»

Vielen Dank.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Alex. Wer dem Verpflichtungskredit für Erneuerung des Kinderbereichs im Freibad Geiselweid zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Bitte auszählen, es ist eine Schlussabstimmung. Ihr habt diesem Geschäft mit 56:0 Stimmen zugestimmt.

## 8. Traktandum

### **Parl.-Nr. 2023.72: Genehmigung des Budgets 2024 und Festsetzung des Steuerfusses // Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2024 bis 2027**

---

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Wir kommen zum zweiten grossen Geschäft heute Abend, zum Budget. Geschäftsnummer 2023.72, Genehmigung des Budgets 2024 und Festsetzung des Steuerfusses // Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2024 bis 2027. Zum Ablauf: Als erstes möchten wir uns von der Parlamentsleitung her dafür bedanken, dass das Finanzamt in 2er-Besetzung da hinten anwesend ist. Wir begrüssen herzlich Frau Oberchristl und Herrn Vitali. Wir möchten an dieser Stelle auch danken für die Ausarbeitung des Drehbuchs, das wir alle vorliegend haben.

Zuerst wird der Referent das Geschäft vorstellen. Dann gibt es die sogenannte Eintretensdebatte, bei der sich alle Mitglieder der Aufsichtskommission dazu äussern können. Nachher geht das Wort ins Plenum und dann weiter an den Stadtrat.

Und dann kommen wir zur Detailberatung. Detailberatung 1 bedeutet, wir gehen alle Produktgruppen gemäss Buch B sowie die dazugehörigen Verpflichtungskredite aus dem Buch A durch. Da folgen wir dann dem Drehbuch schön der Reihe nach. Ausgenommen die Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich, diese kommt am Schluss, weil wir ja zuerst das Budget sozusagen vorberaten müssen.

Anschliessend haben wir dann die Detailberatung 2, das ist die Verwaltungsrechnung Buch A.

Und am Schluss, bevor wir zur Schlussabstimmung kommen, frage ich nochmals nach, ob es noch Wortmeldungen gibt, generell zum Budget, bezüglich dem FAP und der noch ausgenommenen Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich.

So viel zum Ablauf. Dann darf ich jetzt das Wort zum Vorstellen des Geschäfts Christian Hartmann übergeben.

**Ch. Hartmann (AK):** Budget 2024 – Wie sieht die Grosswetterlage aus? Die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und die sich daraus ergebenden höheren Material- und Energiekosten, aber auch die Sozial- und Asylkosten haben einen negativen Einfluss auf die Finanzen der

Stadt Winterthur. Dazu kommt die anhaltende Zuwanderung nach Winterthur. Mehr Einwohner bedeuten höhere Infrastrukturkosten, aber auch mehr Schülerinnen und Schüler. Der wirtschaftliche Ausblick dazu ist eher trüb.

Wie finanziert sich die Stadt Winterthur? Insgesamt sind rund 1.7 Milliarden Franken zu finanzieren. Damit man sich einen Vergleich machen kann: Das entspricht ungefähr dem Budget des Kantons Schwyz.

Woher kommt das Geld? Ungefähr 490 Mio. kommen von den Steuern, wobei die Steuern von natürlichen Personen bei einem Bevölkerungswachstum von 1.1% auch steigen. Die Steuern der juristischen Personen sinken aber und die Grundstückgewinnsteuern sinken stark. Dann haben wir ca. 620 Mio. Fr. Entgelte oder Gebühren, davon aus den Eigenwirtschaftsbetrieben (wie z.B. Stadtwerk oder Alterszentren) 520 Mio. Ein wesentlicher Ertrag, 550 Mio. Fr., kommt aus dem Transferertrag. Das tönt ein bisschen technisch, das sind Zahlungen, vor allem vom Kanton, an Winterthur. Ca. 140 Mio. erhalten wir als Ressourcenausgleich, das heisst dafür, dass die Winterthurerinnen und Winterthurer eine unterdurchschnittliche Steuerkraft haben. Ungefähr 90 Mio. erhalten wir als Zentrumslastenausgleich und rund 200 Mio. als Rückerstattung für Sozialhilfe und Asylfürsorge. Auch der Gewinnanteil der Kantonalbank von 11 Mio. ist da verbucht.

Im Finanzertrag wirkt sich die Neubewertung von Wohnliegenschaften mit plus 15 Mio. aus. Diese Neubewertung findet nur alle vier Jahre statt und ist deshalb ein Einmaleffekt, der aber dieses Jahr geholfen hat, dass man kein grösseres Defizit budgetieren muss.

Wie investiert die Stadt Winterthur? Insgesamt planen wir, 215 Mio. zu investieren. Dieses hohe Investitionsvolumen ergibt sich im Wesentlichen durch den hohen Bedarf an zusätzlichem Schulraum und durch die Energie- und Klimaziele.

Im Steuerhaushalt investieren wir 120 Mio., davon rund 45 Mio. im Bereich Schule, vor allem Schulhäuser, das ist wenig überraschend. Und rund 20 Mio. Fr. im Bereich Verkehrswege, z.B. die Querung Grüze oder die Ersatzbeschaffung eines Verkehrsrechners. Und je rund 15 Mio. für Kultur und Freizeit und IT. 95 Mio. investieren wir bei den Eigenwirtschaftsbetrieben. Davon Stadtwerk ca. 50 Mio., vor allem für die Sanierung der Abwasserreinigungsanlage und dem Ersatz der zweiten Verbrennungslinie bei der KVA.

Im Finanzvermögen investieren wir 17 Mio., da schlagen vor allem die Umnutzung und Sanierung der Liegenschaft Obertor und die Sanierung der Halle 53 zu Buche.

Investitionen, ganz generell, führen zu Abschreibungen. Und diese Abschreibungen werden die Erfolgsrechnung über Jahre belasten. Die Abschreibungen auf den Investitionen im Verwaltungsvermögen sind mit knapp 120 Mio. Fr. budgetiert. Das entspricht rund einem Viertel der Steuereinnahmen. Es ist also keineswegs so, dass Investitionen quasi gratis sind, weil man dafür einen Wert bekommt. Das stimmt zwar, aber der Wert nimmt über die Zeit ab. Das ist ungefähr wie beim Auto.

Wie viel gibt die Stadt Winterthur aus? Auch das sind wieder ungefähr 1.7 Milliarden Franken. Der grösste einzelne Block ist da der Personalaufwand mit 530 Mio. Fr. Da sieht der Stadtrat eine Erhöhung um 22 Mio. vor. Das als Folge von gut 70 neuen Stellen, gegen die Hälfte davon in der Schule. Die Schülerzahlen steigen aufgrund der Zuwanderung nach Winterthur um rund 2% pro Jahr. Ein grösserer Stellenaufbau ist auch bei Bau und Mobilität (10 Stellen), bei Stadtbus (10 Stellen) und bei Stadtwerk (8 Stellen) vorgesehen.

Wir haben natürlich nicht nur Personalkosten, wir haben auch Sachaufwand. Und zwar ungefähr 440 Mio. Mit 265 Mio. machen Material und Waren den grössten Teil aus. Dienstleistungen und Honorare sind aber mit 80 Mio. doch überraschend hoch.

Das Gegenteil zum Transferertrag ist der Transferaufwand, rund 590 Mio. Fr. Unter dem Transferaufwand versteht man den direkten Geldtransfer an einen Empfänger. Sozialhilfe, Asylfürsorge und Krankenkassenwesen mit ca. 285 Mio. Fr. sind da typische Beispiele und machen auch ungefähr die Hälfte des Transferaufwands aus. Haupttreiber der Budgeterhöhung bei dieser Position, um rund 20 Mio., ist der Ukraine-Krieg, wobei man da sagen muss, dass es da auch Rückerstattungen gibt, die dann im Transferertrag verbucht werden. Ebenfalls im Transferaufwand sind 115 Mio. für Lehrerlöhne der Volksschule verbucht, 5 Mio. mehr als im letzten Budget. Die Lehrer der Volksschule sind beim Kanton angestellt und die Stadt überweist ihre Löhne dem Kanton. Wenn man diese Lehrerlöhne auch zum Personalaufwand

dazurechnet, macht dieser im Total rund 650 Mio. Fr. aus. Das ist ungefähr ein Drittel des Gesamtbudgets der Stadt Winterthur. Das, nebenbei bemerkt, bei Steuereinnahmen von 490 Mio. Fr. Ein weiterer grosser Posten ist die Pflegefinanzierung mit 45 Mio. Da schlägt sich die ansonsten erfreuliche zunehmende Lebenserwartung nieder.

Wie sieht die fernere Zukunft aus? Wir wissen es nicht so genau. Das liegt naturgemäss daran, dass die Planungsgrundlagen für die fernere Zukunft nicht so präzise sind. Und vielleicht auch daran, dass Finanzminister dazu neigen, eher ein bisschen pessimistisch in die Zukunft zu schauen, um ja keine Gelüste nach Steuersenkungen aufkommen zu lassen. Und in der Regel kommt es dann ein bisschen besser heraus.

Wie auch immer. Der Finanz- und Aufgabenplan für die Jahre 2026 (minus 30 Mio.) und 2027 (minus 55 Mio.) ist tiefrot. Die Haupttreiber sind da hauptsächlich das Schülerwachstum, die Kosten der zusätzlichen Stellen im Departement Bau und Mobilität sowie die weiterhin steigenden Kosten für Sozialhilfe und Pflege, nicht zuletzt auch aufgrund der Umsetzung der Pflegeinitiative. Insgesamt würden die geplanten Defizite für 2026/27 40% des zweckfreien Eigenkapitals aufbrauchen. Der Stadtrat schliesst daraus: «Um die sich mittelfristig abzeichnenden Defizite zu eliminieren, wird der Stadtrat daher eine sorgfältige Priorisierung der Ausgaben vornehmen, einnahmenseitige Optionen prüfen und seine Entscheide in die weitere Finanzplanung einfliessen lassen.» Unabhängig von der politischen Ausrichtung darf man sich da also auf harte Diskussionen gefasst machen. Die Aufsichtskommission wartet gespannt auf frühzeitige Informationen des Stadtrats.

Die Aufsichtskommission hat die Anträge des Stadtrats diskutiert und beantragt zu den fünf Anträgen folgendes:

Genehmigung der Globalkredite und Leistungsziele in der Erfolgsrechnung: Zustimmung 10:1.

Genehmigung der Investitionsrechnung: Zustimmung 10:1.

Festsetzung der Gemeindesteuern bei einem unveränderten Steuerfuss von 125%: Zustimmung 10:1.

Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans: Zustimmung 10:1.

Und zum Schluss noch ein technischer Antrag, der betrifft die Umbuchung von gewissen Posten von den Allgemeynkosten auf die Produktgruppen: Das war unbestritten mit 11:0.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Christian. Somit eröffnen wir die Eintretensdebatte. Eröffnet wird sie von Andreas Büeler (Grüne/AL).

**A. Büeler (Grüne/AL):** So viel vorab: Die Fraktion Grüne/AL tritt auf das Budget 2024 ein. Ähnlich wie im Vorjahr ist das Budget wieder von aktuellen Krisen und Sachzwängen geprägt, wir haben es gerade vorhin gehört. Auffälligste Abweichung gegenüber dem Vorjahr sind die deutlich höheren Investitionen. Dabei soll vor allem die bestehende, teilweise veraltete, städtische Infrastruktur saniert und für die wachsende Bevölkerung ausgebaut werden. Das ist in unserem Sinn, weisen wir doch seit längerem immer wieder auf die zu tiefen Investitionen und den jeweils ebenfalls zu niedrigen Realisierungsgrad hin.

Wir begrüssen es, dass den städtischen Angestellten 2024 den ihnen zustehenden Teuerungsausgleich gewährt wird. Das ist das Mindestzeichen von Wertschätzung und nicht nur bei Fachkräftemangel angebracht. Wir sind deshalb auch gegen die aus unserer Sicht ziemlich willkürlichen Stellenstreichungsanträge aus dem Parlament bei Produktgruppen, die heute schon auf dem Zahnfleisch laufen. So viel vorab. Sorge haben zu guten Mitarbeitenden sieht anders aus.

Was sind denn die Hauptkostenträger im Budget? Wir haben es ja schon ein bisschen gehört, aber die Hauptkostentreiber im Budget sind sicher nicht die Energie- und Klimaziele. Nur wenige Stellen sind in diesem Bereich eingestellt, für uns das absolute Minimum. Im Bereich Mobilität ist die Stadt gemäss Klima-Cockpit nicht auf Kurs, deshalb unterstützen wir den SBK-Antrag zur Schaffung der Fachstelle für nachhaltige Mobilität. Alleine für den Bereich Bildung werden 45% der Einnahmen und rund 32 neue Stellen benötigt. Zusammen mit dem Sozialen und der Pflegefinanzierung sind wir bei drei Vierteln.

Wir als Parlament können gefühlt auf einen immer kleineren Anteil des Budgets überhaupt Einfluss nehmen. Umso wichtiger ist es uns Grünen, dass die Klimaziele bei allen anstehenden Sanierungs- und Ausbauprojekten als Transversalthemen konsequent mitberücksichtigt werden. Das sind Generationenprojekte, die sehr lange Wirkung entfalten. Und das ist das, was wir als Chance, die es zu nutzen gilt, bezeichnet haben. Hätten wir zum Beispiel schon vor einer Generation PV-Anlagen installiert, müssten wir heute nicht über die hohen Energiepreise klagen.

Dann hört man immer wieder, wir haben es jetzt auch gerade gehört, von den vielen Stellen, dass die Stadtverwaltung aufgebläht sei. Ist das wirklich so? Ich habe dazu mal ein paar offizielle Zahlen ausgewertet. Die Bevölkerung ist von 2011 bis heute um 17.6% gewachsen. Im gleichen Zeitraum sind die Stellen bei der Verwaltung um 18.6% gewachsen. Ja, das ist zwar ein Prozent höher. Aber die Schülerzahlen sind sogar um knapp 30% gestiegen. Und der Bereich Bildung absorbiert ja sehr viele Stellen, dieses Jahr fast die Hälfte. Also nein, die Stadtverwaltung wächst nicht schneller als die massgebenden Bevölkerungszahlen.

Wo ist denn also das grosse Sparpotenzial? Wenn man wirklich sparen wollte, müsste man weniger Kinder haben und keine Schulhäuser mehr bauen. Das ist natürlich Blödsinn. Erstens gehört dieser Entscheid in unsere persönliche Freiheit und zweitens sind Kinder unumstrittene Investitionen in unsere Zukunft. Sie profitieren von unseren Steuern und zahlen später deshalb vielleicht gerne ihre Steuerbeiträge.

Genauso ist es auch mit Werterhalt und Entwicklung unserer Infrastruktur. Und dazu gehören auch kleine wie grosse Kulturinstitutionen. Auch diese Investitionen zahlen sich mittel- bis langfristig volkswirtschaftlich und gesellschaftlich aus.

Mit dem fast ausgeglichenen Budget 2024 können wir leben. Allerdings erachten wir wie der Stadtrat die Finanzierung der Leistungen und Infrastrukturen der wachsenden Stadt zunehmend als herausfordernd. Bei diesen düsteren Prognosen einfach den Finanz- und Aufgabenplan negativ zur Kenntnis zu nehmen, ist uns zu wenig. Wir fordern mehr Ehrlichkeit.

Nebst all den akuten Sachzwängen bleiben wenig Mittel übrig, um die Stadt auch vorausschauend zu gestalten. Deshalb laden wir den Stadtrat ein, auf das nächste Budget hin auch wieder einmal die Einnahmenseite genauer zu prüfen. Bei ausgewiesenem Bedarf fordern wir den Mut zu einer Erhöhung des Steuerfusses. Beschaffen wir die Mittel für die bevorstehenden Investitionen, wenn uns die nachfolgenden Generationen wirklich am Herz liegen. Geld ist schon da, es ist nur schlecht verteilt. Man darf nicht vergessen, dass gerade die aktuelle Krise auch viele Gewinner schafft. Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen und Vermögen nimmt auch in der Schweiz gerade wieder stark zu. Und höhere Steuern treffen eben gerade nicht den Mittelstand besonders, sondern diejenigen, die diesen Beitrag entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auch stemmen können.

Es sind die steigenden Mieten und Krankenkassenprämien, Gebühren und Teuerung, die Ärmere und den Mittelstand überproportional belasten. Setzt Euch bei Euren Kantons- und Bundespolitikern dafür ein, dass sie sich auf höherer Ebene dafür Entlastung einsetzen, wenn Euch der Mittelstand am Herz liegt. Ich bin überzeugt davon, dass auch eine Mehrheit von Winterthur eine nötige Steuererhöhung mitträgt, wenn man den Bedarf, aber auch den Nutzen ehrlich und transparent kommuniziert.

Am Schluss bedanken wir von den Grünen uns beim Stadtrat und den städtischen Mitarbeitenden für die Ausarbeitung des vorliegenden Budgets und für ihren täglichen Einsatz für unsere Stadt.

**S. Kocher (GLP):** Als Erstes besten Dank an Christian für das detaillierte Vorstellen des Budgets.

Wir danken auch der gesamten Stadtverwaltung für das Erstellen des Budgets. Das Budget zeigt schön auf, wo die Stadt Winterthur steht, was die Kostentreiber sind und wo sie dringend handeln muss.

Drei Jahre sind es her, als dieses Parlament das Budget zurückgewiesen hat. Die Gründe dazu sind sicherlich noch bestens bekannt. Jetzt liegt uns bereits wieder ein Budget vor, das bei einem Verlust in der Grössenordnung von 2% Steuerprozenten liegt. Die Hinweise, die der damalige Finanz- und Aufgabenplan bereits gezeigt haben, haben offensichtlich nicht

dazu beigetragen, dass im Jahr 2024 ein ausgeglichenes Budget präsentiert werden kann. Die Kostentreiber, die zum aktuellen Budget führen, waren schon damals bekannt: Das Bevölkerungswachstum, steigende Schülerzahlen, Investitionsstau, Netto-Null-Strategie. Die Grünliberalen setzen sich seit Jahren für eine ausgeglichene, nachhaltige Finanzpolitik ein und weisen den Stadtrat immer wieder auf diese wichtige Nachhaltigkeit hin. Die Stadt Winterthur soll für seine Bevölkerung und das ansässige Gewerbe ein verlässlicher Partner sein, der stabile Rahmenbedingungen schafft und Rezepte für die anstehenden Herausforderungen vorzeigt. Es gilt die Ausgaben sach- und aufgabenorientiert zu planen, keine falschen Anreize zu schaffen und grundsätzlich mit den Mitteln auszukommen, die zur Verfügung stehen. Wo und wie die Mittel eingesetzt werden müssen, ist Aufgabe des Stadtrats. Das von der GLP erwartete Resultat ist dann ein möglichst ausgeglichenes Budget und ein Finanz- und Aufgabenplan, der klare Rahmenbedingungen sowie Vorgaben und Annahmen festhält, um auch für die kommenden Jahre ein ausgeglichenes Budget präsentieren zu können. Diese wichtigen Ansprüche an ein Budget und einen Finanz- und Aufgabenplan werden durch zwei bekannte Faktoren zusätzlich verstärkt:

1. Viele der aktuellen Kosten und der Kostentreiber können nicht direkt beeinflusst werden. Darauf hinzuweisen verpasst der Stadtrat ja bei keiner Gelegenheit und wird es heute wohl auch wieder machen. Da gilt es umso mehr, sich auf die Bereiche zu fokussieren, welche innerhalb des Handlungsspielraums des Stadtrats liegen. Und dort gibt es Möglichkeiten, davon ist die GLP überzeugt, zur direkten operativen Einflussnahme und Priorisierung seitens Stadtrat.
2. Wir wissen alle, dass besonders die externen Risikofaktoren, die sich dann negativ auf eine laufende Rechnung auswirken können, eher zunehmen. Entsprechend gilt es, in Szenarien zu denken, besonders beim Finanz- und Aufgabenplan, und wenn immer möglich Reserven zu bilden.

Die GLP ist mit dem vorliegenden Budget entsprechend nicht restlos zufrieden, kann aber trotzdem nachvollziehen, dass in Einzelfällen, wie jetzt das Budget 2024, auch mal ein nicht vollständig ausgeglichenes Budget vorliegen kann.

Wo wir aber gänzlich unzufrieden sind, ist in der mittelfristigen Perspektive der Stadtfinanzen. Ein FAP, der das Defizit des Budgets 2024 nicht kompensiert und über die nächsten drei Jahre ein kumuliertes Minus von 83.9 Mio. Franken ausweist, ist mehr als nur besorgniserregend. Das sind Dimensionen, die eigentlich ein sofortiges Handeln bei allen operativen Verantwortlichen erwarten lassen. Aber wenn man dann den Titel der Medienmitteilung des Stadtrats für das Budget 2024 liest (ich zitiere): «Budget 2024 ermöglicht Weiterverfolgung der strategischen Ziele», so fragt man sich, ob der Stadtrat das negative Vorzeichen der Zahlen im FAP richtig interpretiert.

Strategische Ziele gehen weit über den Zeitraum eines Budgets hinaus. Diese uneingeschränkte Weiterverfolgung, so warnen wir, bedeutet nicht unbedingt eine sorgenfreie Zukunft der Winterthurer Stadtfinanzen.

Er schreibt in seiner Medienmitteilung weiter, dass er die steigende Kostenbelastung vorausschauend begleiten und aktiv mitgestalten werde.

Ein Finanz- und Aufgabenplan, der ein solch negatives Ergebnis von über 80 Mio. projiziert, ohne auf konkrete Handlungsfelder hinzuweisen ist weit weg von einem aktiven Mitgestalten und zeugt allerhöchstens von einem vorausschauenden passiven Begleiten.

Da hat der Stadtrat seine Hausaufgaben definitiv noch nicht gemacht. Hier sehen wir klar den Stadtrat in der Pflicht, bereits heute die Massnahmen und Prioritäten im Besonderen auf der Aufwandseite zu treffen. Es wird Zeit, dass der Stadtrat jetzt den aktuellen FAP intern mit allen Betroffenen diskutiert und Massnahmen einleitet, so dass im Budget 2025 ein FAP präsentiert wird, der klar aufzeigt, was die Herausforderungen, die getroffenen und geplanten Massnahmen und Konsequenzen als Grundlage für eine ausgeglichene Planung bedeuten würden. Es dient niemandem, weder dem Parlament noch dem Stadtrat, wenn jeweils erst im Budget Massnahmen und Konsequenzen aufgezeigt werden. So verpufft diese Aussage und Wirkung und somit das Instrument Finanz- und Aufgabenplan gänzlich. Entsprechend kritisch beurteilen wir den FAP.

Aber jetzt freuen wir uns zuerst einmal auf eine konstruktive Diskussion rund um das aktuelle Budget und die gestellten Anträge und treten auf das Budget ein. Besten Dank.

**R. Keller (SP):** Dem Winterthurer Budget für das Jahr 2024 und die Folgejahre sieht man deutlich die Problematik einer wachsenden und sich verändernden Stadt an. Es gibt im nächsten Jahr und in absehbarer Zukunft grosse und bedeutende Projekte, die für die Stadt zur Erhaltung der Versorgung der Bevölkerung und zur Weiterentwicklung zentral sind. Dass dies verbunden ist mit erheblichem finanziellen Aufwand, ist ja eigentlich allen klar. Und besonders die Investitionen, wir haben es jetzt schon einige Male gehört, sind ein grosses Thema.

Ich möchte zu drei Punkten in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen dieser sich verändernden Stadt etwas sagen: Es wurde schon gesagt, es ziehen überproportional viele Familien nach Winterthur. Und eigentlich ist das doch super. Sie machen unsere Stadt lebendig, sie sind bedeutend für das soziale Zusammenleben in unserer Stadt. Und am Schluss natürlich auch für unsere AHV. Nur brauchen diese Kinder aber halt Schulen. Und Schulen, die den heutigen Anforderungen als Bildungs- und Betreuungseinrichtungen genügen. Und die sind vielleicht ein bisschen anders als Schulhäuser wie das Geiselweid, das 1901 gebaut wurde und jetzt saniert werden muss. Es braucht Betreuungspersonen, wir haben es gehört, es sind ungefähr 32 Stellen mehr im Schulbereich, von denen die allermeisten für die Betreuung vorgesehen sind. So what! Wir wollen, dass die Kinder in die schulergänzende Betreuung gehen, weil dann vielleicht auch die Mütter arbeiten gehen und dann Steuern zahlen in Winterthur. Es braucht Kita-Subventionen, es braucht Quartieranlagen, Mütter-/Väter-Beratung und es braucht frühe Förderung. Das kostet alles Geld.

Der 2. Punkt ist, dass wir alle von digitalem Umbau sprechen. Und natürlich will Winterthur da auch dabei sein. Es soll in absehbarer Zeit selbstverständlich sein, ein virtuelles Bürger/-innen-Büro zu nutzen, für die Wohnsitzbestätigung nicht mehr mit dem Velo zum Superblock zu fahren und für das Baugesuch keinen Briefkasten suchen zu müssen. Und auch das erfordert Ressourcen in Form von Stellen und in Form von Sachkosten. Es braucht, wenn wir Digitalisierung wirklich wollen, jetzt einen Schub und Investitionen in die Zukunft.

Der 3. Punkt: Die Realisierung von Netto-Null ist ein Auftrag, den wir vom Volk erhalten haben. Und dieser Auftrag ist einfach nicht gratis zu haben. Der geplante Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion, Wärmeverbünde und der Ausbau des Stromnetzes müssen jetzt rasch realisiert werden. Es gibt keine Alternative zu diesem kostenintensiven ökologischen Umbau.

Grundsätzlich ist die SP-Fraktion der Meinung, dass der Stadtrat ein solides und gut begründetes Budget vorgelegt hat. Wir finden es richtig und wichtig, dass der Stadtrat genügend Mittel für das städtische Personal vorsieht und den vollen Teuerungsausgleich Stand September 2023 gewährt. Die städtischen Mitarbeitenden tragen dazu bei, dass Winterthur eine lebenswerte Stadt ist mit gut funktionierenden öffentlichen Leistungen und einer guten Infrastruktur. Die SP-Fraktion wird sich bezüglich Änderungsanträgen auf ein paar wenige Punkte beschränken, zum Beispiel im Bereich der Förderung oder Unterstützung von kleinen Kulturanbietenden. Aus unserer Sicht etwas willkürlich erscheinende Budgetanträge zur Kürzung, z.B. vom Risikomanager im Bereich ICT oder im Bereich von Dienstleistungen Dritter, aber auch Anträge auf Budgeterhöhung lehnen wir ab.

Wir wollen überhaupt nicht schönreden, dass die Perspektiven auf die zukünftigen Finanzen nicht unbedingt sehr erfreulich sind und das Minus von 5.7 Mio. im 2024 ein ernstzunehmendes Zeichen ist. Natürlich sind die Steuererträge trotz ein bisschen gebremstem Wirtschaftswachstum eher noch ein bisschen am Zunehmen, aber dem stehen halt auch höhere Ausgaben in der Schule und beim Sozialen und höhere Investitionen auch in den Planjahren 2026/27 gegenüber. Die Erfahrung hat ja gezeigt, dass die Investitionsplanung eigentlich nie so gemacht wird, wie sie eigentlich vorgesehen ist. Und auch wenn das so ist und auch wenn die Abwasserreinigungsanlage und die Kehrlichtverbrennung vielleicht ein bisschen später kommen, als sie jetzt geplant sind, und es noch Ungenauigkeiten gibt und es vielleicht ja, wie

Christian gesagt hat, etwas besser kommt, steht ausser Zweifel, dass das alles gemacht werden muss - und wahrscheinlich nicht erst überüberübermorgen, sondern wahrscheinlich übermorgen.

Vernünftigerweise stellen wir uns heute schon darauf ein, dass wir in den nächsten Jahren auch beim Ertrag Massnahmen ergreifen müssen, Andreas hat das auch schon gesagt, und wohl nicht um eine Steuerfusserhöhung herumkommen. Vernünftigerweise machen wir das bald und können damit auch dafür sorgen, dass der Sprung beim Steuerfuss nicht allzu hoch wird.

Mit dem vorliegenden Budget und der Planung für die Folgejahre gehen wir weiter auf dem Weg, Winterthur als moderne, lebenswerte und zukunftsfähige Stadt zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die SP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und den städtischen Angestellten für die Ausarbeitung des vorliegenden Budgets und für ihre Arbeit für die Bevölkerung von Winterthur. Wir treten auf das Budget ein.

**D. Oswald (SVP):** Wir von der SVP-Fraktion danken dem Stadtrat und der Verwaltung für das Zusammentragen und das Vorlegen des Budgets. Es ist, wie jedes Jahr eigentlich, nicht wirklich anders oder wirklich neu: Es ist immer auf Wachstum ausgerichtet.

In der Ausgangslage wird der Ukraine-Krieg als Ursache für die höheren Material- und Energiekosten aufgeführt. Dies ist nur ein Teil der Wahrheit. Die aktuelle Energiepolitik ist der andere Teil. Einerseits werden die Steuern und Abgaben auf diversen Energieträgern massiv erhöht und zum anderen werden CO<sub>2</sub>-freie Energiequellen stillgelegt. Dies ist nicht nur aus Sicht des Umweltschutzes, sondern auch aus finanzieller und wirtschaftlicher Sicht völlig sinnbefreit.

Für all jene, welche die Zeche bezahlen müssen (dazu gehört auch die Stadt Winterthur), macht das finanziell keinen Unterschied. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass relevante Punkte nicht einfach keine Erwähnung finden.

In diesem Parlament werden immer wieder die marktwirtschaftlichen Mechanismen als Grund alles Übels genannt. Die Kräfte, welche zur Überwindung des Kapitalismus aufrufen, haben hier im Stadtrat die absolute Mehrheit. Somit ist es schon interessant, dass der Stadtrat Jahr für Jahr vermelden muss, dass gerade die Bereiche mit dem grössten staatlichen Einfluss wie Bildung und Soziales (auch die Krankenkassenprämien gehören da dazu) die grössten Kostensteigerungen aufweisen. Von der viel gepriesenen Suffizienz keine Spur. Klar sind auch hier der Gründe mehrere. Ja, es kommt sicher auch vor, dass die private Wirtschaft dem Sozialstaat gewisse Risiken abgibt. Aber mit jedem Ausbau des Staats wird der Steuerzahler, der das Ganze ja auch finanzieren muss, auch mehr Leistungen des Staats erhoffen. Und dies zu Recht. Die Kehrseite des Ganzen ist die schleichende Verstaatlichung, was ja auch das Ziel von rot-grün ist.

In der Bildungspolitik erleben wir Jahr für Jahr einen massiven Qualitätsverlust. Eigentlich müsste mit dem überproportional wachsenden Aufwand für Betreuung (da schliesse ich pädagogische und andere Betreuungsangebote mit ein) die Qualität der Schulabgänger steigen. Das Gegenteil ist aber der Fall. Auf der Stufe Berufslehre ist man heutzutage gezwungen, dass bei Lehrantritt zuerst noch grundlegende mathematische Kenntnisse zu vermitteln sind. Oft werden dann steigende Anforderungen ins Feld geführt. Das sehe ich aber nicht. Die Physik, die Mathematik und auch weitere für ein Berufsleben erforderlichen Kompetenzen sind nicht anders als früher.

Die Frage ist nun, wie wir auf diese strukturellen Fehlentwicklungen reagieren und wie wir mit diesen umgehen. Für die SVP-Fraktion ohne Stadtrat wäre dies eigentlich schon Grund genug, um einen Antrag auf Nicht-Eintreten zu stellen. Darauf verzichten wir aber bewusst, weil es sich um reine Symbolpolitik handeln würde. Dies SVP-Fraktion beantragt ebenfalls Eintreten auf das Budget. Wir werden uns aber weiterhin für einen Stopp des weiteren Ausbaus des Staats einsetzen. Wir freuen uns, dass auch die GLP die Entwicklung im FAP negativ beurteilt. Aus unserer Sicht sind aber die Verbesserungen primär über Aufwandreduktion und nicht über Erhöhung des Steuerfusses oder über Erhöhung von Gebühren zu bewerkstelligen.

Zu den Details des Budgets 2024 weisen wir von der SVP-Fraktion auf die Schwierigkeiten der parlamentarischen Zielvorgaben hin. Einerseits waren diese parlamentarischen Zielvorgaben bei 3 Produktgruppen in der AK im Budgetantrag nicht korrekt abgebildet. Dies ist nicht gerade vertrauenserweckend und da erwarten wir Verbesserungen. Vor allem aber bedarf es auch inhaltlich einer Überprüfung der Definition der Zielvorgaben. Da sind aber wir als Parlament gefordert. Wir brauchen Zielvorgaben und Kennzahlen, welche stufengerecht sind und eindeutig zuordbar sind. Eine Kennzahl, in der sowohl das operative Tagesgeschäft als auch die strategische Weiterentwicklung enthalten sind, ist nicht wirklich zielführend.

Das Budget selbst ist aus unserer Sicht zu stark auf den Ausbau des staatlichen Handelns ausgelegt, was aber aufgrund der herrschenden Mehrheiten auch nicht überrascht. Es ist aber auch Ausdruck der Ausgabenfreudigkeit des Parlaments, welche ausserhalb der Budgetdebatte nicht nur von den linken Fraktionen an den Tag gelegt wird. Wenn wir als Parlament im Budget auf Sparen setzen, aber in allen anderen Sitzungen immer zu allem Ja sagen, dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn die Ausgaben steigen und steigen.

Spezielle Aufmerksamkeit gilt aktuell auch den Stossrichtungen Energie, Klima und Digitalisierung. Überall werden dazu Initiativen ergriffen und Geld gefordert. Aber niemand kann uns sagen oder getraut sich zu sagen, wie man das messen kann und wo man dann den Vorteil hat. Aber eigentlich ist es einfach: Die finale Messgrösse ist immer der finanzielle Aufwand. Damit können wir sowohl Suffizienz als auch Effizienz messen. Investieren wir Geld und der Aufwand steigt, so ist das weder effizient noch suffizient.

Positiv erwähnen möchten wir die Entwicklung des Fremdkapitals im Budget 2024. Auch wenn man erwarten müsste, dass in guten Zeiten eine grössere Reduktion möglich sein sollte.

Die SVP-Fraktion freut sich auf die kommende Beratung des Budgets.

**F. Kramer-Schwob (EVP):** Wir danken dem Stadtrat und allen Mitarbeitenden für die Ausarbeitung des Budgets und den Austausch darüber in den Kommissionen.

Wir sind als EVP nicht glücklich über das budgetierte Minus. Natürlich, bei unserem Milliarden-Budget kann man sagen, dass die 5.7 Mio. verschwindend klein sind. Gleichzeitig ist es wie jedes Jahr: Die Budget-Korrekturen des Parlaments betragen ein paar 100'000 Franken, und ich gehe nicht davon aus, dass das dieses Jahr anders sein wird. Ein Millionen-Loch (denn das ist es allemal) können wir nicht korrigieren. Und deshalb wiederholen wir hier die Erwartung der EVP an den Stadtrat: Wir wollen im Oktober jeweils ein ausgeglichenes Budget bekommen zu einem grundsätzlich stabilen Steuerfuss.

Zu den Möglichkeiten des Parlaments: Wie vorher bei der Zentralisierung der Arbeitsintegration erwähnt: Unter dem Jahr bekommen wir Weisungen des Stadtrats für Verpflichtungskredite. Diese Geschäfte sind eigentlich immer so weit gediehen, dass wir inhaltlich praktisch nichts mehr verändern können, ohne das ganze Projekt zu gefährden. Das sagt uns der Stadtrat jeweils auch deutlich. Wir stimmen diesen Verpflichtungskrediten meistens zu. Gerade vorher dem neuen Seichbädli für das Geisi. Im Budget sagt uns der Stadtrat dann: An diesen Kosten könnt Ihr nichts verändern, das habt Ihr so bewilligt. Manchmal geht er noch weiter und sagt: «Das hat das Parlament so bestellt.» Und da beisst sich die Katze doch in den Schwanz. Wir tragen als Parlament eine Verantwortung für das Budget (das nennt der Stadtrat manchmal «die wichtigste Aufgabe des Parlaments»), wir haben aber keinen echten Einfluss und fast keinen Spielraum.

Wir sahen in den Budget-Beratungen an einigen Stellen, dass der Stadtrat priorisiert hat und auch eine Priorisierung für die nächsten Jahre plant. Das begrüssen wir sehr. Das Budget ist den Möglichkeiten anzupassen und nicht den Wünschen.

Zu den Stellen: Im Budget 2023 wurden 116 Stellen aufgebaut. Das baden wir im Budget 2024 aus. Denn die Stellen werden immer zuerst für ein halbes Jahr eingestellt, erst im darauffolgenden Budget sieht man, was es wirklich kostet.

Wenn wir im Parlament den Stellenaufbau in der Stadt hinterfragen, dann wird uns mit Vehemenz entgegnet, wir sollten es nicht wagen. Im nächsten Budget wird uns gesagt, wir hätten das ja so bestellt.

Als EVP finden wir aber auch, dass es oft günstiger kommt, eine – allenfalls befristete – Stelle aufzubauen, anstatt Leistungen extern für teures Geld einzukaufen. Die Kosten dort laufen nämlich auch etwas aus dem Ruder. Streichungsanträge in diesem Bereich unterstützen wir deshalb.

Wir haben es gehört, der Finanz- und Aufgabenplan sieht ab 2026 richtig schlimm aus. Wir sind froh, liegt es in der Verantwortung des Stadtrats, den mittelfristigen Ausgleich einzuhalten. Denn: Einen Plan, wie der Stadtrat die Finanzen in den Griff bekommen will, sehen wir noch nicht. Konkret aufgefallen ist uns, dass in einigen Produktgruppen beim FAP einfach die Budgetzahlen 2024 wiederholt werden. Das ist kein Finanz- und Aufgabenplan und keine saubere Arbeit.

Kürzlich war im Landboten die Aussage zu lesen, in Winterthur gäbe es nur ein Thema, und das sei «Sparen». Das ist falsch. Wir reden nicht vom Sparen. Wir reden davon, wofür wir wie viel Geld ausgeben wollen. Das nennt man Kostenverantwortung tragen und das ist unsere Aufgabe. Und da gehen unsere Meinungen im Parlament teilweise auseinander. Dafür führen wir heute Abend die Debatte. Wir treten auf das Budget ein.

**I. Kuster (Die Mitte/EDU):** Der links-grüne Stadtrat hat erneut ein Budget präsentiert, das einen Verlust von rund 6 Millionen Franken ausweist. Diese Situation beunruhigt uns sehr, insbesondere vor dem Hintergrund der schlechten wirtschaftlichen Prognosen für 2024 und den damit vermutlich sinkenden Steuereinnahmen. Aber der Stadtrat ist immer noch im Schönwetter-Modus und erhöht die Stellen und die Ausgaben fröhlich weiter. Die Begründung mit dem Bevölkerungswachstum ist bei genauer Betrachtung ein Scheinargument und die Begründung mit Kosten für den Klimawandel können wir nicht nachvollziehen, weil diese Kosten nicht separat ausgewiesen werden. Trotz allem treten wir von der Mitte/EDU-Fraktion auf die Budgetdiskussion ein.

Bereits in der Vergangenheit haben wir wiederholt Anpassungen des Budgetprozesses gefordert. Die Diskussion von Einzelanträgen erscheint oft wenig zielbringend. Es kann nicht sein, dass wir als Milizparlamentarierinnen und -parlamentarier mit begrenzten Ressourcen die Aufgaben des Stadtrats und der Verwaltung übernehmen müssen, um ein mindestens ausgeglichenes Budget zu verabschieden.

Und die Diskussionen während der Behandlung in den Kommissionen zeigen, wie viele Stunden wir uns mit dem Budget befassen und dass dann am Schluss der Elefant eine Maus gebärt. Zudem bestehen noch immer unterschiedliche Auffassungen, wie das WOV gehandhabt werden soll und kann. Wir von der Mitte/EDU-Fraktion sind nach wie vor überzeugt, das Parlament sagt bei den einzelnen Produktgruppen, wie hoch die Gesamtkosten sein sollen und bestimmt noch die Anzahl Stellen. Innerhalb dieses Rahmens kann und muss die Produktgruppe die Leistungsziele erfüllen. Wenn dies nicht mehr möglich sein sollte, muss die Produktgruppe konkret aufzeigen, was nicht mehr geht und dann kann die Kommission faktenbasiert entscheiden. Wir erreichen deshalb leider vermutlich auch dieses Jahr kein ausgeglichenes Budget.

Ein weiteres Thema, das im Moment en vogue ist, ist die Digitalisierung. Ja, wir von der Mitte/EDU sind für sinnvolle Digitalisierung. Aber wir wollen auch den Mehrwert der Digitalisierung ausgewiesen haben. Und deshalb müssen wir nicht zu jedem Antrag Digitalisierung Ja sagen.

Der Blick in die finanzielle Zukunft (wir haben es mehrmals gehört) unserer Stadt ist äusserst düster. Der Finanz- und Aufgabenplan weist für das Jahr 2027 einen erwarteten Verlust von rund 55 Millionen Franken aus – das wirft ernste und grosse Fragen auf. Die Mitte/EDU wird deshalb den FAP klar negativ zur Kenntnis nehmen.

Wir fordern den Stadtrat auf, umgehend Massnahmen zu treffen, die Aufgaben zu überprüfen, effizienter auszugestalten, Kosten zu reduzieren, Standards zu hinterfragen mit dem Ziel, sie wo möglich zu senken. Die Investitionen müssen zusammen mit dem Parlament, den Kommissionen, priorisiert und geplant werden. Hierzu erwarten wir auch, dass die dann im Richtplan angedachten Massnahmen finanziell eingeplant und berücksichtigt werden.

Die Menschen, auch in Winterthur, sind aktuell schon mit genügend anderen Herausforderungen konfrontiert: Sie haben höhere Krankenkassenprämien, steigende Mietkosten und auch

steigende Konsumentenpreise. Deshalb sagen wir heute ganz klar: Die Mitte/EDU-Fraktion will keine Budgets mehr mit einem Defizit, da können wir uns der EVP anschliessen. Wir wollen im steuerfinanzierten Teil auch keinen weiteren Schuldenanstieg. Steuererhöhungen kommen für uns so lange nicht in Frage, als nicht alle Massnahmen zur Effizienzsteigerung ausgeschöpft und Prioritäten bei den Investitionen gesetzt werden und nicht zuletzt auch der Budgetprozess verbessert wird. Danke.

**R. Tobler (FDP):** Wir haben das in der Medienmitteilung schon relativ prägnant geschrieben: «Die Stadt Winterthur läuft gegen den Hammer.» Wir haben 1.5 Milliarden Schulden und schauen zu, wie diese im FAP auf 1.75 Milliarden anwachsen. Wir haben das vorher schon entsprechend gehört und ich komme nachher nochmals auf dieses Thema zurück. Vielleicht eine Zahl, über die ich mit dem einen oder der anderen hier schon darüber gesprochen habe und die Leute hier drinnen meistens sehr schockiert sind (zumindest die einen): Die Stadt Winterthur hat seit 2010 270 Mio. Fr. Schuldzinsen gezahlt. Und in den nächsten vier Jahren werden wir nochmals ca. 100 Mio. Schuldzinsen. Also Ihr müsst Euch mal vorstellen, was wir alles für Sanierungen (z.B. im Geiselweid) machen könnten, wenn wir da früher schon ein bisschen cleverer gearbeitet hätten. Es kommt mir auch ein bisschen so vor (und Ihr wisst, ich bin dort zuhause) wie bei einem Start-up: Man gibt mal den Cash aus, die Investoren zahlen es dann – oder vielleicht auch nicht. Das Problem ist aber: Bei uns gibt es keine Investorinnen und Investoren, sondern es gibt Steuerzahler und es gibt unsere Kinder - oder Eure Kinder -, das sind die zukünftigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Und wenn wir schon bei den Kindern sind: Jedes Kind lernt (zumindest habe ich das gelernt und ich hoffe, Ihr bringt das Euren Kindern auch bei), dass Schulden etwas sehr Heikles sind und meistens etwas gefährlich.

Und man hat das Gefühl, wenn man sich das anschaut oder sich diese Zahl nochmals vor Augen führt (Ihr könnt auch einmal aufschreiben, wie viele Nullen dahinter sind, wenn Ihr das Euren Kindern erklärt), dass wir auf der Ausgabenseite langsam aber sicher die Kontrolle verloren haben. Die Kosten für Bildung, Soziales und Pflegefinanzierung steigen weiterhin überproportional und beanspruchen über 75% der ganzen Einnahmen. In einer solchen Situation würde man eigentlich erwarten, dass der Stadtrat klare Prioritäten setzt, finanzielle Reserven schafft für die Tilgung von Schulden oder zumindest unvorhergesehene Ausgaben vorbereitet. Das macht der Stadtrat aber nicht, sondern er bläht das Budget weiter auf, auch die Stadtverwaltung, ohne irgendwelche Lösungsansätze zu präsentieren.

Der Gesamtaufwand für das ganze Personal sind 531 Mio., das Wachstum im Superblock 4.3% - und die Bevölkerung wächst um 1%. Wir werden uns diesem Thema dann sicher nochmals annehmen. Und auch das tönt für mich ein bisschen nach Start-up: Man stellt ein bisschen viele Leute ein und schaut dann später, was herauskommt. Was herauskommt, man sieht es im FAP, da komme ich nachher nochmals dazu.

Was fast noch ein bisschen schlimmer ist, das wurde auch schon angetönt, ist der Aufwand für Dienstleistungen und Honorare Dritter. Auch da geben wir 80 Mio. Fr. aus, mit einem Wachstum von 6%. Das kommt uns etwas nach «Giesskannen-Prinzip» vor oder «Giesskannen-Politik», die da betrieben wird. Derjenige, der noch etwas lauter jammert und noch etwas lauter schreit, der bekommt noch etwas mehr Mittel, bis es dann irgendwo nicht mehr reicht und man nachher einfach Gebühren und Steuern wieder hinaufschraubt. Oder man jammert gemeinsam über den Finanzausgleich. Echte Führungsstärke sieht aus Sicht der FDP Winterthur anders aus.

Und beim Thema Führungsstärke können wir ganz konkret auf das Thema FAP eingehen: Es wurde auch schon gesagt, der FAP ist ein langfristiges Planungsinstrument. Von langfristiger Planung kann da aber kaum eine Rede sein, es ist eigentlich noch schwammiger als jede langfristige Start-up-Planung. 2027 ist geplant – Achtung, wir machen ein Minus von 55 Mio. Fr. Welche Organisation plant, in den nächsten paar Jahren, 2027 so viel Minus zu machen? Das ist ja haareraufend. Und dazu planen wir auch – Achtung, nochmals viele Nullen für Euch – 30 Mio. Schuldzinsen zu zahlen im 2027. Auch das würde noch ein paar schöne Sanierungen geben im Geiselweid.

Da stimmen wir also durchaus auch der GLP zu und den anderen, die das auch genannt haben, dass wir mit diesem FAP sehr unzufrieden sind. Da hat es weitere Themen, die zwar im Plan jeweils gut aussehen und gut tönen, aber die Umsetzung völlig unklar bleibt. Dieses Thema sehen wir auch beim Thema Netto-Null, da macht man immer wieder Pflästerli-Politik, hat dort mal eine gute Idee oder da mal eine schlechte Idee, aber ganz konkrete Pläne und auch mit konkreten Preisschildern, das gibt es leider nicht. Es wirkt ein bisschen nach planlosem Hauruck. Der Klima-Tag auf der Technikumstrasse kostet zwar relativ viel, bringt aber in Bezug auf Netto-Null leider nichts. Konkrete Themen inklusive Massnahmen, Zielen und Preisschildern (das habe ich auch im Start-up gelernt, dass es das braucht) wären da wünschenswert, da sind wir aber leider meistens sehr weit davon entfernt.

Wir von der Fraktion der FDP Winterthur wünschen uns einen Kurswechsel des Stadtrats: Weg vom Hauruck hin zu einer strategischen Führung mit vorausschauender Planung, Umsetzungsstärke und klaren Prioritäten.

Ich habe selbst gelernt, aber auch im Unternehmertum gelernt und in jedem Verein und in jeder anderen Organisation: Man kann immer nur so viel ausgeben, wie man einnimmt. Und manchmal ist es halt so, man kann nicht ... und es kommt mir aber nicht so vor, als hätte manchmal ist es halt so, man kann nicht immer alles machen, was man machen will. Bei den Start-ups ist das oft der Fall, wenn man dann irgendwann ein bisschen erwachsen wird, dass man die Planung gelernt hat. Die Stadt Winterthur ist ja doch schon ziemlich erwachsen, es kommt mir aber nicht so vor, als hätte sie schon sehr viel gelernt in diesen Planungsaspekten. Wir vermissen die weitreichende Planung sehr. In der Zwischenzeit setzen wir weiterhin unsere Zukunft aufs Spiel, die finanzielle Zukunft, und überlassen den kommenden Generationen - also Euren Kindern - massive Schulden. Das finden wir höchst unvernünftig und gefährlich. Und wir plädieren da (wie man es ja von linker Seite immer hört) auch für ein Netto-Null, möglichst bald. Da sind wir sozusagen im gleichen Boot. Ein Netto-Null bei den Ausgaben der Stadt Winterthur.

Die Fraktion der FDP wünscht sich, dass der Stadtrat bei den Finanzen nachhaltiger arbeitet. Wir werden uns auch in Zukunft für die Reduktion der Schulden einsetzen. Und wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass wir die Steuern nicht erhöhen in unserer Stadt. Wir gehören ja doch schon zur Top-Spitze des Kantons Zürich. Vielen Dank.

**R. Hugentobler (AL):** Man kann sagen: Nach unzähligen Stunden an Diskussionen werden wir als Parlament am Ende dieses Prozesses ca. 0.1% des Gesamtbudgets bewegt haben. Das zeigt im Grunde genommen, wie machtlos wir sind. Aber am Schluss kann man weder dem Stadtrat noch dem Parlament wirklich einen grossen Vorwurf machen. Klar können wir da oder dort ein bisschen mutiger sein, aber grundsätzlich sind uns die Leitplanken gegeben, die wir in diesem Budget halt nun mal vorfinden. Diese Leitplanken geben wir uns zum Teil selbst (Stichwort: Vorstösse und Schuldenbremse), sie sind aber im grossen Mass von aussen vorgegeben.

Es ist frustrierend: Wir leben in der 6.-grössten Stadt eines der reichsten Länder der Welt und schaffen es nicht, den Herausforderungen, die uns die Zukunft bringt, adäquat zu begegnen. Massnahmen für Netto-Null 2040, Umsetzung von Smart City, genügend Schulraum, gar nicht zu reden von Tagesschulen, adäquate Förderungen für Kultur usw. Vieles bleibt auf der Strecke. Die einzigen Lösungsansätze von rechts sind Leistungsabbau, von links Steuererhöhung. Letztlich sind beide Optionen nicht wirklich zufriedenstellend.

Um das bildlich darzustellen, will ich den Frosch im Topf bemühen, der nicht merkt, dass das Wasser im Topf immer heisser und heisser wird, bis es zu spät ist und er gekocht wird. Der Frosch ist dabei die Gesellschaft und der Topf - ja, Daniel Oswald - ist das kapitalistische System. Jetzt versuchen die Bürgerlichen, den Frosch zu retten, indem sie den Herd um eine Stufe zurückdrehen. Und die Linken, indem sie kaltes Wasser oben nachschütten. Früher oder später wird das Wasser jedoch kochen. Und niemand kommt auf die Idee, den Frosch einfach aus diesem elenden Topf herauszuholen.

Und deshalb will ich jetzt da die Hand reichen, an alle Parteien, die hier sind, endlich aus diesem Topf auszubrechen und in eine neue Art von Zusammenleben einzutreten und zu gestalten. Nur so können wir die Herausforderungen, die uns bevorstehen, wirklich bestehen.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Roman. Somit wäre jetzt das Wort offen für das Plenum. Möchte sich noch jemand ausserhalb der AK zum Budget äussern? – Das ist nicht der Fall. Dann hat das Wort der zuständige Stadtrat, Kaspar Bopp.

**Stadtrat K. Bopp:** Es ist erfreulich und nicht selbstverständlich, dass der Stadtrat trotz Kostenwachstum in verschiedenen Bereichen ein fast ausgeglichenes Budget bei gleichbleibendem Steuerfuss präsentieren konnte. Darin steckt viel intensive und ernsthafte Arbeit der ganzen Verwaltung. Das Budget basiert auf realistischen Annahmen für 2024, so realistisch, wie das zum jetzigen Zeitpunkt möglich ist. Dahinter steckt weder eine Strategie zur Verhinderung einer Steuersenkung noch ein künstliches Druck-Hochhalten gegen Euch oder steigende Ausgaben. Auch das könnte man dem Finanzvorsteher unterstellen.

Winterthur steht im Moment voll und ganz im Zeichen des Wachstums, der Erneuerung und der Entwicklung. Drei gleichzeitig auftretende Herausforderungen, die auch prägend sind für dieses Budget, sowohl bezüglich Erfolgs- wie auch Investitionsrechnung.

Mit diesem Budget ermöglichen wir, was zu Recht von uns erwartet wird: Es ermöglicht immer mehr digitale Leistungen, dass wir uns punkto Effizienz weiterentwickeln, dass wir unsere Bauten und Anlagen sukzessive auf den neuesten Stand der Technik bringen (gerade was Ressourceneffizienz und Umweltbelastung angeht), dass wir unser schulergänzendes Betreuungsangebot an der Nachfrage ausrichten und sicherstellen, dass wir für alle Schülerinnen und Schüler einen Platz finden, unabhängig davon, wie viele es am Schluss sind. Dass wir auch in Zukunft sorgfältig mit sensiblen Daten unserer Bevölkerung umgehen und sie bestmöglichst schützen, auch bei den zunehmenden Angriffen auf IT-Infrastrukturen weltweit. Dass wir unser vielfältiges Kultur- und Sportangebot weiterhin unterstützen, indem wir die Unterstützung den aktuellen Umständen anpassen und punktuell, zusammen mit oder gefordert vom Parlament ausbauen. Dass wir die verkehrstechnische Erschliessung sowohl für den Individual- wie auch den öffentlichen Verkehr dem Mobilitätsbedürfnis von immer mehr Menschen und sich entwickelnden Gebieten anpassen – und vieles mehr.

Gleichzeitig steigen die Kosten in den Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit weiter an und lassen sich durch uns nur marginal beeinflussen. Die Kostenentwicklung allgemein macht es immer schwieriger, die Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu behalten. Auch wenn die Steuereinnahmen in der Tendenz langfristig weiter steigen, so können sie trotzdem nicht mit der Kostenentwicklung mithalten.

Wir wünschen uns alle andere Aussichten, dass wir mit den bestehenden Mitteln auf magische Art und Weise alles umsetzen können. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Budget berücksichtigt aber die Realität.

Die Stellendiskussion zum Beispiel, die wir auch dieses Jahr wieder führen werden, ist ein Scheingefecht. Es geht am Schluss darum, welche Aufgaben wir wahrnehmen und welche nicht. Die Stellen bilden die Entwicklung unserer Aufgaben ab. So ist knapp die Hälfte der zusätzlichen Stellen auf die Zunahme an Schülerinnen und Schülern und auf die gestiegene Nachfrage nach schulergänzender Betreuung zurückzuführen. Der Stadtrat hat die beantragten Stellen sorgfältig angeschaut und geprüft und ist der Überzeugung, dass sie für eine angemessene Aufgabenerfüllung gebraucht werden.

Der Blick auf die Planjahre zeigt, dass es aufgrund der steigenden Kostenbelastung zunehmend schwierig wird, den städtischen Haushalt in den künftigen Jahren im Lot zu behalten. Natürlich sind gerade die weiter entfernten Planjahre noch mit sehr vielen Unsicherheiten behaftet, wir müssen diese Zahlen aber trotzdem als erste Indikation ernstnehmen. Auch sie bilden möglichst realistische Annahmen unter den heute zur Verfügung stehenden Informationen ab.

Um den Finanzhaushalt auch künftig im Gleichgewicht zu halten und die sich mittelfristig abzeichnenden Defizite zu eliminieren, wird der Stadtrat eine sorgfältige Priorisierung der Aufgaben vornehmen. Aber auch das Parlament wird die finanziellen Aussichten in den nächsten Jahren bei seinen Entscheiden berücksichtigen müssen.

Winterthur ist eine einzigartige Stadt mit einer hohen Lebensqualität und wächst nach wie vor weiter. Das aktuelle Budget ermöglicht es, das Wachstum trotz steigender Kostenbelastung

vorausschauend zu begleiten und aktiv mitzugestalten und die Qualität der Stadt als Wohn- und Arbeitsort weiter zu erhalten und zu stärken.

Ich möchte an dieser Stelle meinen Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, allen Mitarbeitenden der Stadt und ganz besonders auch den Mitarbeitenden des Finanzamts für die intensive Arbeit am Budget danken. Auch Ihnen, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, danke ich für die Arbeit an diesem Budget, auch wenn Sie noch nicht ganz fertig sind damit.

Für die jetzt folgende Detailberatung bitte ich Sie: Prüfen Sie den stadträtlichen Antrag kritisch, aber behalten Sie immer die erwähnten Herausforderungen im Blickfeld. Versuchen Sie, die Zusammenhänge und Absichten dahinter zu verstehen. In dem Sinne wünsche ich Ihnen jetzt weise Entscheide.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Kaspar. Bis jetzt ist kein Ablehnungs- oder Rückweisungsantrag formuliert worden, somit ist das Eintreten auf das Budget 2024 beschlossen. Wir starten mit der Detailberatung 1, das Durchgehen der Produktgruppen gemäss Buch B sowie der zugehörigen Verpflichtungskredite aus dem Buch A laut dem Euch separat zugestellten Drehbuch.

Das erste Departement, das wir besprechen, ist das Departement Präsidiales.

#### Personalamt

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Da gibt es zwei Kommissionsanträge. Ich bitte den Referenten Samuel Kocher, gleich beide gemeinsam vorzustellen, sowie Euch, nachher als Votantinnen und Votanten ebenso zu verfahren und auch gleich zu beiden Anträgen zu sprechen. Darf ich Dir das Wort erteilen, Samuel.

**S. Kocher (AK):** Ich lese kurz die Begründung vor zum Kürzungsantrag über 100'000 Fr. im Personalamt: Für die anstehende Anpassung im HR ist eine externe Projektleitung von rund 900'000 eingeplant. Es ist davon auszugehen, dass es sich da um Dienstleistungen mit einem Tagessatz von 2'000 – 2'500 Fr. handelt. Für die nächsten 4 Jahre entspricht das ca. 100 Arbeitstagen pro Jahr. Anstelle einer externen Projektleitung ist da eine interne, befristete Teilstelle zu schaffen. Damit können die Kosten auf ca. 450'000 Fr. reduziert werden. Entsprechend gibt es dann, falls dieser Antrag angenommen wird, auch eine Anpassung der parlamentarischen Zielvorgaben, die direkt mit dieser Kürzung verbunden sind.

**F. Kramer-Schwob (EVP):** Die EVP unterstützt die Idee, eine Person befristet anzustellen und damit über 4 Jahre namhafte Kosten zu sparen. Externe Berater sind sehr teuer und deren Einsatz muss gut abgewogen werden. Wir unterstützen beide Anträge.

**D. Oswald (SVP):** Auch wir von der SVP-Fraktion unterstützen die beiden Anträge und wir finden es auch sinnvoll, dass man bei einem so wichtigen Reorganisationsprojekt im Personalamt interne Leute haben, die wir anstellen und beschäftigen.

**M. Zündel (Grüne/AL):** Der Kern dieses Antrags ist, dass externe Projektleitung kostenintensiver sind. Wir sind der Meinung, dass uns für das Abwägen der Möglichkeiten der operative Einblick fehlt und dass es in der Kompetenz des Stadtrats ist, solche Entscheidungen zu fällen und wollen das nicht beschneiden. Wir schlagen Ablehnung dieses Antrags vor.

**R. Keller (SP):** Die SP-Fraktion lehnt den Antrag ab und damit beide Anträge, da sie ja zusammenhängen. Es macht keinen Sinn, für ein solches Projekt, das so unterschiedliche Ressourcen zu unterschiedlichen Zeiten braucht (d.h. wir brauchen einmal ein bisschen mehr Ressourcen und einmal ein bisschen weniger), jemanden fix anzustellen, der dann einfach immer 80% oder 60% - oder wie viel es immer braucht - arbeitet. Das macht einfach keinen Sinn. Man kann mit einer externen Person die Ressourcen bei einem solchen Projekt, wie es hier geplant ist, viel zielgerichteter einsetzen.

**I. Kuster (Die Mitte/EDU):** Auch wir von der Mitte/EDU finden 900'000 Fr. für die externe Begleitung der HR-Transformation als zu hoch. Das Personalamt soll die Variante inhouse mit befristeter Stelle prüfen. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag.

**R. Tobler (FDP):** Wir von der FDP schliessen uns den Voten von Iris, der SVP und auch der Kommission an und unterstützen dementsprechend beide Anträge.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Wir sind klar der Meinung, dass es nicht viel bringt, wenn man da jemanden intern auf die Lohnliste nimmt. Es wurde von Regula Keller gesagt: Dieses Projekt hat einmal 30% pro Monat und dann wieder 110%. Es ist also eine sehr unterschiedliche Belastung und das bringt einfach nichts, wenn wir dann jemanden auf der Lohnliste haben. Wir gehen davon aus, dass wir auch niemanden finden für 4 Jahre begrenzt, mit diesen Kompetenzen und mit diesen Unterschieden in der ganzen Projektbearbeitung. Und dann muss man halt auch hier sagen: Das Risiko einer Festanstellung ist grösser. Wenn wir jemanden anstellen, dann haben wir die Risiken von Kündigung, Krankheitsausfall, Mutterschaft usw. Und das hat man bei einem Drittauftrag einfach weniger, sondern dort bekommt man die Leistung. Die nackte Leistung von einem Auftragnehmer, der das für uns erledigt.

Fazit: Wir gehen höchstens von ca. 10% aus, die man da anstellen könnte. Aber die Risiken, die damit verbunden sind, sind um einiges höher. Ich bitte Sie, das abzulehnen.

Wenn Sie es wider Erwarten annehmen sollten, dann müssen Sie zwingend auch die Zielvorgaben ändern, das wären dann 796 statt 811 bei der Leistungserbringung des Personalamts. Danke.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Stadtpräsident Mike Künzle. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen getrennt ab.

Wer den Antrag der AK, Reduktion des Globalkredits um 100'000 Fr., annehmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Wer lehnt ihn ab?

Somit ist dieser Antrag um Reduktion des Globalkredits um 100'000 Fr. angenommen.

Der 2. Antrag der AK, Anpassung der parlamentarischen Zielvorgabe. Wer diesem zustimmt, soll das bitte bezeugen durch Handerheben.

Wer lehnt das ab?

Enthaltungen?

Somit habt Ihr diesem Antrag auch zugestimmt.

Die PG Personalamt ist somit erledigt.

Stadtentwicklung: Keine Anträge, so genehmigt.

Bibliotheken: Keine Anträge, so genehmigt.

Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Da gibt es verschiedene Anträge. Ich möchte zuerst Gabi Stritt bitten, gleich zu allen vier Anträgen zu sprechen.

**G. Stritt (SP):** Die SP stellt den Antrag zur Erhöhung des Budgets in der Produktegruppe 157, Subventionsverträge und Beiträge an Dritte, um 100'000 Fr., zugunsten des Produkts 2, projektbezogene Beiträge.

Zur Begründung: Die projektbezogenen Beiträge kommen einer Vielfalt von kleineren Kulturinstitutionen zugute und ermöglichen noch nicht etablierten Projekten einen Start. Sie können aber auch innovative Projekte während mehreren Jahren unterstützen und verhelfen zu neuen Entwicklungen. Die Fülle der Organisationen ist bunt und im Geschäftsbericht Kultur

ersichtlich. Es werden individuelle Beiträge ausgerichtet, die sich auf ein paar Hundert Franken belaufen, es können aber auch höhere Beiträge sein. Im Budget 2024 werden die projektbezogenen Beiträge um 100'000 Fr. auf 604'000 Fr. reduziert und die Anzahl der unterstützten Projekte soll ebenfalls weniger werden. Das, obwohl es unwahrscheinlich sein wird, dass die Anzahl der Gesuche in den nächsten Jahren zurückgehen wird. Das ist aufgrund des Bevölkerungswachstums auch nicht erstaunlich.

Das Kulturbudget weist im Vergleich zum Vorjahr zusätzliche Abschreibungen in der Höhe von rund 740'000 Fr. und Mehrkosten bei den Mieten von ca. 300'000 Fr. aus. Diese zusätzlichen Kosten sind mit der Sanierung des Stadttheaters und der damit verbundenen Ersatzspielstätte begründet. Dafür ist auch eine Weisung erlassen worden und den damit verbundenen Mehrkosten von rund 1.9 Mio. Franken hat die Mehrheit dieses Parlaments zugestimmt. Dass es sich da um Mehrausgaben handelt, die im Budget sichtbar werden, ist eine logische Folge. Dass diese finanzielle Last jetzt zulasten der kleinen Kulturinstitutionen gehen soll, ist nicht nachvollziehbar und nicht fair. Warum müssen eine Vielzahl von kleinen Projekten und Organisationen, die existenziell wichtige Beiträge erhalten, jetzt diese Mehrkosten mitfinanzieren, die durch das Theater verursacht werden?

Wenn dann im Budget auch noch die Teuerung der vier grossen Institutionen mit unbefristeten Subventionsverträgen berücksichtigt wird, ist das weder verständlich noch gerecht. Gerade da hätte es der Stadtrat in der Hand gehabt, die Kürzung dieser 100'000 Fr. bei den projektbezogenen Beiträgen anders zu verteilen und beispielsweise die Teuerung der vier Grossen rückwirkend für 2023 einen Teuerungsausgleich erhalten. Damit bekommt die Ungleichbehandlung noch zusätzliche Brisanz. Und es stellt sich schon die Frage, woher dieses Geld kommt, wenn unsere Stadt ja in einer so prekären finanziellen Situation ist.

Kulturinstitutionen mit befristeten Subventionsverträgen können von einem Teuerungsausgleich nur träumen. Denn ihnen ist diese Möglichkeit vor acht Jahren von diesem Parlament aus den Verträgen herausgestrichen worden. Das mit der Begründung, es habe schon lange keine Teuerung mehr gegeben und man wolle nichts auf Vorrat einbauen. Wir wissen alle, dass sich die Situation zwischenzeitlich massiv verändert hat.

Wenn man das Total des Budgets der Stadt Winterthur anschaut, sind die 100'000 Fr. ein überschaubarer Betrag. Für die 160 – 200 Organisationen, die davon abhängig sind, ist der Betrag aber relevant und wichtig. Und auch für Winterthur als Kulturstadt, wenn man die kulturelle Vielfalt weiterhin erhalten möchte. Deshalb möchte ich Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitten, auf die budgetierte Kürzung von 100'000 Fr. bei den projektbezogenen Beiträgen, für Projekte von kleineren Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden, zu verzichten bzw. den entsprechenden Mehrkosten zuzustimmen. Das, damit unsere Stadt auch in Zukunft kulturell bunt und vielfältig bleibt. Besten Dank.

Dann gibt es noch drei Kommissionsanträge. Da geht es um eine Textanpassung bei den Zielvorgaben bei der Kundenorientierung Sparte Museen, Sparte Musik und Sparte Theater und Tanz. Es hat da einen Textteil drin, der heisst «gemäss Veranstaltungskalender». Diesen möchten wir herausnehmen und ersetzen mit «gemäss Umfrage», weil es den Veranstaltungskalender einfach nicht mehr gibt.

**D. Roth-Nater (EVP):** Die Kleinen dürfen nicht vernachlässigt werden (das ist nicht nur, weil ich selbst klein bin), so wie wir das momentan beobachtend zur Kenntnis nehmen müssen. Wenn die Teuerung vollumfänglich und rückwirkend ausgeglichen wird bei den Akteuren mit den unbefristeten Subventionsverträgen und in etwa dem gleichen Umfang diverse befristete Subventionsverträge nicht erneuert werden – da poppen bei uns schon Fragen auf. Da stelle ich eine gewisse Diskrepanz fest bei der Wertung und Wertschätzung, die den verschiedenen Kulturinstitutionen in unserer Stadt entgegengebracht wird. Und so möchte ich den Stadtrat ermutigen, sich in unserer Kulturstadt nochmals umzuschauen und umzuhören, um in Zukunft auch wahrzunehmen, was die Bevölkerung im Kulturbereich erleben und mittragen möchte. Wenn wir den Antrag auch nicht mitunterstützen, soll das nicht als «Ja und Amen» verstanden werden, was die Aufteilung der Gelder in der Kultur anbelangt. Es liegt in diesem Budget einfach nicht drin, mehr Geld auszugeben. Wir bleiben dran.

Den weiteren drei Anträgen zu den Zielvorgaben und Messgrössen stimmen wir zu.

**M. Lischer (Grüne/AL):** Winterthur ist bekannt als Kulturstadt und das soll auch weiterhin so bleiben. Winterthur wächst, die Bevölkerung nimmt stetig zu. Trotz diesem Wachstum ist geplant im Budget, die projektbezogenen Beiträge um 100'000 Fr. zu reduzieren. Was hat das zur Folge? Diese Reduktion betrifft eine Vielfalt von Kulturinstitutionen und eine Vielzahl von vor allem kleinen Organisationen. Diesen Organisationen fehlt zukünftig die Unterstützung für den Start von Projekten oder auch für neue innovative Projekte und Entwicklungen.

Ja, wir wissen es, die finanziellen Lasten sind hoch, besonders jetzt mit der Sanierung des Stadttheaters und den damit verbundenen hohen Kosten. Es kann aber doch nicht sein, dass die kleinen Organisationen alleine die finanziellen Lasten auffangen sollen. Auch sie brauchen Projektbeiträge in ausreichender Höhe. Die geplante Reduktion von 100'000 Fr. muss deshalb korrigiert werden. Die Fraktion Grüne/AL stimmt deshalb dem Antrag von Gabi Stritt (SP) zu.

Die anderen drei Anträge sind redaktioneller Art und sie sind unbestritten.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Besten Dank für diese Voten. Wir haben einen Stadtratsantrag gestellt an das Parlament, dieser kommt ausgewogen daher. Auch wir leisten mit den Subventionsverträgen, mit der Kultur einen Beitrag an dieses Budget. Die befristeten Subventionsverträge sind noch ausstehend, diese haben wir im Stadtrat noch nicht beschlossen. Und ich bin überzeugt, Gabi Stritt, wenn das Parlament die Teuerung nicht abgesetzt hätte bei den befristeten Subventionsverträgen, dann wäre dort auch eine Teuerung dringlegen, wie bei den Grossen jetzt auch.

Ich möchte nochmals betonen: Das Zauberwort für die Kulturstadt Winterthur, die wir sind und die wir bleiben werden, ist: Grosse, bedeutende Institutionen plus die Vielfalt, die wir haben. Und das sind dann diverse Kleinere.

Und das wollen wir aus meiner Sicht nicht hinterfragen. Wir sind eine Kulturstadt, wir bleiben eine Kulturstadt. Es braucht die Grossen und es braucht die Vielfalt der Kleinen.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Mike. Somit können wir abstimmen.

Der 1. Antrag, der Fraktionsantrag der SP, ist eine Erhöhung des Globalkredits und unterliegt somit dem erhöhten Quorum. Es braucht 31 Stimmen, damit er durchkommt. Ich bitte deshalb die Stimmzähler, das auszuzählen.

Wer möchte dem Fraktionsantrag der SP zustimmen, den Globalkredit der Subventionsverträge und Beiträge an Dritte um 100'000 Fr. zu erhöhen?

Wer lehnt diesen Fraktionsantrag ab? Der soll das bezeugen mit Handerheben.

Der Fraktionsantrag ist mit 22:32 Stimmen abgelehnt worden.

Es wird das Wort gewünscht, Reto Diener bitte.

**R. Diener (Grüne/AL):** Ich möchte eine kurze persönliche Erklärung abgeben.

Ich bin extrem erschüttert, wie sich die Parteien, die jetzt abgelehnt haben, mit einer Ausnahme – ich mache da hochachtungsvoll den Blick zur EVP, sie hat wenigstens etwas gesagt dazu. Die anderen sagen einfach nichts. Sie lehnen ab, keine Begründung warum. Ich muss den Verdacht äussern, dass man sich da einfach versteckt. Ich finde es sehr beschämend. Winterthur ist eine Kulturstadt und alle diese Parteien haben sich auch zur Kulturstadt bekannt, schon mehrfach.

Wir haben miteinander die Verordnung auf den Weg geschickt, gemeinsam, und haben gesagt, wir wollen das haben, wir wollen das fördern, wir wollen das auch unterstützen. Und jetzt, wo es darum geht, die Kleinen, die Kleinsten, die am unteren Ende sind bei der Unterstützung, nicht einmal mit dem Rückgängigmachen eines Sparprogramms, das der Stadtrat aufgelegt hat (wovon ich auch sehr enttäuscht bin), und nicht einmal bereit ist, das argumentativ darzulegen. Ich bin persönlich extrem erschüttert über den Zustand dieses Parlaments, dass man nicht einmal bereit ist, diese Kleinigkeit der kulturellen Welt in Winterthur zur Verfügung zu stellen. Danke für die Aufmerksamkeit.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke, Reto. Somit kommen wir zur Abstimmung über die drei redaktionellen Anträge. Ich möchte beliebt machen, dass wir zusammen darüber abstimmen, da sie ja unbestritten sind.

Wer möchte die Änderungen so annehmen, wie da empfohlen? Der soll das mit Handerheben bezeugen.

Das ist einstimmig, vielen Dank.

Somit ist diese Produktegruppe Subventionsverträge und Beiträge an Dritte erledigt.

#### Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Da gibt es ebenso einen Fraktionsantrag der SP. Ich bitte Gabi Stritt, diesen zu begründen.

**G. Stritt (SP):** Die SP stellt den Antrag um Erhöhung des Budgets in der Produktegruppe 158 um 50'000 Fr. zugunsten des Produkts 6, Kulturmarketing.

Die Begründung: Kulturmarketing stellt sicher, dass die kulturellen Angebote sichtbar gemacht werden. Einsparungen können dazu führen, dass die Einnahmen einbrechen, weil die Veranstaltungen nicht wahrgenommen werden. Im Artikel 3 der Kulturförderungsverordnung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein Beitrag zur Sichtbarmachung der Kultur geleistet werden soll. Gutes Kulturmarketing ermöglicht, dass die Besucherzahlen erhöht werden können, das vor allem auch auf längere Sicht. Wenn man da spart, ist das kurzfristig gedacht und wenig sinnvoll. Deshalb hoffen wir auf Unterstützung unseres Antrags.

**D. Roth-Nater (EVP):** Ich habe gesagt, was zu sagen ist. Und für Lobbying oder auch Werbung hatte ich oder hatten wir von der EVP noch nie viel übrig. Daraus erklärt sich unter anderem, dass wir den Antrag um eine Erhöhung des Globalkredits nicht unterstützen, zumal das de facto gar nicht möglich ist.

**M. Lischer (Grüne/AL):** Wo sparen, beim Bau, bei der Schule, bei der Kultur? Zugegeben, es ist schwierig, Sparpotenzial auszumachen, ohne dass es weh tut. Bei diesem Fraktionsantrag der SP kann und darf davon ausgegangen werden, dass die Investition in das Kulturmarketing sich wieder auszahlt und zwar direkt. Indem diese Angebote sichtbar gemacht werden, erreichen sie die potenziellen Besucher. Und eben genau diese Besucher braucht es. Und zwar nicht nur als Zuschauer, sondern weil sie die Angebote eben auch mitfinanzieren. Die Investition in das Kulturmarketing hat also einen grossen Nutzen. Da zu sparen wäre falsch. Wir von der Grünen/AL-Fraktion wollen das nicht und stimmen deshalb dem Antrag der SP zu, damit die 50'000 Fr. für das Marketing wieder ins Budget aufgenommen werden.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Die Begründung ist dieselbe wie vorher, wir haben einen Beitrag geleistet. Ich kann Ihnen sagen, wir hätten ganz viele gute Ideen gehabt, um diese Kulturstadt noch grösser und stärker zu machen. Aber wir müssen einfach auch realistisch sein, was bezahlbar ist und was nicht. Und wie gesagt: Wir leisten damit einen Beitrag und probieren, beim Kulturmarketing möglichst viel über das House of Winterthur abzuwickeln.

**Parlamentspräsidentin B. Huizinga:** Danke vielmals. Somit kommen wir zur Abstimmung. Da das auch wieder dem erhöhten Quorum unterliegt, braucht es ebenfalls 31 Stimmen. Deshalb bitte ich darum, es auszuzählen.

Wer dem Fraktionsantrag der SP um Erhöhung des Globalkredits bei der Produktegruppe Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten um 50'000 Fr. zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer lehnt die Erhöhung des Globalkredits ab?

Ihr habt diesen Fraktionsantrag mit 23:33 Stimmen nicht angenommen, die Globalkrediterhöhung findet somit nicht statt.

Diese Produktegruppe ist auch abgeschlossen.

Rechtspflege: Keine Anträge, so genehmigt.

Das Departement Präsidiales können wir heute Abend schliessen. Wir werden am nächsten Montag um 16.15 Uhr mit dem Departement Finanzen weiterfahren.

Ich danke Euch für die interessanten, spannenden und speditiven Sitzungen heute und wünsche Euch allen einen schönen Abend.

---

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

B. Huizinga (EVP)

F. Helg (FDP)

M. Steiner (SP)